

# SOZIAL

Zentral-Organ für die Interessen  
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.  
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.  
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franko 1,50 M.  
Der Courier ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.  
Telephon: Amt IV, 950 und 11864.  
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss  
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.  
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.  
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 12.

Berlin, den 24. März 1912.

16. Jahrg.

## Einem glänzenden Erfolg

hat die Verwaltungsstelle Berlin mit ihrem Arbeitsnachweis erzielt. Im Jahre 1911 wurden im Arbeitsnachweis nicht weniger als **32 749 Stellen**

gemeldet und

**26 995 Stellen**

wurden besetzt. Diese stolzen Biffern sind erzielt, weil die Verwaltung weder Mühe noch Kosten gescheut hat, den Arbeitsnachweis nach jeder Richtung immer besser auszubauen. Der Arbeitsnachweis ist dadurch nicht nur ein wichtiges Kampfmittel, sondern auch ein gewaltiges Werbemittel für die Organisation geworden. Kollegen im Lande draussen macht es nach.

### Klassenkampf im Ruhrrevier.

In allen deutschen Parlamenten hallt der gewaltige Kampf der Bergarbeiter im Ruhrrevier wider. Selbst die Mummelgreise im preussischen Herrenhause glauben sich verpflichtet, mit ihren weltlichen Waden so kräftig als möglich ins Feuer blasen zu müssen; sie heften die Regierung auf, mit der ultima ratio regis, den Kanonen und Maschinengewehren ja nicht zu sparen und fordern zugleich von den unabhängigen Richtern Preussens den § 153 der Gewerbeordnung gegen etwaige Streikführer recht kräftig anzuwenden. Die Herren wissen es ganz genau, daß es bei bestimmten Leuten nur des leichten Zwinkerns der Augen seitens der Obrigkeit bedarf, um sie wie Rekruten einschwenken zu lassen. Das ist dann aber beileibe keine Klassenjustiz, das ist heiliges gleiches Recht, wie es nur in Deutschland existiert.

Und wer unter strebsamen Juristenfeelen sollte die Parole nicht verstehen, die der Herr Staatssekretär Delbrück am 5. März im Reichstage ausgegeben hat? Sie läßt doch wirklich an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Herr Delbrück sagte:

„Das eine möchte ich aber feststellen, daß seit der Zeit, wo Herr von Berlepsch diese Äußerungen hier getan hat, sich doch mancherlei verändert hat (sehr richtig!), und zweifellos eines sich verändert hat — das ist nämlich die Anwendung und die Interpretation der §§ 152, 153 der Gewerbeordnung. Während damals die gesetzlichen Bestimmungen außerordentlich eng interpretiert wurden, sind die Gerichte durchweg zu einer erheblich weiteren Interpretation übergegangen, und während damals auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen außerordentlich milde Strafen verhängt wurden, ist man allmählich zu höheren Strafen übergegangen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Aus diesen Tatsachen habe ich gefolgert, daß man mit der Bestimmung des § 153, der Vergehen aus Anlaß eines Streiks ohnehin zu qualifizierten Vergehen stempelt, auskommen kann, wenn die zuständigen Organe des Staats ihre Pflicht tun.“

So ist es! Auf Grund der gleichen gesetzlichen Bestimmungen werden heute gegen früher ganz exemplarische Strafen verhängt. Das nennt man in Deutschland Gerechtigkeit und unparteiliche Justiz. — Unsere Kollegen, die mal einen der heiligen und sakrosankten Arbeitswilligen scharf anblickten, haben es am eigenen Leibe verspürt, daß solches Vergehen in den Augen bürgerlicher Justiz ein größeres Verbrechen ist, als wenn einer eine hauebüchene Majestätsbeleidigung begeht.

Nun da die Bergarbeiter streiken, befehlen sich alle Unternehmerhausknechte nach Schutz der Arbeitswilli-

gen zu schreiben. Und das Zentrum, das vorgibt, die Interessen der christlichen Snappen zu vertreten, es schreit am meisten nach Polizei, Militär und Gericht. Die Zentrumspresse meint gar und christliche Arbeiterverräter im Reichstage bieten es nach, die Ruhrbergleute streikten aus reiner Sympathie mit den englischen Bergleuten.

Die rheinisch-westfälische Unternehmerpresse behauptet sogar, der Bergarbeiterstreik sei nur angezettelt worden, weil die Sozialdemokratie bei den jüngsten Wahlen gerade im Ruhrrevier schlecht abgeschnitten habe; die gelben Organe im Bunde mit den verräterischen Führern versuchten die Öffentlichkeit glauben zu machen, die Bergarbeiter streikten nur um dummer Sympathiebedürfnisse willen.

Solch heuchlerischen Redensarten gegenüber stehen die Tatsachen. Wie lebten die rheinisch-westfälischen Bergarbeiter 1907 und wie vegetierten sie 1911? Einige Zahlen mögen das erläutern.

Die Preise der Kruppischen Konsumanstalt zugrunde gelegt — die regulären Detailpreise sind wesentlich höher — und der Nahrungsmittelaufwand in Berechnung gezogen, den die amtliche Statistik über das Einkommen minderbemittelter Familien als Durchschnitt ergeben hat, ergibt für 1907 und 1911 die Biffern der ersten Reihe. In der zweiten Kolonne sieht der durchschnittliche Jahreslohnverdienst des Bergmannes im Oberbergamt Dortmund, ebenfalls für 1907 und 1911. Das Resultat ist das folgende:

	Durchschnittlicher Nahrungsmittelaufwand einer Bergarbeiterfamilie	Durchschnittlicher Jahresverdienst eines Bergarbeiters
1907	786,— M.	1582,— M.
1911	852,— „	1446,— „
1911 + oder —	+ 66,— M.	— 116,— M.

In 4 Jahren stieg der durchschnittliche Nahrungsmittelaufwand, an der Hand billiger Genossenschaftspreise gerechnet — um 66 M., der Lohn fiel um 116 M.!

Nun kommt noch eine andere Frage hinzu. Wie lebt der deutsche Bergarbeiter mit seiner Familie? Wird einer deutschen Normalfamilie der Nahrungsmittelaufwand des Marineinfanteristen zugrunde gelegt, so ergibt sich für 1900 als jährliche Ausgabe für Ernährung 1 154,40 M.! Nun muß beachtet werden, daß nur 50 bis 60 pCt. des Lohnes für Nahrungsmittel draufgehen dürfen, wenn die Arbeiterfamilie nicht bankrott machen soll. Mitte 1911 betrug der errechnete Jahresaufwand 1 577,68 M.!

Wenn der deutsche Bergarbeiter sich und seine Familie so ernähren wollte, wie es der Staat mit den Marineinfanteristen hält — und er hält es sicher nicht zu fett — dann hätte 1911 noch nicht einmal der ganze Lohn ge-

reicht. So lebt der Bergarbeiter, und da ruht er!

Die Goldschreiber des Kapitalismus versuchen es, der Welt einzureden, daß die Grubenherren keine höheren Löhne als bisher zahlen können, weil sie sonst auf ihr Geschäft draufzahlen würden. Deshalb sollen einige Zahlen veranschaulichen, wie die Millionen der Grubenherren wachsen.

Fünfzehn Prozent Lohnerhöhung verlangen die Arbeiter des Ruhrreviers. Die Summe der gezahlten Löhne belief sich in den Kohlengruben dieses Reviers im Jahre 1910 (für 1911 liegen die amtlichen Zahlen noch nicht vor) auf 462 Millionen M. 15 pCt. dieser Summe betragen 69,3 Millionen M. Wie bekannt, haben die Unternehmer erst jüngst die Kohlenpreise in die Höhe geschraubt. Durchschnittlich wick die Tonne um 80 Pf. verteuert. Die Förderung wird in diesem Jahre bestimmt an 90 Millionen Tonnen betragen, die Mehreinnahme beträgt daher mehr als 72 Millionen M. Und wäre es denn wirklich ein Unglück, wenn die Profitmasse verringert wird, wenn ein größerer Teil des Erlöses den Arbeitern zufallen würde, und die Mieseprofiten sinken würden? Daß diese Profite nicht gesunken, sondern gewaltig gestiegen sind, unterliegt keinem Zweifel. Wie sie steigen, darüber unterrichten diese Zahlen. Stellt man die Jahresfünfte 1880 bis 1884 und 1906 bis 1910 gegenüber, kann man sehen, daß z. B. der Kölner Bergwerksverein im ersten Jahresfünft 26,5 pCt. Dividende verteilte, im zweiten 147,5 pCt.; die Beche Wöhny bei Ruhrort im ersten Jahresfünft 24,5 pCt., im zweiten 65 pCt.; die Gute Hoffnungshütte im ersten Jahresfünft 25 pCt., im zweiten 100 pCt.; die Gewerkschaft Konstantin der Große, eine der „reinen“ Kohlenzechen, zahlte für den Aug (Anteilschein) im ersten Jahresfünft 1835 M. Ausbeute, im zweiten 10 600 M. Oder werfen wir einen Blick auf die Vermögen der Kohlenbarone. Nach den Schätzungen des Regierungsrates Martin (im Jahrbuch der Millionäre) betrug das Kruppische Vermögen, soweit man es nach den gezahlten Vermögenssteuer beurteilen kann, im Jahre 1885 rund 119 Millionen M., dagegen im Jahre 1905 rund 214 Millionen. Das Vermögen eines anderen westfälischen Kohlenmagnaten, des Herrn August H y s s e n, schätzte Martin für das Jahr 1897 auf 18 Millionen M., im Jahre 1908 auf 55 Millionen. Also mehr als verdreifacht hat sich dieses Vermögen im Laufe von zehn Jahren. Herrn Hugo Stinnes schätzte der genannte Verfasser im Jahre 1904 auf 15 bis 20 Millionen M. ein, im Jahre 1908 auf 25 bis 30 Millionen. Ein weiterer Name aus der Sippe der Kohlenbarone ist Franz Saniel. Sein Vermögen betrug nach der Steuerliste von Düsseldorf im Jahre 1899 ungefähr 20 Millionen M., dagegen 1908 46 Millionen. Nicht minder rapid steigen die Vermögen der schlesischen Grubenmagnaten. Nach Martin ergibt sich für das Jahr 1895 bis 1908

folgende Steigerung: das Vermögen des Fürsten Siedel-Dounermark stieg von 71 auf 177 Millionen, des Fürsten Sodenlohe von 45 auf 151, des Grafen Schaffgotsch von 21 auf 79, des Grafen Ziele-Winkler von 19 auf 74 Millionen Mk. Aber nicht nur die Eigentümer der "schwarzen Diamanten" raffen solche Riesenermögen zusammen, sondern auch den Händlern glückt es. Um nur einen Namen zu nennen: Fritz v. Friedländer-Fuld, Inhaber einer der größten Kohlenhandelsfirmen, besaß vor vierzig Jahren notorisch gar nichts, jetzt wird sein Vermögen auf mehr als 40 Millionen geschätzt. Und auch jene Leute, die den Kohlenmagazinen die Last abnehmen, ihr Vermögen zu verwalten, wühlen im Golde. Just zur rechten Zeit erfährt man folgendes: Der Aufsichtsrat der Sodenlohe-Werke beschuldigt den Generaldirektor dieser Werke, Herrn Lob, des "Hanges zu Luxusausgaben" und behauptet, er habe zur Ausstattung seiner Diensthaltung in Stawenitz (Oberschlesien) 1200 000 Mk. vergeudet.

Woher stammen denn diese Millionen, die sich da zu Riesenermögen anballen und in wahnsinnigem Tempo lawinenartig wachsen? Sie stammen aus dem Blut und Schweiß der Arbeiter!

Und wenn dann die Schaffer der Millionen einmal etwas mehr Lohn verlangen, um wenigstens ihren größten Hunger stillen zu können, dann demonstrieren ihnen Vater Staat mit Maschinengewehren, daß sie sich ausbeuten lassen müssen bis auf die Knochen, — denn so will es die Rechtsanschauung im Klassenstaat. Indes wirken gerade die Maschinengewehre auffällender auf die schwarzen Kumpels, als es tausend sozialdemokratische Agitatoren vermöchten. So mögen denn die herrschenden Klassen und ihre willigen Kommis schließlich gegen die Arbeiter tun, was sie wollen, am Ende kehrt sich jede ihrer Waffen gegen sie selber. Jede Unterdrückungsmaßregel treibt die Unterdrückten mehr und mehr auf die sozialdemokratische Seite und so bleiben die Unterdrückten stets die Kraft, die nur das Böse will und doch das Gute schafft. Unsere Freunde, die Feinde, wollen durchaus, daß sich die sozialistischen Stimmen bei der nächsten Reichstagswahl von 4 auf 5 Millionen steigern und daher ihr Bemühen.

Dafür ist die deutsche Arbeiterschaft eins mit den freireichenden Wildern. Sie wird alles aufbieten, um ihnen zum Siege zu verhelfen. Und dem Fels der Arbeitersolidarität muß aber letzten Endes der Klassenstaat zerfallen.

**Zur Lohnfrage der Berliner Automobil-Droschkenführer.**

Die Arbeitgeber in den Automobil-Droschkenbetrieben hatten zu "Neujahr 1912" eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geplant. Am 27. Dezember 1911 wurde in einer Mitgliederversammlung des Berliner Kraftdroschken-Besitzervereins ein

Beschluß gefaßt, vom 1. Januar an den Führern in den Kleinbetrieben jede andere Einnahme, außer dem Tagelohn von 1,50 Mk. und 25 pCt. von der Gesamteinnahme, zu entziehen. Gleichzeitig wurde bestimmt, daß das Wagenwäschgeld, welches nach altem Brauch vom Führer bezahlt wird und nicht vom Eigentümer, in allen Betrieben nicht unter 75 Pf. pro Schicht sein soll.

Ueberrascht wurden wir durch diesen Beschluß nicht, wenigleich mehrere Besitzer in ihrem Betrieb freiwillig beachtenswerte Vergünstigungen geschaffen haben. Sie gewähren ihren Führern außer 25 pCt. von der Gesamteinnahme und 1,50 Mk. Tagelohn, bei guter Einnahme steigenden Lohn. Bei einer Kasse in Höhe von 30 Mk. 2 Mk. Tagelohn und für jede weiteren 10 Mk. Einnahme weitere 50 Pf. — Hierzu überläßt ein Teil der Besitzer seinen Führern den Gesamtertrag für Gepäck- und Hundebeförderung. Andere Besitzer gewähren eine der beiden angeführten Vergünstigungen. Auch wurden verschiedentlich von der Einnahme die Groschenbeiträge über der vollen Markt nicht mit verrechnet und nicht abgenommen. Damit gibt es Betriebe, wo sich unter bestimmten Verhältnissen das Wagenwäschgeld verringert, oder der Arbeitgeber bezahlt für den Führer ungeteilte Kranken- und Zuzahlversicherungsbeiträge. Nach einer Befragung unserer Vertrauensleute wurde von der Branchenleitung festgestellt, daß die 27 Besitzer, welche zusammen 239 Fahrer beschäftigen, einen mit der Einnahme steigenden Lohn geben. In 13 Betrieben behalten 126 Fahrer den Ertrag der Hundehr, und 23 Arbeitgeber gestalten 186 Führern steigenden Lohn und freie Hundehr. Nicht mitgezählt wurden die Betriebe mit nur einem bzw. zwei Führern. Somit sind es zusammen etwa 600 Kollegen, für welche die obigen Lohnvergünstigungen gewährt sind.

Unbeschön sind solche Lohnbedingungen ein beachtenswerter Entgegenkommen der Arbeitgeber. Aber in den meisten Fällen ist das Entgegenkommen nicht aus Menschenfreundlichkeit geboren. Uns sind die schweren Gegenleistungen bekannt, welche die Automobilbesitzer von den Droschkenführern verlangen. Die Mehrzahl von uns weiß, der steigende Lohn ist ein Anreizlohn. Hohe Einnahmen hängen aber nur selten vom Geschick der Führer ab. Darum wird von unermüdblichen sogenannten Würgern, wenn die Summe von 30, 40 Mk. und noch höher nicht rechtzeitig voll werden will, die Arbeitszeit überschritten. Es wird getan zum Schaden am eigenen Körper, denn die Ueberarbeit wird ihm zugemutet, auch wenn die gewöhnliche Tagesanstrengung groß genug war. Dadurch wird aber auch der nächstliegende Kollege geschädigt, ihm wird ein Teil seines Verdienstes geraubt. Der "steigende" Lohn ist geradezu eine Prämie auf die geschäftliche Rücksichtslosigkeit, mit der diese Führer gegen ihre Kollegen vorgehen. Mit besonderem Maschinement werden die Fahrgäste in der Nähe der Halteplätze gesucht und genommen. Durch wüstes Umherfahren wird der Verkehr unnötig gestört, die Gefahr auf der Straße erhöht und hierdurch auch die Verantwortungslosigkeit für die Gesamtheit der Verkehrsarbeiter. Der "steigende" Lohn hat eine uns feindselige Tendenz, er züchtet Uneinigkeit. Ist also ein Feind der Kollegialität. Trotzdem wurde dieses Danaergeschenk vorläufig festgehalten. Es sollte verhindert werden, daß im Kleinbetrieb die Höhe des Gesamtverdienstes, wie er seit Anfang der Betriebe besteht, sinkt.

Die Nebenverdienste waren als Bestimmung in einem Tarifvertrag im Jahre 1909 mit den Kleinbesitzern von unserer Organisationsleitung vereinbart. Dieser Vertrag war von Unternehmerseite nicht gekündigt. Wir hatten keine Zeit, uns zu beraten, aber unsere Kollegen ließen sich nicht überrumpeln. Wo

die Arbeitgeber auf ihren beschlossenen Abzug verharren, wurde am 1. Januar die Arbeit niedergelegt. Schon am 2. Januar konnten unsere Kollegen die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen. Der Beschluß der Unternehmer im Berliner Kraftdroschken-Besitzerverein wurde durch dessen Vorstand so lange außer Kraft gesetzt, bis durch beide Korporationen neue Bedingungen geschaffen waren.

Die erste Unterhandlung fand am 13. Januar statt. Die Unternehmer begründeten ihren Beschluß mit vermeintlichen Folgen aus der neuen Bestimmung des Holzeilpräsidiums, wonach wir vom 1. Januar ab, nach mehreren weiter entfernten Vororten fahren müssen und für die leere Rückfahrt 50 Pf. Fahrpreiszuschlag zu erheben haben. Durch diese Erweiterung des Droschkenfahrbezirks und durch die Fahrpreiszuschläge würden sich die Gesamteinnahmen erhöhen und der Führeranteil die entzogenen Lohnvergünstigungen ausgleichen. Weiter erklärten die Besitzer, sie müßten die Einnahmen der Fahrpreiszuschläge von nun an beanspruchen, zur besseren Kontrolle, zum Schutz gegen Betrug (!) und als Gewähr dafür, daß sich die Fahrer aus persönlichen Vorteilen keine für das Geschäft unrentablen Fahrten nach Vororten suchten.

Von unseren Kommissionsmitgliedern wurde dagegen betont, sie müßten an den bestehenden Vergünstigungen festhalten. Die Fahrten nach den betreffenden Vororten seien unerheblich wenige, demnach auch der Mehrerwerb für den Fahrer gering. Statt einer derartigen Minderung in den Lohnverhältnissen zuzustimmen, würden sich die Fahrer entschieden weigern, weiter nach auswärts zu fahren. Wir wären wohl gewillt, die Fahrpreiszuschläge dem Unternehmer zwecks Kontrolle zu überlassen, würden auch gern auf den steigenden Lohn und andere Vergünstigungen verzichten, wenn die Unternehmer im eventuellen Wegfall des Wagenwäschgeldes einen Verdienstausgleich für die Fahrer geben wollten. Die Lohnvergünstigungen seien insofern berechtigt, weil die Kleinunternehmer nur die besten Arbeitskräfte verlangen. Sie suchen bei Bedarf nur langjährige Automobilführer, wozüglich nur Fahrer, die sie selber persönlich kennen und in Tätigkeit auf der Straße beobachtet haben. Die Kleinbesitzer, welche Selbstfahrer sind, wüßten genau, daß längere Erfahrung im Verkehrsgewerbe der beste Lehrgang für den Verkehrsarbeiter seien. Sie bieten für das Eigentum der Besitzer die größte Sicherheit. Auch würde betont, daß Fahrer in Kleinbetrieben mehr selbständige Arbeiten am Wagen und in der Ausnützung des Materials leisten müssen, als ihre Kollegen in den Gesellschaftsbetrieben. Durch Arbeitssteigerung genießen die Fahrer in Großbetrieben Bequemlichkeiten, die in Kleinbetrieben fehlen. Vom Branchenleiter wurde auch darauf verwiesen, daß in den Großbetrieben sanitäre Einrichtungen vorhanden sind, wie gehetzte Räume zum Aufenthalt, Wasch- und Trockengelegenheit, was die Kollegen in Kleinbetrieben noch entbehren müssen. Ferner sei zu bedenken, daß der Automobil-Droschkenführer sich bei seiner anstrengenden Tag- oder Nacharbeit auf der Straße und in Lokalen betätigen müsse. Er ist trotz der hohen Lebensmittelpreise gezwungen, einen doppelten Hauszins zu bestreiten. Deshalb ist die Höhe des Arbeitsverdienstes im Verhältnis zum Auskommen nicht überreichlich. Nach langer Diskussion und Parteiberatungen kam man zu folgendem Entschluß, welchen man den beiderseitigen Mitgliederversammlungen zur Annahme empfehlen wollte.

In allen Betrieben wo Lohnvergünstigungen eingeführt waren, bleiben alle Arten unverändert bestehen. Jedoch vom Ertrag der Hundehr geben die Fahrer 50 pCt. dem Besitzer ab.

**Die Technik in der Urzeit.**

Zum ersten Male in der Geschichte beginnt das Wissen Allgemeingut zu werden; Allgemeingut der großen breiten Massen der Bevölkerung. Während in den vergangenen Perioden der Menschheitsgeschichte die Wissenschaft immer in den Händen einer bevorrechteten Klasse war, fängt das jetzt — langsam zwar, doch unaufhaltsam — an, ganz anders zu werden. Der Kapitalismus kann nicht produzieren ohne eine gewisse, wenn auch noch so bescheidene Bildung der arbeitenden Massen. Nun will es aber die Dialektik desselben kapitalistischen Systems, daß eben durch die allmähliche Durchbildung der Volksmassen mit den Hauptergebnissen der heutigen Wissenschaft, dessen Untergang langsam aber sicher vorbereitet wird. Der Kampf des ausgebeuteten und unterdrückten Proletariats gegen seine Ausbeuter und Unterdrücker ist im Wesen ein Kampf mit geistigen Waffen. Diese Waffen zu schärfen, sie zu immer schneidigeren, wirksameren zu machen, ist darum eine der wichtigsten Aufgaben der kämpfenden Arbeiter. Viel ist zwar schon geschehen in den letzten Jahren: Einzelvorträge, Kurse, Museumsbesuche, Jugendheime, alles das soll vorzugsweise unserer Jugend dazu verhelfen, sich das nötige Rüstzeug für die kommenden Kämpfe zu verschaffen. So notwendig das alles ist, darf man doch darüber die Hauptsache nicht vernachlässigen. Diese Hauptsache ist und bleibt immer das eigene Studium. Alles andere kann und soll nur den Zweck haben, dieses Selbststudium vorzubereiten und zu erleichtern.

Eine ganze Reihe von populär-wissenschaftlichen Sammlungen kommen dem Bedürfnis nach "mehr Licht", nach mehr Wissen entgegen. Wir nennen nur einige: "Aus Natur und Geisteswelt", "Wissenschaft und Bildung", "Sammlung Göschen" und viele andere. Spät zwar, doch noch nicht zu spät erscheint auch der Stuttgarter Verlag von Dietz auf dem Plan. Dessen Sammlung: "Kleine Bibliothek" dürfte mit der Zeit die Wändchen der genannten Sammlungen in

Arbeiterkreisen entbehrlieh machen. Heute sind sie das leider noch nicht ganz.

Eine sicher unserer Jugend hochwillkommene Gabe dürfte das Bändchen Nr. 18 "Die Technik der Urzeit" von Hanna Lewin-Drosch sein. Das genannte Bändchen ist das erste von denen, deren weitere beiden bald erscheinen sollen. Es umfaßt die beiden Kapitel: "Das Feuer" und "Der Wohnungsbau". Eine ganze Reihe von Werken der obengenannten bürgerlichen Sammlungen beschäftigte sich mehr oder weniger mit demselben Thema, so z. B.: "Die Anfänge der menschlichen Kultur", "Germanische Kultur in der Urzeit", "Deutsche Städte und Bürger im Mittelalter", "Kulturgeschichte der deutschen Bauernhäuser". Das vorliegende Werkchen der kürzlich verstorbene Verfasserin braucht aber einen Vergleich mit den genannten aus bürgerlichen Federn stammenden Werken durchaus nicht zu scheuen; im Gegenteil: Was besonders wohlthuend abfällt, ist die strenge, nüchtern Sachlichkeit, mit der die Verfasserin ihre Ansichten entwickelt, im strikten Gegensatz zu den "Kant", "Heil", "Stein" usw., die es ohne eine Portion Phantastie anscheinend nicht tun. Auch sonst sind sie nur mit Vorsicht zu genießen.

Die Verfasserin führt uns in die Welt des sogenannten Urmenschen ein. Für ihn war das Feuer wohl der wichtigste Schritt aus dem Reich der noch halb tierischen Menschen in ein Reich beginnender wirklicher Menschheit. Erst das Feuer machte ihn frei von Klima und Jahreszeit; gestattete ihm das Wohnen auch in Ländern, die sonst für ihn unwohnbar waren. Nun erst konnte er sich nach und nach über die ganze Erde verbreiten. In den Sagen und Mythen fast aller Völker ist die große Bedeutung, die der Urmenich dem Feuer beilegte, auch heute noch zu erkennen. Ganze Religionsysteme bauten sich auf dieser Wertschätzung des Feuers auf. Die meisten Völker betrachteten es direkt als eine Gabe des Himmels. Eine der schönsten Mythen, die sich mit der "Himmelstochter" beschäftigen, ist wohl die der alten Griechen. Prometheus hatte der Sage nach den Göttern das Feuer gestohlen, um auch

die Menschen damit zu beglücken. Die Götter fürchteten, die Herrschaft über die Menschen zu verlieren, wenn diese mit Hilfe des Feuers sich den Göttern gleich machen könnten. Sie ließen daher den Prometheus zur Strafe für seine Freveltat an einen Felsen schnüden, wo ihm von Adlern die Leber ausgerissen wurde. Vielleicht ist auch in dem "ewigen Licht" der katholischen Kirchen ein Ueberrest aus den ersten Anfängen menschlicher Kultur zu erkennen.

Schwierig war in jenen grauen Zeiten die Erhaltung und Erneuerung des Feuers. Bei manchen Völkern führte man einen glimmenden Holzblock auf den Wanderungen mit sich herum. Bald lernte man auch die schwierige Kunst der willkürlichen Feuerzeugung kennen. Hiermit war wieder ein wichtiger Schritt nach vorwärts getan.

An eine Herdstelle, die man nach und nach anlegte, krüppelten sich die ersten bescheidenen Anfänge des Wohnungsbauens. Der erste Schritt war auch hier, wie auf vielen anderen Gebieten, schon Vorhandenes einfach zu benutzen. Es gibt eine Menge von Höhlen, die nachweislich von Menschen bewohnt gewesen sind. Freilich waren Höhlen nicht überall zu finden. Ein einfacher, aus Schilf und Zweigen geflochtener Rahmen bot da, wo keine Höhlen waren, dem Urmenschen Schutz gegen die Unbilden des Wetters. Schon sehr früh wird auch das leicht zu errichtende und bequem mitzuführende Zelt sich eingebürgert haben. Heute noch gibt es ganze Völker, die sich dieses einfachen "Häuses" bedienen. Die ersten Hütten waren einfach genug: Eine flache Erdbvertiefung mit einer Art Ueberbau aus Flechtwerk, das war alles. Eine höhere Stufe war dann weiter die Lehmhütte, die wieder aus Flechtwerk, das mit Lehm ausgefüllt wurde, bestand. Solche Lehmhütten gibt es heute noch bei wenig kultivierten Völkern. Sogar im hochentwickelten Europa sollen noch solche einfachen Lehmhütten zu finden sein. Uebrigens gibt es in den gegneten Gefilden Ostindiens Arbeiterhäuser, die wahrlich auch nicht mehr als vorfintliche Lehmhütten sind.

Wo der nahe Wald Holz genug bot, entwickelte

In einer gutbesuchten Früh- und in einer Abendversammlung erstattete der Sektionsleiter den Bericht über die Verhandlung. In beiden Versammlungen waren die Kollegen mit der Tätigkeit ihrer Vertreter einverstanden, aber mit dem Resultat waren die Anwesenden nicht zufrieden. Scharf wurden die Praktiken der Kleinunternehmer durch mehrere Diskussionsredner gekennzeichnet. Treffend führte ein Redner aus, der kleine Besitzer, wenn er einen Fahrer brauche, prüfe erst ein ganzes Schaar unserer Kollegen siebenmal, ehe er den richtigen für sich findet. Von allen Dingen müsse der Gedanke im Geldbringen eine Rolle sein. Geld sei die Lösung. Früher sei eine Anzahl der heutigen Kleinbesitzer unsere Arbeits- und Organisationskollegen gewesen. Damals hätten diese Leute, welche jetzt den Scharmacher im Verl. Kraftschleifen-Besitzerverein machen, ihren persönlichen Vorteil als Arbeitnehmer stark wahrgenommen und zwar auf Arten, die ein Arbeitsvertrag niemals erlauben würde. Ein Fahrer rühmte seinem Meister ein zweifelhaftes Gerechtigkeitsgefühl nach. Dem Meister tue das Unrecht wehe daß der „hohe“ Verdienst, den ein organisierter Berliner Kraftschleifenführer hat, sich nicht vereinbaren läßt mit dem Hungerlohn, den der schlecht bezahlte Gelegenheitsarbeiter leider erhält. Schließlich wünschten mehrere Redner einen Einheitslohn für alle Kleinbetriebe. Aus dem Grunde sollte die Kommission nochmals die Verhandlung mit den Unternehmern aufnehmen. Das ist geschehen.

Der zweite Verhandlungsbericht stand in der Branchenversammlung vom 9. Februar auf der Tagesordnung. Die Vertreter der Besitzer hatten die Einführung einheitlicher Arbeitsbedingungen verweigert, weil sie ihre Vereinsmitglieder, die keine Lohnvergünstigungen gewähren, zu etwaigen Zugeständnissen nicht zwingen könnten. Es wäre bedauerlich, daß der Vorstand im Kraftschleifen-Besitzerverein seine Mitglieder nicht in Aktion hat. Es sei eine unläugbare Konsequenz vom Besitzerverein: er trete für seine Mitglieder in Aktion, wenn sie Lohnabzüge vornehmen wollten, aber der Verein verweigert, wenn er seinen Mitgliedern Zugeständnisse anraten wolle. In der letzten Verhandlung sei die Bedingung, daß die Fahrer in allen Betrieben vom Ertrag der Stunde 50 pCt. abgeben, unverändert geblieben. Als einziger Erfolg kamen für uns in Betracht eine geregelte Vergütung für Reparaturarbeiten. Wenn vom Führer Nebenarbeiten verlangt werden, wollen die Besitzer für die Stunde 60 Pf. zahlen. Sonst war keine Aussicht vorhanden, mit anderweitigen Vorschlägen eine Einigung zu erzielen. Ueber das Ergebnis entspann sich keine lange Diskussion. In der Abstimmung war ungefähr die Hälfte der anwesenden Kollegen für Annahme der empfohlenen Bedingungen, dagegen wurden wenige Stimmen abgegeben, ein großer Teil der Anwesenden hat sich seiner Stimme enthalten. Daraus läßt sich konstatieren, daß das Verhandlungsergebnis enttäuscht hat und Verdruß machte. Scheinbar war nichts errungen, die Friedensbedingungen sind nicht wertvoll, es ist ein fauler Friede. Unsere Leitung hat dem Unternehmerverein unseren Beschluß mitgeteilt und zur Ausführung freigestellt. Darauf gaben mehrere Besitzer Anfang März die Zusicherung, in ihrem Betrieb bleibe alles beim alten. Die Harmonie zwischen Meister und Gesellen — solle nicht sterben, darum werden die übrigen Kleinbesitzer die neuen Vereinbarungen gänzlich totschweigen. Der Kampf ist für die Unternehmer ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Befriedigung herrscht bei keiner Partei. Wir haben nichts verloren; die geplante Lohnkürzung ist verhindert, der Schlag gegen uns konnte pariert werden durch unsere kampfbereite Organisation. Wir waren mit der bisherigen Höhe des Arbeitslohnes

zufrieden, deshalb wurden von uns im Kampf keine Gegenforderungen gestellt. Dieser Angriff der Unternehmer hat aber bewiesen, daß wir unsere Position im Arbeitsvertrag befestigen müssen. Die Verschiedenheit, die Unsicherheit in unseren Lebensverhältnissen ist beschämend für uns. Die steigende Lohnform muß wegfallen; für den Wegfall könnte die feste Tageslohnquote erhöht werden. Der Gesamtverdienst der Ausnahmetage muß sich gleichmäßiger verteilen zum Tagesdurchschnittsverdienst, und der Verdienst muß sich ausgleichen bei allen Fahrern in einem und allen Betrieben.

Die Losen Lohnvergünstigungen sind nur Geschenke, Amosien, sie müssen zusammengefaßt werden zu einem festen Einheitslohn. Jeder Kleinunternehmer im Droschkegewerbe glaubt, seine Lohnbedingungen bringe ihm den größten Profit. Das ist die Ursache für die Eigenbrödelei der Besitzer und es ist der Grund, warum sich die Unternehmer weigern, einen einheitlichen Tarifvertrag anzuerkennen. Einsichtige Unternehmer handeln anders, wenn sie von allen Angestellten gewissenhafte Pflichterfüllung fordern, garantieren sie jedem Arbeiter festen Lohn und klare Arbeitsbedin-

### Frommes Rezept!

Das Volk klagt über teures Brot und Speise und des Fleisches allzu hohe Preise, als wenn Teuerung wär im Lande. Doch, daß Wahres nicht dahinter steckt, das hat ein Mönchlein ausgeheckt mit geistig scharfem Verstande.

Die Zeiten des wahren Glaubens wären vorbei. Das Volk lebe nur der Genußsucht und Völlerei. Das wär des Uebels wahrer Grund. Man müßt sich wieder zur Kirche begeben und führen ein gottgefälliges Leben. Das wär dem Volk dienlich und gesund.

Um sich der Gnade Gottes zu erfreuen, soll man nur fasten und kasteien und sich zum Himmel vorbereiten; weil dieser Umstand noch den Vorzug hat, daß man, ohn Fleisch, von Gottes Wort wird satt und merkt gar nichts von teuren Zeiten.

Die Fastenzeit von vierzig Tagen hat doch so gut wie nichts zu sagen, weil die Wirkung da noch nicht zu sehen ist. Willst Du Dein Haushaltbudget ganz und gar entlasten, müßt 365 Tag im Jahr du fasten. Dann bist du auch ein guter Christ.

Dieser Rat ein zweifach Ding bezweckt: Das Interesse zum Jenseits wird geweckt, und das zum Diesseits wird schlafen gelegt. Gewiß! Des Herrn Diener meint es mit dem Volke gut! Doch, ob er selber seiner Lehre folgen tut? Ich glaube nicht, daß jemand Zweifel hegt.

gungen. Ohne geregelte Arbeitszeit in allen Betrieben kann man von keinem Fahrer Buntlichkeit verlangen. Arbeitgeber, welche moderne Arbeitsverträge mit der Arbeiterorganisation mißachten, öffnen selber in ihrem Betrieb der Biederlichkeit Tür und Tor. Deshalb will der Besitzerverein aus „Prinzip“ keinen Tarifvertrag mit unserer Organisation abschließen? Wenn eine moderne Arbeiterorganisation für ihre Mitglieder möglichst gute und sichere Existenzbedingungen durch organische, friedliche Fortbildung des Arbeitsvertrages schaffen will, geschieht dem Unternehmertum kein Schaden, denn die Organisation steht mit ihrem Ansehen mit der Ehre der Mitglieder dafür ein, daß die Angehörigen in der Arbeit auch treu ihre Pflicht erfüllen. Gute Existenzbedingungen für die Arbeiter im Gewerbe ziehen brauchbare Arbeiterelemente an, züchten Kräfte und fesseln sie an den Beruf und die Arbeitsstätte. Das gesamte Verkehrsgewerbe in Berlin, darunter die Automobilbesitzer, hätten mehr Vorteile von einem Tarifvertrag mit unserem Verbands, als die Unternehmer, die sich vom „Herrn-im-Hause-Standpunkt“ nicht freimachen können. Im heutigen Wirtschaftsleben müssen die Arbeiter im Beruf, auch in ideeller Beziehung ihre Schuldigkeit tun; jedenfalls haben wir es für unser Gewerbe getan, z. B. bei der Bekämpfung des Automobilgesetzes. Ein einheitlich, vertraglich fester Arbeitsvertrag für alle Kleinbetriebe ist notwendig und muß durchgeführt werden, wenn die kritisierten Mißstände verschwinden sollen. Darum muß aus unserer Branche jeder Funktionär und jeder Kollege im Einzelbetriebe seinen Arbeitgeber in diesem Sinne vernünftig beeinflussen, alle Besitzer müssen ihre Zustimmung geben. Ebenso müssen alle Kollegen in Punkt Pflichterfüllung in der Arbeit für die Unternehmer, aber auch in der Organisation ihre Schuldigkeit tun. So fordern wir Automobil-Droschkenführer korporative und vertragliche Arbeitsbedingungen in allen Automobilbetrieben. Wir wollen vorwärts!

### Die Arbeiterversicherung im Jahre 1911.

Das Reichsversicherungsamt hat seinen Bericht auf das Jahr 1911 erscheinen lassen. Er enthält wiederum eine Fülle interessanter politischer Materials.

Die Zusammensetzung des Reichsversicherungsamtes war im wesentlichen die gleiche wie im Vorjahr. Als Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten sowie als deren Stellvertreter gehören dem Amte zusammen 264 Mitglieder an. Das Amt leidet unter einer großen Arbeitslast und es müssen die eingereichten Sachen oft lange auf die Erledigung warten. Das Amt förderte eine Reihe von Angelegenheiten, die nicht direkt zu seinen Aufgaben gehörten, wie die Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden, die Bekämpfung der Tuberkulose, das ärztliche Fortbildungsweesen usw.

In der Unfallversicherung waren im 114 Berufsgenossenschaften 6159 209 Betriebe mit 26 560 878 Personen versichert. Dazu kommen noch rund 1 Million Versicherte bei den Ausführungsbehörden usw., sodaß über 27 Millionen Personen gegen Unfall versichert waren, wobei allerdings etwa 3 1/2 Millionen Personen doppelt gezählt sind. Die im Jahre 1911 verausgabten Entschädigungen betrugen 166 773 176 Mk. gegen 163 326 820 Mk. im Jahre 1910. Entschädigungen wurden im Jahre 1911 insgesamt gezahlt an 908 594 Verletzte, 91 068 Witwen, 113 465 Kinder Getöteter, 4389 sonstige Verwandte Getöteter, außerdem an 47 873 Angehörige von Verletzten, welche in Heilanstalten untergebracht waren, sodaß zusammen 1 165 389 Personen Bezüge auf Grund der Unfallversicherung erhielten. Eine Reihe von Berufsgenossenschaften hat die Unfallversicherungsrichtlinien abgeändert. Es ist dabei vom Reichsversicherungsamt auf Einführung von Bestimmungen gegen den Alkoholmißbrauch hingewirkt worden. Besonders erfreulich sei es, daß Unternehmer sich neuerdings eifrig bemühen, die Versicherten selbst für die Maßregeln zur Unfallverhütung weitergehend zu interessieren. Die Beiträge in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung, über deren Höhe die Unternehmer immer geklagt haben, seien zurückgegangen. Das Reichsversicherungsamt ist seit Jahren bemüht gewesen, bei den Berufsgenossenschaften auf eine erfolgreiche Gestaltung des Selbstverfahrens in der Wartezeit in den ersten 13 Wochen nach dem Unfall hinzuwirken.

Die Streitfragen von grundsätzlicher Bedeutung sind geringer geworden, weil das anzuwendende Recht schon lange in Gültigkeit ist. Ist in einem Rentenminderungsverfahren die Sache an die Berufsgenossenschaft zurückverwiesen, so kann der neue Bescheid die Rente wieder von dem früheren Zeitpunkt ab herabsetzen. Im Jahre 1911 wurden von sämtlichen Trägern der Unfallversicherung insgesamt 409 284 berufsunfähige Bescheide erlassen. Die Gesamtzahl der bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung im Berichtsjahre in Unfallversicherungsachen anhängig gewordenen Streitsachen stellt sich auf 115 991 und zwar 70 324 Berufungen und 45 667 Anträge gemäß § 88 Abs. 3 des Gewerbeunfallversicherungsgezetes auf anderweitige Festsetzung der Rente. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Berufungen um 3,56 pCt. zurückgegangen, die Zahl der Anträge um 12,81 pCt. gestiegen. Durch Entscheidung des Schiedsgerichts wurden erledigt von den Streitsachen 15,7 pCt. zugunsten des Rentenbewerbers und 74,6 pCt. zugunsten der Berufsgenossenschaft. Man sieht, daß die Erfolge der Versicherten vor den Schiedsgerichten recht geringe sind. Von den zurückständigen Schiedsgerichtsurteilen unterlagen der Zuständigkeit des Reichsversicherungsamtes 86 pCt., die übrigen unterlagen der Zuständigkeit der Landesversicherungsämter. Zur Erledigung der Rekluse fanden 1276 Sitzungen mit 21 179 mündlichen Verhandlungen statt. Beweisaufnahmen haben 23,550 stattgefunden. Von den Reklusen der Versicherten hatten 16,3 pCt., von denen der Versicherungsträger 55,8 pCt. den Erfolg, daß das Schiedsgerichtsurteil abgeändert wurde. Den Haupterfolg haben danach immer die Berufsgenossenschaften.

In der Abteilung für Invalidenversicherung war das Reichsversicherungsamt stark beschäftigt mit der Einführung der durch die Reichsversicherungsordnung geschaffenen neuen Bestimmungen. Bis zum 31. Dezember 1911 sind 2 612 764 Renten gewährt worden und zwar 1 980 948 Invalidenrenten, 127 234 Krankenrenten und 504 582 Altersrenten. Nach Abzug der wieder weggefallenen Renten liefen am 1. Januar 1912 noch 940 875 Invalidenrenten, 15 768 Krankenrenten und 93 369 Altersrenten. Der Gesamtbetrag der Entschädigungen aus der Invalidenversicherung stellt sich im Jahre 1911 einschließlich des Reichszuschusses auf 215 Millionen Mark. Im Jahre 1911 wurden 141 517 Renten festgestellt gegen 138 536 im Jahre 1910. Die Einnahme aus Beiträgen belief sich im Berichtsjahr auf 203 Millionen Mark, das sind 6 Millionen Mark mehr als im Jahre vorher. Das Vermögen der Versicherungsträger hatte sich Ende des Jahres 1911 auf 1750 Millionen Mark erhöht. Die Heilbehandlung auf Grund des § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes ist weiter ausgebaut worden. Im Jahre 1910 betrug die Zahl der behandelten Personen 114 310 und der Kostenaufwand dafür 26,6 Millionen. Zur Durchführung einer geordneten Krankenpflege auf dem Lande haben die Versicherungsträger 340 000 Mk. im Berichtsjahre aufgewendet. Einige Versicherungsanstalten sind in allen Zweigen ihrer Verwaltung einer Prüfung unterzogen worden. Auch die Invalidenhauspflege hat Fortschritte gemacht. Ende des Jahres 1911 waren 3927 Rentenempfänger auf Anweisung der Versicherungsträger in Hospitälern, Siechenhäusern usw. untergebracht. Eigene Invalidenhäuser besaßen 9 Versicherungsträger.

sch bald das regelrechte, aus Indianergeschichten uns noch wohlbekannte Blockhaus. Aus rohen Stämmen kunstlos zusammengefügt, bildet es die erste Stufe des in den nordischen Ländern und im Alpengebiet zu hoher Entwicklung gelangten Blockbaues, der noch heute in jenen Ländern weit verbreitet ist.

Wohl die weitaus interessanteste Form des frühesten Häuserbaues bilden die Pfahlbauten, deren Ueberreste man an und in vielen Schweizer- und anderen Seen aufgefunden hat. Sie ruhen auf starken, sehr tief in den Grund des Sees eingerammten Pfählen und sind mit dem Lande durch eine kunstgerechte Holzbrücke verbunden.

Wieder eine andere Art menschlicher Wohnungen sind die im „Löß“, einer Art Ton, angelegten, die hauptsächlich in China verbreitet sind. Sie sind eigentlich kaum etwas anders, als künstliche Höhlenwohnungen.

In holzarmen Ländern entstand aus der Lehmhülle allmählich der Ziegelbau. Charakteristisch für diese Art der Entwicklung sind die Länder am Euphrat und am Nil.

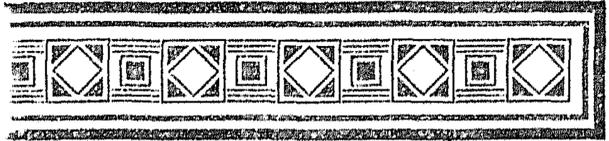
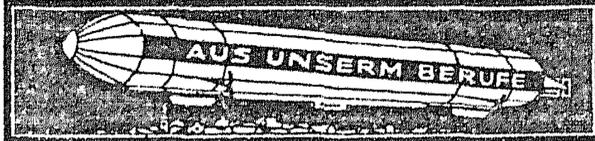
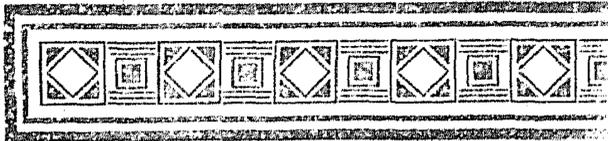
Sehr interessant sind dann die Abschnitte, die sich mit den Ueberresten aus vorgeschichtlicher Zeit im alten Hellas beschäftigen. Wir wissen heute, daß der hochentwickeltesten griechischen Kultur, die uns in zahllosen Denkmälern erhalten geblieben ist, eine andere vorherging, die man die mykenäische nennt und die hauptsächlich durch die Ausgrabungen des deutschen Forschers Schliemann bekannt geworden sind.

Es ist natürlich nicht möglich, den ganzen Inhalt des vorliegenden Buches hier wiederzugeben das würde den uns zur Verfügung stehenden Raum weit überschreiten. Es bleibt uns nur noch übrig, das billige, ganz nett ausgestattete Büchlein allen denen, die bestrebt sein wollen, die Lücken ihrer Schulbildung so gut es geht, auszufüllen — nachzuholen, was die Volksschule verfaumt hat, auf das wärmste zu empfehlen. Für den, der sich mit geringen Kosten eine eigene kleine Bücherei anlegen will, bildet „Die Technik in der Urzeit“ den besten Anfang.

Die Rentenstreitsachen in der Invalidenversicherung sind geringeren Umfangs als in der Unfallversicherung. Namentlich hat das Reichsversicherungsamt damit wenig zu tun, da es ja nur Revisionsinstanz ist. Grundständige Rechtsfragen kamen im Berichtsjahr nur wenige zur Entscheidung. Von den Versicherungsanfragen usw. sind im Jahre 1911 zusammen 391 190 Bescheide erteilt worden. Davon waren 190 024 berufsuntfähig. Insgesamt wurden in Invaliden- und Altersrentensachen im Jahre 1911 an-

hängig 27 569 Berufungen gegen 29 014 im Vorjahre. Von den durch Urteil des Schiedsgerichts erledigten Berufungen wurden 18,7 pCt. zugunsten der Versicherten und 81,3 pCt. zugunsten der Versicherungsträger entschieden. Beweisaufnahmen haben in 17 609 Sachen stattgefunden, darunter in 15 509 Sachen durch ärztliche Gutachten. Die Zahl der beim Reichsversicherungsamt anhängig gewordenen Revisionen betrug 5939 gegen 6655 im Jahre 1910. Das ist ein Rückgang um 10,7 pCt.. Der Anteil der Re-

visionen in Altersrentensachen beträgt nur noch 1,13 pCt. Bei den Revisionen der Versicherten wurden in nur 15 pCt. ein Erfolg erzielt, bei denen der Versicherungsanfragen aber in 66 pCt. der Fälle. In 327 Sitzungen sind 5090 Sachen erledigt worden. Wie lange immer die eingegangenen Sachen der Erledigung harren müssen, geht daraus hervor, daß am Ende des Jahres 1911 insgesamt 25 914 Beschwerden, Rekurse, Revisionen usw. unerledigt schwebten.



**Arbeiterinnen**

Oldenburg. Eine Versammlung der Austrägerinnen der bürgerlichen Tagespresse hat hier kürzlich stattgefunden. Diese war notwendig geworden, um einmal die miserablen Arbeitsverhältnisse zu besprechen und dann, um die Kolleginnen der Organisation zuzuführen. Die Unternehmer scheinen nun eine Heidenangst vor unseren Verband zu haben, sie stellen in der Person des Faktors Gohn einen Aufpasser, der von 5 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends vor dem Gewerkschaftshaus auf und ab patrouilliert, um die Zeitungsträgerinnen von dem Besuch der Versammlung abzuhalten. Das gelang dem Herrn aber nicht. Es ist durch die Versammlung eine feste Grundlage für den Organisationsaufbau der Zeitungsträgerinnen geschaffen und damit ist ihr Zweck erfüllt.



**Automobilfahrer**

Gegen die strolchenden Chauffeurs. Unter dieser Ueberschrift finden wir in der Berliner Tagespresse folgende Notiz:

„Auf die im August 1911 seitens des Vereins Deutscher Motorfahrzeugindustrieller an die Regierung gerichtete Eingabe gegen das sogenannte „Strolchen“ teilt der Staatssekretär des Reichsjustizamtes mit, daß seitens des Reichsamts des Innern sämtliche Bundesregierungen auf die erhobenen Klagen hingewiesen wurden und ihnen ein entschiedenes Vorgehen insbesondere auch durch Entziehung der Fahrerlaubnis, anheimgegeben ist. Ferner ist die Frage der mit der Ausarbeitung eines neuen Strafgesetzbuches betrauten Kommission unterbreitet, um die Einführung eines besonderen strafrechtlichen Schutzes gegen die widerrechtliche Benutzung fremder Kraftfahrzeuge im Zusammenhang mit der allgemeinen Strafrechtsreform zu prüfen.“

Sowohl das bayerische wie auch das württembergische Ministerium haben auf die Aufforderung des Reichsjustizamtes schon prompt reagiert und die untergeordneten Instanzen aufgefordert, sich bei der Entziehung des Führerscheines keinen Zwang aufzuliegen. Dann kann das Kesseltreiben also beginnen.

Charlottenburg. In der Versammlung der Privat-Chauffeurs am 7. 3. d. J. hielt Herr Rechtsanwält Dr. Guttsfeld einen sehr lehrreichen Vortrag über Rechte und Pflichten der Chauffeurs. Alle Anwesenden sind über so manche Streitfrage aus dem Dienstverhältnis der Privat-Chauffeurs belehrt worden und wissen nun, wie sie sich in ihren Stellungen zu verhalten haben. In der Diskussion sprach ein Kollege über die große Gleichgültigkeit der Chauffeurs bei Vereinbarung des Engagementsverhältnisses, daß sehr viel Kollegen nur froh sind, eine Stellung zu erhalten, und sich bei Eintritt derselben den Teufel um die Vereinbarungen kümmern.

Der Staatsanwalt als Mathematiker. An einem Sonntag soll der Ingenieur Richard Wagner von Nürnberg als Führer eines Automobils innerhalb der mittelkräftigen Ortschaft Waiersdorf die übliche Fahrgeschwindigkeit ganz erheblich überschritten haben. Er wurde deshalb vom Schöffengericht Erlangen zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Gegen dieses Urteil legte Wagner Berufung zum Landgericht Würth ein. Er bestritt mit aller Entschiedenheit, mehr als 15 Kilometer gefahren zu sein. Auch die Insassen des Autos bestätigten diese Aussage. Die Anklage stützte sich lediglich auf Laienaussagen, die das Auto durch die Ortschaft haben fahren gesehen und meinten, es sei mit rasender Geschwindigkeit gefahren.

Dem Staatsanwalt mochte es bei solch mutmaßlichen Angaben nicht recht wohl gewesen sein, umso mehr als sie noch obendrein von Laien stammten, denen die Aussagen der Insassen des Autos, die meistens Fachleute waren, strikte gegenüberstanden. Doch der Staatsanwalt weiß sich in solch kläglichen Fällen zu helfen; er versuchte eben auf eigene Faust die Anklage aufrecht zu erhalten. Er nahm deshalb ein mathematisches Rechenexempel vor und deduzierte es folgendermaßen: „Vom Waiersdorfer Tor sind 20 bis 30 Meter Wegstrecke. Diese hat der Zeuge Schiebel in der gleichen Zeit zurück gelegt, in der das Auto den Weg von der Kanalbrücke bis zum Waiersdorfer Tor zurück legte. Das ist eine Wegstrecke von ca. 320 Meter. Nehme man nun an, ein guter Fußgänger geht in einer Stunde 6 Kilometer und berechne bei dem Zeugen

Schiebel mit 4 Kilometer, so gälte das Auto bei einer Fahrgeschwindigkeit von 15 Kilometer höchstens in dieser Zeit 90 Meter zurückgelegt dürfen, ist aber tatsächlich die 320 Meter gefahren.

Nachdem ihm aber der amtliche Sachverständige Ingenieur Bachhofer aus Nürnberg beehrte, daß eine solche Berechnungsmethode aus hundertlei Gründen total unzuverlässig ist, tröstete sich der Staatsanwalt mit dem Eingeständnis, daß zwar in diesem Falle mit diesem Rechenexempel schließlich nichts zu machen sei, aber für alle Fälle versage solche Beweisführung nicht. Er hatte aber trotzdem die Güte, den Angeklagten für schuldig zu befinden und beantragte deshalb die kostenfällige Verurteilung von dessen Verurteilung.

Diese Freude konnte das Gericht jedoch dem Staatsanwalt nicht machen, es hob vielmehr, weil es an Beweisen für die Schuld des Angeklagten fehlte, das erstinstanzliche Urteil auf, was die kostlose Freisprechung des Angeklagten zur Folge hatte. Hoffentlich läßt aber der Gerichtshof, der nach dem mathematischen Schema des Herrn Staatsanwalts jemand verurteilen würde, noch recht lange auf sich warten.

Das schnellste Automobil ist, wie stets gebührt, in Amerika zu finden. Bei einem kürzlich in Los Angeles abgehaltenen Wetrennen hat es einen Rekord aufgestellt. Wir lesen darüber folgendes:

Ein eigenartiges „Wetrennen“ wurde gelegentlich des aviatischen Meetings in Los Angeles abgehalten. Die bunte Konkurrenz bestand „auf der Erde“ setzte sich aus einem Wettkämpfer, einem Reiter, einem Motorradfahrer und einem Automobilisten zusammen, während ein Aeroplan das über 100 Meilen führende Rennen in der Luft mitmachen sollte. Die Flugmaschine kam jedoch nicht von der Stelle, da der Motor streikte. Als Sieger ging der Motorradfahrer durchs Ziel, zweiter wurde der Käufer, als dritter endete der Reiter und das Auto belegte den vierten Platz. — Ja die Amerikaner!

Der Streik der Chauffeurs in Paris. Nun ist es gerade drei Monate her, daß die Chauffeurs im Streik stehen. Diese verhältnismäßig so kurze Spanne Zeit ist reich an Ereignissen. Lassen wir einige Vorfälle nur des letzten Monats Revue passieren. Mit diesem letzten Monat beginnen nämlich die Provokationen. Am 1. Februar wollte die Gesellschaft „La Francaise“, die mächtigste des Konfortiums, eine Anzahl Automobile am hellen Tage durch einige große Verkehrsstraßen vor der Mergie der Streikenden bestreiten lassen. Um die Provokation voll zu machen, sahen wir ein überaus starkes Polizeiaufgebot, ja selbst Infanterie, Kavallerie und Munizipalgarde. Dieses ungeheure Aufgebot sollte die Streikenden zu unüberlegten Streichen verleiten und dadurch der Regierung eine Handhabe zur Unterdrückung des Konfortiums schaffen.

Am 2. Februar ordnete der unüberlegliche Präfect von Paris, Herr Lepine, an, jedem Streikbrecher einen Munizipalgardisten auf den Sitz anzuschließen, was gegen jedes Reglement ist. Doch das ist nicht alles. Den Weibern wurde eine spezielle Autorisation gegeben, gewisse Straßen zu vermeiden, auch gegen den Willen des reisenden Publikums. Dann häuften sich von Tag zu Tag die durch die Unerschlichkeit der Weibern verursachten Unglücksfälle: Männer, Frauen und Kinder wurden überfahren, mehr oder weniger schwer verletzt, darunter ein Direktor des Marineministeriums; eine Frau wurde sogar getötet. Das ist das Fazit, daß eine Reihe von gelben Chauffeurs ohne Erlaubnisfchein fahren. Sogar bürgerliche Klätter protestieren gegen diesen Zustand, der eine beständige Gefahr für das Straßenpublikum bildet. Das kümmert natürlich weder Lepine noch das Konfortium. Lepine hat nur ein Ziel im Auge: den Streik zu brechen, trotz alledem.

Auch an heiteren Momenten fehlt es nicht bei diesem Streik. So haben diejenigen Chauffeurs, die zu den bewilligten Forderungen fahren, ausgeschöpfte Puppen, Munizipalgardisten darstellend, neben sich auf den Sitz gesetzt. Dann erlaubten sie sich auch, die Polizisten aller Art zu uzen. Alles das aber nicht ungestraft. Ueber die einen wie über die andern wurden Geldstrafen verhängt. Geldstrafen ganz neuer Art und worüber das Parlament noch eine Interpellation über sich ergehen lassen wird. Also Sabotage des Gesetzes von oben und Respekt des Gesetzes von unten.

Am 22. Februar ereignete sich nur etwas, das den Anschein hätte erwecken können, als ob die Streikenden den Weg der Gefährlichkeit verlassen hätten und zu brutaleren Kampfmitteln greifen würden, verleiht durch die provozierende Ungefährlichkeit Lepines und des Konfortiums. In der Nacht vom 21. auf den 22. Februar explodierten in der Remise von Charonne in Intervallen von je einer Stunde drei bombenähnliche Machwerke. Als man dann die anderen Wagen untersuchte, fand man noch acht solcher Fabrikate. In der Remise Bagram explodierten in derselben Nacht vier solcher Bomben. Hier wurde allerdings durch ein leichtes Feuer eine ernste Beschädigung der Wagen verursacht, was in der Remise

Charonne nicht der Fall war. Es wurden hier nur die Polster beschädigt. Endlich in der Remise von Levallois-Perret fanden zwei Explosionen statt und eine dritte, als ein Gemeindebeamter von einem solchen Fabrikat die Umhüllung loswickelte. Der Beamte verbrannte sich an den Händen.

Das Sonderbare an der Sache ist nun, daß die Wagen zwischen 6 und 8 Uhr abends in die Remisen gefahren wurden und daß sie von Nachtwächtern und einem Inspektor der Präfectur bewacht wurden, seit dem Beginn des Streiks. Dann daß sie, wie an jedem Abend, auch an diesem bei der Einfahrt genau untersucht wurden und nichts Verdächtiges weder unter den Polstern noch sonstwo entdeckt wurde. Es muß also aus diesen Tatsachen geschlossen werden, daß diese Erzeugnisse trotz der Ueberwachung nach 8 Uhr abends gelegt worden sind. Und daraus wieder, daß die Uebelthäter nicht unter den Streikenden zu suchen sind. Ein unvoreingenommener Zeuge für unsere These ist übrigens der Polizeichef der Anarchistenbrigade, der selbst erklärte: „Ich glaube nicht an ein Mitwirken der Revolutionären; die sogenannten Bomben waren keineswegs gefährlich. Ihre Zusammenfügung setzt einige Kenntnisse der Chemie bei den Tätern voraus. Es ist leicht möglich, daß sich die Täter unter den täglich neu angestellten Chauffeurs befinden. . . .“ Aber auch diese haben kein greifbares Interesse an solchen Experimenten. Wohl aber das Konfortium, das, sprechen wir es ruhig aus, damit die Verhaftung des Streikkomitees und der leitenden Personen des Syndikats erreichen und dadurch wieder den Streik ein Ende machen wollte. Wir begreifen, daß diese Herren, gedrängt von ihren Aktionären und der Aussicht, daß die Streikenden mit ihrem vorzüglich funktionierenden Unterstützungswesen und ihren nach hiesigen Begriffen reformistischen Führern, zu denen sie großes Vertrauen haben, noch lange aushalten und das Konfortium schließlich zum Nachgeben zwingen könnten; wir begreifen, sagen wir, daß die Herren vom Konfortium durch diese Taten beunruhigt und nervös werden und nach Mitteln suchen, die der Sache eine Wendung zum schnelleren Abschluß geben.

Der Direktor der Gesellschaft „La Francaise“ hat übrigens die Kühnheit zu sagen, die „Bomben“ könnten nur von den Streikenden gelegt worden sein und er geht soweit, direkt das Duhend Rufen, daß den französischen Kollegen im Streik gefolgt ist, als Täter zu bezeichnen. Natürlich, zuerst müssen die Schwächsten, die Ausländer, verhaftet werden, andere könnten ja folgen. Auch die bürgerliche Presse mit Ausnahme einzelner Organe scheint sich nicht trotz der Klarheit der Sachlage die Streikenden für dieses „Attentat“ verantwortlich zu machen. Eine andere Version zirkuliert noch: Unter den zuletzt eingestellten Streikbrechern sollen zweifelhafte Elemente sein. Was versteht man nun in diesem Falle unter zweifelhaften Elementen? Nun, Chauffeurs, die vom Syndikat der Chauffeurs hingschickt worden sein sollen und zwar mit vordem ausbrütlichen Auftrag, diese „Attentate“ auszuführen. Zum Glück ist die Abneigung des Genossen Francette und der Streikkomitee-Mitglieder gegen solche Akte viel zu populär, um auch nur bei den Dummsten mit solchen Gerüchten erfolgreich Stimmung gegen die Streikenden machen zu können. Um diese Anmut glaubhaft zu machen, scheint man übrigens keine Mittel. So erhielt vor einigen Tagen die Organisation der Kutscher und Chauffeurs einen Brief zugesandt, anonym natürlich, in dem eine Reihe solcher „Bomben“ und Rezepte zu deren Erzeugung enthalten waren. Dieser Brief brauchte nur bei einer Hausdurchsuchung gefunden zu werden und der Coup wäre gelungen; Verhaftungen und Verfolgungen anderer Art würden die Streikenden dann schon dezimieren. Einstweilen wohnen die Streikenden, die noch keinesfalls demoralisiert sind, täglich ihren Versammlungen massenhaft bei.

Resümieren wir noch rasch durch einen Blick die Streikfrage, dann werden wir auch in dieser Beziehung mit Befriedigung konstatieren können, daß der Krieg noch andauern kann, ist doch noch Munition vorhanden und wird doch noch täglich für neue gesorgt.

Vom 5. bis 18. Februar betragen die Einnahmen 148 247,10 Frs., die Ausgaben 147 599,50 Frs. Die gesamte Einnahme betrug 877 189,40 Frs., die gesamte Ausgabe 829 622,90 Frs., verbleibt Kassenbestand am 18. Februar 47 566,50 Frs. Dieser Kassenbestand und die bisherigen Erfolge mit der Ablieferung der beschlossenen Unterstützungstage von den Fahrenden werden beitragen, daß die Streikenden bis zum endgültigen Siege aushalten.



Bochum. Am Samstag, den 2. März cr., fand unsere Versammlung statt. Kollege Beschlen gab den

Bericht über die gepflogene Verhandlung betr. Wanderversammlung. Ein Antrag des Kollegen Hofe gegen Müller, betr. Ausschluß aus dem Verband, wurde nach Aufklärung der Sachlage einstimmig abgelehnt. Die Wahl des Sektionsleiters fiel auf den bisherigen. Die Errichtung einer Sechser-Kasse wurde von der Versammlung gutgeheißen. Jeder Kollege ist verpflichtet, einen wöchentlichen Beitrag von 5 Pf. zu entrichten. Mit der Eintastierung dieses Beitrags wurde der Sektionsleiter und der Kollege Müller betraut. Das Verkehrslokal befindet sich Wiemelshausstraße, Restaurant Joh. Bueg. Die Versammlung findet jeden 4. Samstag im Monat statt. Hier auf Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Bochum.** Und wieder mal die Fr. Herm. Hatte da der Herr Rentier dem Püger und Ernährer der Fr. Hermis für eine zerstückte Kluppel 6 Mt. abgehalten und dieser Kaufjunge (so tituliert der feingebildete Missetäter Hermis unsere Kollegen) hat die Frechheit besessen, den Arbeitgeber zu verklagen. Als nun die Vorladung zum Gewerbegericht erschien, war wieder kein Halten im Bau. Als am Abend der Kollege seine Tour abgab und notgedrungen, wegen übermäßiger Zahl Inuentunden, einen Teil wieder mitbringt, flug Herr Hermis an zu schimpfen: "Schätze Dir für die Arbeit keine 3 Mt., solche Faulenzerlei bin ich satt!" und wer weiß was noch. Na, als echter Bochumer Junge war der Püger nicht ruhig, sondern verteidigte sich und wollte sich, um zu Ende zu kommen, erheben. Doch Herr Hermis ließ dem Püger nach und schlug ihm ins Gesicht. Unser Kollege entfernte sich mit der Bemerkung, sich sein Recht zu suchen. Grund zu kündigungslösem Aufhören war da und so blieb unser Kollege zu Hause. Als am Samstag der Püger sein Geld und seine Papiere haben wollte, meinte der Herr Rentier: "Du Kaufjunge bekommst Dein Geld nur durch Gerichtsurteil, und wenn Du nicht machst, daß Du wegkommst, schmeiß ich Dich durchs Fenster!" Wir können den Püger nur den einen Rat geben: Haltet euch fern von der Geschäftsleitung und Führung, und zwar aus folgenden Gründen. Um alles, was die Püger sagen, orientiert zu sein, hat Herr Hermis mit einem Ziegenflächter ein Abkommen getroffen, stets Logis für seine Leute frei zu halten. Es ist in den letzten Tagen erwiesen, daß alles, was die Püger unter sich dort sprechen, Herrn Hermis hinterbracht wird. Es ist von dem Herrn Strauß, dem Logiswirt, behauptet worden, daß der Geschäftsführer der Fr., den Herrn Hermis geraten habe, doch ja Kautions den Leuten abzuhalten, denn sonst türnten diese. Also aufgepaßt.

**Bochum.** Die Inhaber einiger Glasreinigungs-Institute zu Bochum scheinen der Ansicht zu sein, daß ihnen das Prügelrecht zusteht. So hatte Herr Surau wohl gedacht, als er den Lehrpüher wegen Neujahrsgatulation ohrfeigte. Da nun unser Kollege so hell war und trotz seiner Jugend sich diese Zurechtweisung nicht gefallen ließ, deshalb Schluß machte, so glaubte Herr Surau, 22 Mt. Kautions und Festlohn einhalten zu dürfen. Auf mehrmalige Aufforderung lehnte der Herr Zahlung ab. Vornm Gewerbegericht mußte der Herr sich bekehren lassen, daß er zu zahlen habe und da er dies nicht gutwillig wollte, zahlte er auch noch die Kosten. Die Wänne der Herrn Meißter wachsen wohl gen Himmel, aber doch nicht hinein.



**Essen.** Die Gehaltsreduzierungen, die die Firma Mohr u. Co. gegenüber ihren Radfahrvertretern am 1. Februar d. J. vornahm, scheinen das eine gute im Gefolge zu haben, daß sich viele der Angestellten auf ihre Organisationspflicht bestimmen. Abgesehen von den vereinzelt Aufnahmen, traten vor kurzem in Sam nach einem Vortrage eines Kollegen aus Essen mehrere dieser Berufs-Kollegen dem Verbands bei. Nur der Firma scheint diese Erbreierung gar nicht zu behagen. Sie erließ beispielsweise im "Hamburger Echo" eine Nichtigstellung, die in eigenartiger Weise folgendermaßen richtig stellt:

1. Es ist unwahr, daß wir mit unseren Radfahrvertretern im Essener Bezirk ein derartiges Abkommen, wie Sie berichten, getroffen haben. Die Bedingungen für unsere Radfahrvertreter sind in ganz Deutschland gleich. Wir haben sie alle engagiert auf 10 Pf. pro Pfund Verkaufsprovision und garantieren ein Minimal-Einkommen von 150 Mt. monatlich und einige Nebeneinkünfte (Garderobe usw.). Ein Teil der Radfahrvertreter verdiente durch Provision das garantierte Minimal-Einkommen, andere aber nicht, kein vernünftiger Mensch kann aber von uns verlangen, daß wir dauernd Zuschüsse leisten. Wir haben deshalb gekündigt und die Gehaltsverhältnisse auf 100 Mt. monatlich ermäßigt und die Verkaufsprovision von 10 auf 12 Pfennige pro Pfund erhöht, sodaß die Radler, welche mit Erfolg arbeiten, sich bedeutend besser stellen, als früher. Es ist niemals davon die Rede gewesen, daß die Provision auf die neuen Artikel Kaffee und Fleischartikel ermäßigt werden sollte."

Das "Hamburger Echo" hängt diese Art Berichtigung sofort niedriger und in ihrer Nr. 43 brachte es dann noch eine Erwiderung von unserer Seite. Auch an dieser Stelle wollen wir zu der obigen Nichtigstellung folgendes bemerken:

Gleich der erste Absatz enthält eine außerordentlich lähne Behauptung. Es wird das von uns mitgeteilte Gehaltsregulativ in Abrede gestellt, obwohl

einige Zeilen weiter auf dasselbe eingegangen wird. Ferner, daß den Vertretern "bis dato" ein festes Gehalt von 150 Mt. pro Monat gezahlt wurde, ist von uns gar nicht bestritten worden. Aber seit dem 1. Februar d. J. wird dasselbe nur noch ausschließlich des Industriebezirks bezahlt. Dann wird in der Nichtigstellung weiter behauptet, die Vertreter ständen sich jetzt besser wie vordem. Daß auch das nicht zutrifft, gibt die Firma ebenfalls in ihrer Nichtigstellung zu, indem sie im selben Atemzuge meint, sie hätte bisher dauernd Zuschüsse geleistet. In Wirklichkeit werden durch diese Neuregelung nur einzelne die ganz besonders hohe Umsätze haben, beispielsweise im Essener Bezirk, von 18 Angestellten 3 bis 4 Mann in ihrem Einkommen nicht verschlechtert. Die übrigen haben durchschnittlich nur 8 bis 9 Zentner pro Monat Umsatz, verdienen also anstatt 150 Mt. nur noch 100 Mt. Erst bei einem monatlichen Umsatz von 12 bis 13 Zentnern wird das bisher garantierte Einkommen von 150 Mt. erreicht. Auch der letzte Satz, auf die neuen Artikel solle die Provision nicht ermäßigt werden, stellt etwas in Abrede, was von uns garnicht behauptet wurde. Von den Generalvertretern ist vielmehr den Angestellten nur mitgeteilt worden, nach Einführung dieser Artikel würde voraussichtlich das garantierte Gehalt abgeschafft und nur noch auf Provision gezahlt werden. Der einzige Punkt, in dem unsere Darstellung in der Nr. 8 unserer Verbandsorgane zu Mißverständnissen führen konnte, war die Verwechslung des Wortes monatlich und wöchentlich. Dieses Manco, das unsere Kollegen auf den ersten Blick als Fritum erkannten, wurde bereits in der Nr. 10 des "Courier" in einem Berliner Bericht richtiggestellt.

Im übrigen wollen wir nicht unterlassen, ausdrücklich hervorzuheben, daß es uns nicht, wie es die Firma ihren Angestellten versucht plausibel zu machen, darum zu tun ist, der Firma und damit unseren Kollegen Schwierigkeiten zu bereiten, sondern einzig und allein um die Wahrung der Interessen unserer Kollegen. Denn auch in den übrigen Bezirken sollte die Verdienstreduzierung teilweise schon zum 1. März vorgenommen werden, wurde aber, soweit wir uns Kenntnis verschaffen konnten, bis jetzt noch nicht verwirklicht.

Unser Eingreifen scheint demnach doch nicht so ganz ohne Wirkung geblieben zu sein. Mögen unsere Kollegen daraus die Konsequenzen ziehen. Nur eine einheitliche Interessenvertretung in unserer Organisation kann alle zukünftigen Versuche, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, wirksam begegnen.

**Sonneberg.** Wie die hiesigen Kollegen Pader und Einbinder der Ausbeute ihrer Arbeitgeber ausgeht sind, beweist folgender drastischer Fall. Bei einer hiesigen Puppen- und Spielwaren-Export-Firma — wir wollen für dieses Mal noch von der Namensnennung derselben aus gewissen Gründen Abstand nehmen — wurde vor kurzem zwei Kollegen mit der Begründung "wegen Ueberfüllung" die Kündigung überreicht. Die Firma ist ja in soweit bekannt, daß sie während der Hauptkonjunktur durch die hiesigen Zeitungen Pader und Einbinder bei höchstem Lohn und dauernder Stellung sucht und auch findet; jedoch alljährlich nach Saisonabschluss einen Teil dieser wieder entläßt. Was aber betreffende Firma in diesem Jahre getan hat, grenzt an das Unglaubliche. Während der eine Kollege, der 27 Jahre alt und annähernd zwei Jahre dort beschäftigt war, mit 18 Mt. pro Woche entlohnt wurde, wurde der andere, der 17 Jahre alt und 3 Jahre daselbst tätig war, mit 9 Mt. pro Woche abgefunden. Wie aber die Arbeitskraft derselben im letzten Moment ausgemittelt worden ist, beweist, daß die Kündigung erst dann überreicht wurde, als die Kollegen auf Verlangen ihres Chefs, in dem Betrieb einer anderen Firma Ausbissdienste auf etliche Wochen leisteten. Erst dann, als auch in diesem Betrieb die Arbeit verrichtet war, wurden die Kollegen entlassen. Ob diese 27 Mt., die die Kollegen wöchentlich zusammen während der 4- bis 6wöchentlichen ruhigen Geschäftszeit erhalten hätten, einen nennenswerten Einfluß auf den Profit der Firma gehabt hätten, bezweifeln wir sehr. Für uns war aber dieser Fall insofern günstig, daß sämtliche noch nicht organisierte Kollegen im fraglichen Betrieb sofort der Sektion II des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes beitraten. Kollegen Pader und Einbinder! Eben solchen Chikanen ist jeder einzelne noch ausgesetzt. Nur ein geschlossenes, straffes Zusammenhalten der Kollegen, eine Organisation, kann sich dagegen wehren. Sätten sich damals schon, wie heute, sämtliche Kollegen aus dem Betriebe zur Organisation bekant, dann hätte der Deutsche Transportarbeiter-Verband eingegriffen. Vielleicht kommen wir später noch einmal mit der Firma zusammen. Sie braucht ja doch wieder Arbeiter. — Daß unser letzter Artikel im "Courier" einen kleinen Aufruhr unter die Kollegen in dem hiesigen Exportgeschäft Geo. W. u. Co. gebracht hat, ist begreiflich. Einige klardenkende Kollegen, die eine Art Betriebsversammlung im Geschäft veranlaßt haben, wollten Aufklärung darüber haben, wie sich ihre Mitarbeiter zum Anschluß an den Deutschen Transportarbeiter-Verband, Sektion II, stellen. Leider ist aber dabei gar nichts zustande gekommen. Es wäre doch besser für die Kollegen, wenn nur eine Anzahl derselben einmal eine Versammlung der Sektion II besuchen, damit sie aufgeklärt würden; dann könnten auch solche Neuherungen wie: "Ob wir dabei nicht unsere schon bestehenden Vergünstigungen, wie Ferien usw. verlieren", nicht mehr fallen. Unser Verband hat doch lediglich nur den Zweck, Besseres zu erringen in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse. **Verlieren wollen wir nicht.** Wenn auch

die Arbeitsverhältnisse im genannten Betrieb etwas besser sind, wie in manchen anderen, so lassen jedoch die Löhne sehr zu wünschen übrig. Ein Neustädter Kollege, der Name tut ja nichts zur Sache, ob der Schwarz oder Braun heißt, wehrt sich, trotzdem er als verheirateter Mann nur 18,50 Mt. pro Woche erhält, gegen jede Annäherung an den Verband. Wir können jedoch nicht unterlassen, auch mitzuteilen, wie es kommt, daß derselbe trotz seines Hungerlohnes auskommt. Die Frau des Neustädter Kollegen betreibt zu Hause ein Puppen-Frisiergeschäft, das aber erst dadurch etwas abwirft, weil der Mann nach Geschäftsschluß zu Hause noch tätig ist. Es ist schon häufig vorgekommen, daß derselbe ganze Nächte mit durchgearbeitet hat. Wenn dann der Kollege am anderen Morgen im Geschäft noch übermäßig, öfters auch krank ist, wundere man sich nicht. Würde er jedoch nur annähernd menschenwürdig bezahlt, dann braucht er seine Gesundheit nicht so aufs Spiel zu setzen. Solchen Zuständen wollen wir aber entgegenarbeiten. Wir wollen uns nicht mehr länger als ein willenloses Ausbeuteobjekt der Profitlust der Sonneberger Kaufleute preisgeben. Wir wollen uns organisieren, damit wir den Kapitalisten als geschlossenes Ganze entgegenreten und uns besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erringen können.

Kollegen! Die Gelegenheit ist Euch geboten. Schließt Euch der Sektion II des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes an, dann werden bei gegebener Zeit unsere Wünsche in Erfüllung gehen.

**Würzburg.** "Nicht gelernt und nicht vergessen!" Während die übrige Arbeiterschaft aus den wirtschaftlichen Verhältnissen die richtige Lehre zieht und sich organisiert, glaubt ein großer Teil der hiesigen Arbeiter des Handels- und Transportgewerbes immer noch, ohne Organisation auszukommen und die Beiträge für den Verband zu sparen. Gerade aber diese Kollegen schimpfen oft genug im Wirtschaftshaus über schlechte Entlohnung, überlange Arbeitszeit und ungerechte Behandlung. Im Wirtschaftshaus spielen diese Kollegen den Radikalen, im Betriebs sind sie die größten Schmarozker. Bei dieser Gleichgültigkeit werden naturgemäß die Berufsverhältnisse eher schlechter als besser. In den Branchen der Hausdiener, Bader und Lagerarbeiter finden wir Kollegen mit 12- bis 17jähriger Beschäftigung, die in den letzten 5 bis 10 Jahren noch keine Verbesserung erfahren haben und immer noch für 17, 18 und 19 Mark schuften müssen. Keiner hat den Mut, dem Unternehmer auf die Teuerung hinzuweisen und um Lohnzulage zu ersuchen, weil man fürchtet, daß der Arbeitgeber den gebräuchlichen Ausdruck: "Wenn es Ihnen nicht langt, dann suchen Sie sich anderweit lohnendere Arbeit" ihm ins Gesicht schleudert und damit droht, daß sich ihm 20-30 Leute billiger anbieten. Diese Argumente haben unsere unorganisierten Kollegen stets auf Lager, bedenken aber nicht, daß durch ihre unvernünftige Handlungsweise die Arbeitgeber in dieser ihrer Auffassung fortwährend gestärkt werden und die Kollegen immer weiterverföhrt behandelt. Nur der Zusammenschluß der Kollegen in einer starken Organisation kann diese Zustände beseitigen. Gelingt es uns, den Preis der Nichtorganisierten und Lohnrückler zu verringern, dann werden die Arbeitgeber wohl oder übel unseren Forderungen Gehör schenken müssen. Auch für die schon besser bezahlten Kollegen bedeutet die große Zahl der indifferenteren Kollegen eine stete Gefahr, da sie stets auf das Lohnniveau brücken. Aber bei dem größten Teil der Handelsarbeiter spielt die Bequemlichkeit eine große Rolle. Nicht über seine Lage nachdenken zu müssen, bei allen Klimbinderereien mit die erste Geige bei hungrigem Magen zu spielen, das ist das Charakteristikum der hiesigen Kollegschaft. In dieser Hinsicht sorgen die Unternehmer schon viel besser für sich. Als sich vor kurzer Zeit ein Kollege um eine ausgeschriebene Stelle bewarb, frag der Unternehmer, ob der Kollege alle Militärbildungen gemacht habe. Der Kollege verneinte und wurde nicht eingestellt. Auf die Bemerkung des Kollegen, daß die einzig noch zu leistende Übung doch kein Hindernis in Einstellung sein dürfe und die Übung doch im Interesse des Vaterlandes liege, antwortete der sonst gut patriotische Lederhändler: "Er pfeife auf das Vaterland, er brauche einen Hausdiener, der immer da sei." Von der Nichtsichtigkeit der Arbeitgeber könnten unsere Kollegen noch manches lernen. Heute ist aber der Handelsarbeiter selbst noch sein eigener Feind und ein Kollege schädigt den andern. Soll es besser werden, dann muß jeder Kollege mit Hand anlegen, gemeinsam in voller Eintracht und treuer Zusammenhalten an der Stärkung unserer hiesigen Verwaltungsstelle arbeiten. Dann wird der Erfolg gewiß nicht ausbleiben.

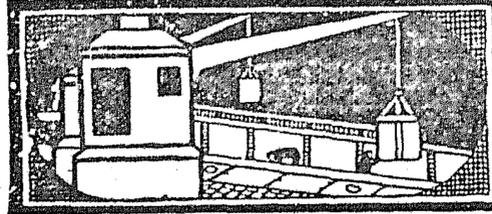


**Berlin.** Die Monatsversammlung der Abteilung Dsten fand am 6. März statt. Ein Kollege aus Karlsruhe hielt einen äußerst interessanten Vortrag über: "Die Romantik des Seemannslebens". In seinen 1 1/2 stündigen Ausführungen schilderte der Referent die Zustände im Seemannsberufe nebst den Gefahren und Mißständen, wie sie in Wirklichkeit sind. Insbesondere warnte er auch vor den betrügerischen Annoncen der Agente, welche junge Leute mit Geld betragen nach den Hafenstädten zu locken suchen. Viele Mißstände sind bereits mit Hilfe bezw. durch die Organisation beseitigt worden und es wird alles versucht, um die bestehenden Verhältnisse zu verbessern, damit auch die Seeleute ein menschenwürdiges Da-

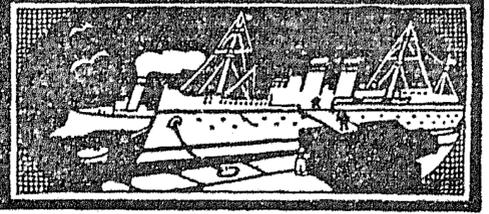
sein führen können. Der zweite Abteilungsleiter dankte dem Redner im Namen der Anwesenden für seine Mühe. Einige Bilder wurden mit Interesse besichtigt. Die Wahl der Delegierten zur General-Versammlung der Bezirksverwaltung von Groß-Berlin wurde wegen der vorgerückten Zeit vertagt und erfolgt in der nächsten Versammlung am 3. April. Für die Abteilung Lichtenberg fand die

Monatsversammlung am 9. März statt. Die Protokolle der beiden letzten Monatsversammlungen wurden verlesen und genehmigt. Alsdann hielt ein Kollege aus Neukölln einen Vortrag über: „Der alte Fritz in Legende und Geschichte“. Die Wahl des 1. Abteilungsleiters soll in der nächsten Versammlung am 13. April erfolgen, ebenso die Wahl der Delegierten zur General-Versammlung von Groß-Berlin.

In beiden Versammlungen wurde noch auf den am Sonntag, den 10. März, stattfindenden gemeinsamen Besuch der ständigen Ausstellung für Arbeiter-Wohlfahrt mit Führung aufmerksam gemacht und um rege Beteiligung ersucht. Weiter wurde beschlossen, am 1. Osterfeiertag eine Tagespartie zu veranstalten. Treffpunkt und Ziel wird noch im „Courier“ sowie durch Handzettel bekannt gegeben.



# Hafenarbeiter



Das Streikkonto der Hamburg-Amerika-Linie. Wir berichteten bereits über den glänzenden Abschluß der Hamburg-Amerika-Linie. Der inzwischen herausgekommene Geschäftsbericht bringt nichts Bemerkenswertes, was wir nicht bereits im „Courier“ S. 44 berichteten, es sei denn die Umtaufung des Konkurrenzlampf-Kontos in Streik-Konto. Es heißt im Bericht wörtlich:

„Dem Konkurrenzlampf-Konto haben wir im Berichtsjahre nur 133 402 Mt. entnommen. Wir haben es für richtig gehalten, dem Konto trotzdem 1 000 000 Mark aus dem Betriebsgewinn zuzuführen, so daß es nunmehr 3 248 916 Mt. beträgt. Gleichzeitig haben wir die Zweckbestimmung des Kontos, indem wir es als „Konkurrenzabwehr- und Streik-Konto“ bezeichneten, dahin erweitert, daß es auch zur Deckung der uns durch Streiks erwachsenden außergewöhnlichen Ausgaben Verwendung finden kann.“

Diese Bildung des Streikkontos muß für die Hafenarbeiter ein Ansporn sein, ihr Streikkonto auf die gleiche Höhe zu bringen.

Wallin und der Norddeutsche Lloyd. In diesen Tagen ist nun auch der Jahresabschluß der zweiten großen deutschen Reederei, des Norddeutschen Lloyd, bekannt geworden. Daß die Reederei diesen Abschluß nicht so enthusiastisch feiert, wie den der H. A. L., erklärt sich aus der ganzen Lage des Lloyd. Es ist vielleicht von Interesse, die wichtigsten Posten in der Abrechnung der beiden größten Schiffahrtsgesellschaften nebeneinander zu stellen.

	Nordd. Lloyd	H. A. L.
	in Millionen Mt.	
Kapital	125,0	125,0
Brutto-Uberschuß	41,5	47,32
Dividende in Mt.:		
Mehr gegenüber 1910	3,4	4,58
1910	3,75	10,0
1911	6,25	11,25
Dividende in pCt.:		
1910	3 pCt.	8 pCt.
1911	5	9
Abschreibungen (in Millionen Mt.):		
1910	20,44	20,74
1911	20,70	23,81

Weiter können wir den Vergleich nicht ausdehnen, da gerade die wichtigsten Zahlen vom Lloyd noch nicht veröffentlicht sind. Es fehlen gerade die Zahlen, die zur Beurteilung der Lage der Gesellschaft notwendig sind, wie z. B. die Höhe der flüssigen Mittel, der Reserven usw. Seit langen Jahren ist bekannt, daß beim Lloyd etwas faul ist. Die Umkehrung der 3 pCt. Dividende im Vorjahr wurde nur dadurch möglich, daß der Lloyd den gesetzlichen Reservefonds sprengte, anstatt ihn aufzufüllen. Der wirtschaftliche und moralische Abstieg der Bremer Linie begann, als der im Jahre 1909 verstorbene Generaldirektor der Gesellschaft, Dr. Wiegand, den Wettkampf mit der H. A. L. aufnahm. Im Bestreben, mit der Lomage die Spitze sämtlicher Gesellschaften zu halten, ließ sich der Lloyd auf die gewagtesten Spekulationen ein. — Zum offenen Eklat kam es zum ersten Mal, als der Lloyd beim Ausbruch der letzten Krise (1907) den Werften nicht die fälligen Bauzinsen zahlen konnte. Aber die bürgerliche Presse ging mit affenartiger Gemütsart über diesen bösen „Zwischenfall“ hinweg. Niemand wagte den Finger in die Wunden zu legen, einzig die sozialdemokratischen Tageszeitungen und die in Frage kommende Gewerkschaftspresse beleuchtete die Verhältnisse, wie sie waren. Aber auf diese „gehäßigen Nörgelern“ achtete kein Mensch. Zum erstenmal wagt nun ein bürgerlicher Schriftsteller sich an den Lloyd heran. In einem Artikel „Bremen — oder der Lloyd“ heißt es in der „Zeitschrift“, Heft 11, Seite 324 u. a.:

„Beim Lloyd handelt es sich um ein Zweihundert-millionenunternehmen. Hier stehen, wenn das Unternehmen nicht gebehrt, wirklich allgemeine Interessen auf dem Spiel. Und die Kritik schweigt. Die deutsche Presse hat vor unsern Schiffahrtslinien einen allzu hohen Respekt. Jahrelang hören wir nur Lobpreisungen und lesen nur Nachdrucke aus den Korrespondenzen der Reedereien, den „Hamburger Beiträgen“ und dem „Leuchtturm“. Und die Kritik? Da sitzt so ein armer kleiner Redakteur und will es mit den großen Reedereien nicht verderben. Die großen Reedereien sind generös mit Freikarten. Wer hat das Geld, um mit Familie nach Ostafrika oder Australien, Indien oder nach Konstantinopel reisen zu können? Bei der Hapag und beim Lloyd kannst du es haben. Gratis, Luxusabine. Du verpflichtest dich nur, ein Buch oder eine Broschüre oder eine Serie von Artikeln in verbreiteten Zeitungen zu veröffentlichen. Als Titel hast du zu schreiben: „Mit dem „Meteor“ oder dem „Kleist“ (oder sonst einem

Dampfer nach Kappeel, Indien oder China.“ Du erwählst recht häufig, wie gut du verpflegt wirst an Bord, wie köstlich der Aufenthalt ist, lobst die Reederei und fährst dann auch gratis wieder nach Hause. Die Reederei betreibt dies System nicht etwa als Räben, sondern nur als Kellame suchen der Geschäftsmann. Das ist nicht so, als ob eine Theaterkritikerin dem Theaterkritiker Villetta zur Verfügung stellt. Bis jetzt ist es noch nicht gesehen, daß einer dieser Reisekritiker an den Einrichtungen des Schiffes etwas bemängelt hätte, was er vielleicht doch getan hätte, wenn er die Reise auf eine Kosten unternommen hätte. Welcher Pressemann wird es mit solchen Unternehmungen verderben wollen? Da sitzt er mit keinem Gehalt irgendwo den ganzen Tag herum und schreibt und schreibt und schreibt. Läßt er die Reederei zetteln in Frieden, bringt keine Aufsätze, die ihr Unangenehm sein sagen, und verpflichtet er sich, für sie in einem Reisefeuilleton Kellame zu machen, dann winkt ihm die Möglichkeit, eines Tages in Brasilien unter Palmen zu wandeln, Athen und Konstantinopel zu sehen und dort glückselig zu sein. Es ist ja so verständlich. Aber ist diese Form der Kellame dem Zeitungsleser auch bekannt? Nimmt er nicht alles für bare Münze, was in einem Reisefeuilleton Lobendes gesagt wird? Ist es richtig von unserer Tagespresse, diese Sache mitzumachen und genau zu wissen, wie die Dinge liegen? Ist es nicht besser, seine Unabhängigkeit zu wahren und ein mutiges Wort zu sagen, wenn irgend etwas nicht in Ordnung scheint? Mit diesen Verschleierungsversuchen wird nichts Gutes angerichtet. Das ist vornehmene Kritik, verlaß die Kellame. — Darum steht der Lloyd, der eine Kritik seit Jahren nötig hat, überall als unbestrittenes Unternehmen da, das niemand zu betaten wagt. — Schide du heute an irgend eine Tageszeitung eine sachlich ernst gehaltene Kritik über eine der großen Reedereien. Ich wette, daß es niemand wagt, sie zu bringen...“

Das ist die alte Geschichte: die oft von uns gerügte Korruption der bürgerlichen Presse. Es gibt unter 100 Zeitungen knapp 10, die es ablehnen würden, die von Bremen oder Hamburg über die Hafenarbeiter resp. den Transportarbeiterverband vollständig druckfertig gelieferten Schlammschütten der Verleumdung zurückzuweisen. Die meisten Redakteure fühlen sich geschmeichelt, wenn sie in tiefem Sumpf waten dürfen — ist er nur geheiligt durch Wallin oder den Lloyd. Gegenüber dieser Vergiftung der öffentlichen Meinung, ist die widerliche, aufdringliche Kellame für die Reedereien harmloses Stückerpiel. In dem oben angezogenen Artikel der „Zeitschrift“ wird dann weiter beleuchtet, welche Rolle der Lloyd in Bremen spielt, welche Rolle er in der Schiffahrt — spielte und welche Rolle ihm in Zukunft wahrscheinlich zugebach ist — von Wallin. Daß er in der Subventionsgeschichte das deutsche Reich über's Ohr haut, daß es einen Hund jammern könnte, sei nur nebenbei erwähnt. Während die Subventionslinie angeblich Zuschüsse erfordert, läßt der Lloyd eine Nebenlinie laufen, die sich gut rentiert. Mit den Diplomaten, mit dem Reichskanzler wird der Lloyd also fertig, aber — Wallin. In der Nr. 10 der „Zeitschrift“ wird über Wallin — der Diktator“ geschrieben. Die Verdienste Wallins um die H. A. L. werden mit oft überschwinglichen Worten gefeiert. Der Verfasser erinnert daran, daß vor 30 Jahren die H. A. L. wegen 60 000 Mt. fallieren sollte. Wallin brachte die Gesellschaft hoch. Um die Macht der H. A. L. zu vergegenwärtigen“, heißt es in dem Artikel, „sei darauf hingewiesen, daß abhängig von der H. A. L. folgende Linien sind: 1. Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft, deren die H. A. L. ist mit einem Drittel an der südamerikanischen Fahrt beteiligt; 2. Kosmos; 3. die Afrika-Linien (Ostafrika und Woermann); 4. die Hansa-Linie, denn von den Fahrten dieser Gesellschaften besitzt die H. A. L. ein Fünftel Anteil. — Auf die Austral-Linie und die Levante-Linie scheint die H. A. L. noch keinen Einfluß zu haben, doch gibt es sicher noch eine ganze Reihe kleinerer Reedereien im Inlande und Auslande, in denen die Hand Wallins schon nach dem Steuer sucht. Denn Wallin, nicht die H. A. L. hat den Vorteil davon, alles muß sich an ihn wenden, niemand als er kann die Fragen entscheiden, weil er sich von keinem in die Karten sehen läßt. Wallin ist Diktator ohne Nachfolger. Ein Mann der über eine Flotte herrscht, wie sie in solcher Größe nie existiert hat. Da schaffen, tragen, tarren, rechnen, schreiben, lobhudein und mühen sich alle, ab einem Maane, einem einzigen Manne untertan zu sein.“ Diese diktatorische Größe Wallins ist aber die schwache Seite der Gesellschaft; zwar gehen wir nicht so weit

wie die „Zeitschrift“, anzunehmen, daß nach Wallins Tod alles auseinanderlaufen müsse, weil niemand die Fäden kennt, mit denen der Maschinenbetrieb regiert werde; aber außerordentlich bedenklich bleibt die Tatsache, daß die ganze ungeheure Macht in einer Hand ruht. Zwar heute denkt Wallin noch nicht ans Sterben, er hat nach der „Zeitschrift“ noch eine große Aufgabe. — „Noch ein Diebe soll sich vor ihm beugen: Der Lloyd.“

Für die große Öffentlichkeit ist das Verhältnis zwischen H. A. L. und Lloyd das denkbar beste. — Noch während der letzten Poststreitigkeiten konnten wir über das blöde Geschwätz der Neederpresse (et luti quanti) berichten, wonach beide Gesellschaften „mit hörbarem Huel Front nach außen“ machten. Die korrupte Neederpresse sang das Lob der beiden Gesellschaften in hohen Tönen, weil sie sich im „Interesse der deutschen Schiffahrt“ — „einig“ gewesen wären. Niemals waren die beiden uneiniger als gerade damals. Wallin hielt die Ansprüche des Lloyd für gerecht und stimmte dagegen, ja bearbeitete den Lloyd, daß dieser die Ansprüche aufgab. Da haben wir die Kampfethode der H. A. L. Der frühere Lloyd-Direktor war Wallin durchaus nicht gewachsen (der jetzige noch weniger), dazu kam noch, daß Wiegand in Wallin nur den emporgestommenen Jünger sah, dessen Freundschaft er stets miß, wie die „Zeitschrift“ allerdings meint: „in dem Bewußtsein, daß nur ein selbständiges energisches Vorgehen den Lloyd halten konnte.“ Nun, diese „Energie“ Wiegands führte zum bösen Jahr, wo die Gelber für die Bauzinsen fehlten. Seit dem Jahre 1909 hat der Lloyd keine neuen Schiffe mehr bekommen, wohl aber welche verkauft. Die Schnelldampfer des Lloyd werden alt, der Lloyd ist schlafen gegangen. Der Lloyd ist schon lange keine Reederei mehr, sondern ein Finanzierungsinstitut für eine Anzahl von Unternehmungen, die mit Schiffahrt nichts zu tun haben. Die Schiffe laufen nur noch als Deloratorien, um das unrentable Wankgeschäft zu kaschieren.“ Fast lächerlich klingt es zu hören, daß der Lloyd an Möbelfabriken, einer Verlagsbuchhandlung, einem Tonwerk, an Mineralwasser- und Selterswasserfabriken, einem Kohlenbergwerk usw. beteiligt ist.

Das Reich zahlt dem Lloyd jährlich 6 Millionen Mark Subvention für die Reichspostlinien. 1908 und 1909 zahlte der Lloyd keine Dividende, 1910 nur 3/4 Millionen Mt. und für 1911 werden 6/4 Millionen Mt. verteilt — also gerade 250 000 Mt. — wenn das Reich keine 6 Millionen Subvention gäbe. Die „Zeitschrift“ glaubt, daß der Lloyd fertig ist, wenn er die Subvention verliert. Und die Gefahr, daß die Geschichte schiefe gehen kann, ist nach der Enthüllung der „Zeitschrift“ über den Mißbrauch der Subvention riesengroß geworden. Im April 1912 wird sie neu aufgeschrieben und der Generaldirektor des Lloyd geht jetzt — nach Amerika. Das Reich kann verlangen, ist im Interesse der schnellen Postbeförderung, im Interesse der deutschen Geschäftswelt gezwungen, zu verlangen, daß als Postdampfer die schnellsten Schiffe eingestellt werden. Der Lloyd hat solche Schiffe aber nicht mehr, er muß also, will er die Subvention behalten, Schiffe bauen. Er muß bauen, obgleich er 1910 den Reservefonds für Schiffsbauten aufstiegen ließ und das Wankgut haben die „riesige“ Höhe von 217 396 Mt. erreichte (bei einem Kapital von 125 Millionen Mt.). Reichspostdampfer dürfen nur auf deutschen Werften gebaut werden, — die deutschen Werften sind auf Jahre hinaus durch die Neubauten für die — H. A. L. beschäftigt. — Die „Zeitschrift“ malt das Bild weiter und fügt hinzu: „Herr Wallin hat es in der Hand, den Lloyd außer Spiel zu setzen.“ Wenn das geschehen ist, herrscht Wallin unumkränkt über die Meere. Der Schiffahrtstrust ist begründet und hat gefiegt.“

Von diesem Schiffahrtstrust befürchtet die „Zeitschrift“ das Schlimmste. Im Verein mit dem Kohlen-syndikat würde er Deutschland beherrschen. Die Gefahren, die ein solcher Trust für Deutschland bringen kann, sind allerdings nicht abzusehen. Unseren eifrigsten Bewunderer des Individualismus würde es bei der Gottähnlichkeit Wallins angst und bange werden. Zwar würde eine solche diktatorische Herrlichkeit nicht lange dauern, mit Recht weist die „Zeitschrift“ auf den Sturz anderer „großer“ Männer hin, weil sie unvorsichtigerweise in demokratischen Zeitältern die Geste des Imperators annahmen — aber für die gesunde Fortentwicklung wäre der Zusammenbruch von unermesslichem Schaden. Gegenüber dem Wallin-Individualismus wären alle Schwärmer des Individualismus, selbst wenn sie die Kuhweiese der Arbeitgeberszeitung abgrasen, Weib, Waffe. Die Existenz eines Wallin ist der beste Beweis für die Notwendigkeit des Sozialismus. Wenn es der H. A. L. wirklich gelingen sollte, dem Lloyd in aller und alter Freundschaft die Luft abzu-

drücken, dann zwingt die gebietliche Notwendigkeit den Staat, denselben Schritt zu machen, den er auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens schon längst getan hat: er muß beginnen, die Seeschiffahrt zu verstaatlichen. Im selben Augenblick, wenn die H. N. L. glaubt, daß der Lloyd ihm wie eine reife Frucht in den Schoß fallen wird, muß die Regierung zugereifen und dann den Lloyd zum vollgültigen Gegengewicht der H. N. L. ausgestalten. Wir fürchten freilich das Schauspiel: Der eine Jude Wallin wickelt 100 preussische Diplomaten ein. — Aber wie dem auch sei, auf keinen Fall darf die Seeschiffahrt von der Laune eines Mannes abhängen. Das fordert das Interesse der Volkswirtschaft, der Gesamtheit.

Unsere Organisation würde den Ansturm der Regierung auf das Koalitionsrecht abzuwehren wissen. Schwere als die Stiefel der heutigen Schiffahrtsgewaltigen wären die der Regierung auch kaum. Den Kampf um unser gutes Recht haben wir nie gefürchtet, werden wir auch nicht fürchten, wenn der Staat unser Gegner wird.

**Der Kampf gegen den Norddeutschen Lloyd in Bremerhaven.** Es war im Jahre 1903. Der damalige Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, Dr. Wiegand, stand im Zenith seines „Ruhms“. Wallin, der Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, ließ ihn gewähren. Mit sicherer Hand wußte derzeit der Generalgewaltige der Hamburg-Amerika-Linie das Netz, das er den Bremer Konkurrenten später über Kopf und Schulter warf, um diesen die Aussicht zu verwirren. Wie der Bremer Wiegand später gegen den Hamburger Wallin wütete und in blindem Konkurrenzkampf ein wertvolles Pfund verschleuderte: das Vertrauen der Geschäftswelt zum Norddeutschen Lloyd, so tobte er 1903 gegen den Verband der Hafnarbeiter und verlor dabei nichts minderes als beim Kampf gegen die Hamburg-Amerika-Linie — seine Ehre. Dr. Wiegand ist seit drei Jahren tot und — de mortuis nil nisi bene — von Toten soll man nur Gutes sagen. Auch Wiegand bliebe aus dem Spiel, wenn er wirklich nichts anderes gewesen wäre, wie tausende andere Scharfmacher, ein Feind der Arbeiterorganisationen. Aber bei Wiegand können wir stets nur an ein anderes Wort denken: De mortuis nil nisi iustum — von Toten soll man nur gerechtes und wahres sagen. — Im Jahre 1903 versuchte Wiegand die Macht des Hafnarbeiterverbandes in Bremerhaven zu brechen. Wir würden darüber weiter kein Wort verlieren, wenn er das ungeschriebene Gesetz der Menschlichkeit und des Anstandes, das selbst im heftigsten Kampf nicht schweigen darf, wenn er dies Gesetz nicht brutal unter die Füße getrampt hätte. Mit Zug und Trug und ausgesuchter Grausamkeit hat er gegen uns gewütet. Wir verziehen ihm die Minderheit, daß er sich nach seinem offiziellen Sieg unsere Verbandsbücher geben ließ und sie jetzt, wir verzeihen es ihm, denn es ist kindisch, auf eine dauernde Niederlage der Arbeiterorganisationen zu hoffen.

Dem kein Gebot und keine Macht zerstückelt Geprägte Form, die Lebend sich entwickelt!

Mit welchen Waffen der Norddeutsche Lloyd die Organisation bekämpfte, dafür ist der Vorgang aus dem Jahre 1903 ein prägnantes Beispiel. Der Lloyd hatte Wind davon bekommen, daß unsere Kollegen einen Tarif einreichen wollten, wenn die Konjunktur besser geworden wäre. Da der Lloyd an dieser Hinausschiebung natürlich kein Interesse hatte, provozierte er unsere Kollegen und maßregelte schließlich mit fadenheiniher Begründung ein Vorstandsmitglied. Als die Forderung, den Gemäßregelten wieder einzustellen, höhnisch zurückgewiesen wurde, griffen die Arbeiter zum letzten Mittel, zum Streik. Nach drei Tagen kam eine Einigung zustande, über die der „Hafnarbeiter“ Nr. 5 vom Jahre 1903 berichtet:

„Nachdem die Versuche, die Sache mit dem Generalunternehmer Hirsch zu regeln, an der fixen Idee desselben, daß er „Herr im Hause“ bleiben müsse, gescheitert waren, wurde beschlossen, eine Deputation nach Bremen zu senden. Diese wurde von der Generaldirektion in anständiger Weise empfangen, nach Klarstellung der Verhältnisse gab der Vertreter des Lloyd die Erklärung ab, daß er allerdings von Hirsch anders unterrichtet sei, er hätte aber keine Ursache, den Arbeitern keinen Glauben zu schenken. Es wurde dann folgendes Abkommen geschlossen:

1. Der Gemäßregelte wird sofort wieder eingestellt.
2. Die Entscheidung darüber, wer Veranlassung zu dem Konflikt gegeben hat, ob der Gemäßregelte oder der Vize H., insbesondere ob der letztere in der fraglichen Nacht betrunken war, wird einem ordentlichen Gericht übertragen und der als schuldig befundene Teil dann entlassen.
3. Die Arbeit wird sofort, nachdem die Streitenden diese Bedingungen anerkannt haben, wieder in vollem Umfange in Angriff genommen.
4. Maßregelungen finden aus Anlaß des Streiks nicht statt.

Diese Bedingungen wurden von der Versammlung einstimmig angenommen, da ja weitere Forderungen nicht gestellt worden waren. Der Erfolg war also ein vollständiger.

Was nun folgte, darüber berichtete Döring auf dem Verbandstag 1904. . . . Inzwischen war aber der Generaldirektor Wiegand von seiner Reise zurückgekehrt und annullierte die ganzen Abmachungen. Der Zeitpunkt war nämlich ziemlich günstig für ihn, die Hafnarbeiter auszulassen, da er seine Vorbereitungen dazu getroffen hatte. Im Hafen waren in aller Stille Kasernenschiffe eingerichtet usw. Als alles genügend vorbereitet war, ließ er eine öffentliche Erklärung los, in welcher er die betreffenden Personen, die mit dem Direktor Leitz verhandelt hatten, als Blißner hinstellte. (Leitz wurde nach Amerika ge-

schielt, jedenfalls um ihn nicht in Verlegenheit zu bringen.) Eine Gegenerklärung hatte den Erfolg, daß die Unterzeichner der Erklärung entlassen wurden. Ihnen folgten die Vorstandsmitglieder, die Vertrauensmänner usw. Die Gänge wurden aufgelöst, die Verbandsbücher abgefordert — wir mußten uns mit der Tatsache befassen, daß ein allgemeiner Kampf entbrennen würde. . . . Bei der Aussperrung blieben 144 Personen auf der Strecke. Die Mächt des Lloyd, uns zu vernichten, ist nicht in Erfüllung gegangen. Die Kollegen gewinnen wieder Vertrauen zur Organisation. Dann wird aber der Moment gekommen sein, daß wir dem Lloyd heimzahlen, was es an uns gesündigt. . . . — Diese Worte fielen 1904, lange hat es gedauert, bis sie in Erfüllung gingen. Zu heimtückisch wußte die wortbrüchige Generaldirektion des Lloyd die Fußheisen zu legen. . . .

Aber endlich, heute nach 9 Jahren, haben die Bremerhavener Hafnarbeiter ein Stückchen Revanche. Wie 1903 fing es auch diesmal mit Entlassungen der Vertrauensleute an. Die Organisation war aber nicht gewillt, zum zweitenmal mit sich spielen zu lassen. Sie war wieder soweit erstarkt, daß sie im Herbst des Vorjahres eine Lohnaufbesserung von zwei Pfennigen für die Stunde und verschiedene andere Zugeständnisse durchsetzen konnte. Das gefiel Hirsch nicht und er versuchte mit allen Mitteln den Verband klein zu machen. Am 5. März erinnerte die Ver-

**20 Millionen Mark Ausfuhrprämie!**

Kürzlich veröffentlichte der Landwirtschaftsrat eine Zusammenstellung über die Getreidevorräte in Deutschland. Danach war der Vorrat kleiner als im Vorjahre. In der letzten Zeit gehen die Preise auch wieder in die Höhe. Diese speziell mit der großen deutschen Roggen-ernte im Widerspruch stehenden Tatsachen erklären sich aus der gesteigerten Ausfuhr und verminderten Einfuhr. In den ersten 7 Monaten der mit dem 1. August beginnenden Erntejahre gestaltete sich nämlich der deutsche Außenhandel in Roggen wie folgt:

	Dz.	Dz.
Einfuhr 1910/11	3252197	1911/12 2176473
Ausfuhr "	5744651	" 6124417
Ausfuhr-überschuß "	2492454	" 3947984

Da auf die Ausfuhr pro Dz. 5 Mt. Ausfuhrprämie gezahlt werden, mußte die Reichs-lasse im Jahre 1910/11 rund 12½ Mill. Mt. und für die letzten 7 Monate 19½ Mill. Mt. mehr an Prämien zahlen als wie sie an Roggen-zölle einnahm. Damit ist die Möglichkeit dieses Systems für die — Liebesgaben-schlunder hinfällig erwiesen. Sie lassen sich Prämie dafür bezahlen, daß sie durch eine flotte Aus-fuhr den Inlandspreis in die Höhe treiben!

bandsleitung dem Generalunternehmer Hirsch an seine Versprechungen und wies darauf hin, daß die Lizen jeden Arbeiter maßregeln, der an die Versprechungen erinnere. „Im Auftrag der organisierten Arbeiter-schaft Ihres Betriebes eruchen wir Sie, diese Maßregelung rückgängig zu machen, sowie hinreichende Garantien zu geben, daß die Versprechungen innegehalten werden.“ Als Antwort erschien in der bür-gerlichen Presse eine Annonce, wonach Hirsch 300 Streikbrecher suchte. Darauf traten am 6. März die Ladungsarbeiter in den Streik, und als eine Kon-ferenz mit dem Lloyddirektor Stadtländer erfolglos verlief, legten am Abend des 7. März auch die Koh-lenarbeiter die Arbeit nieder. Da auch die Seelente aufingen, un bequem zu werden, erklärte sich bereits am 8. d. M. die Lloyd-direktion zu neuen Verhand-lungen bereit. Diese neuen Verhandlungen brachten für die Arbeiter die Zugeständnisse, die im folgenden Schreiben erwähnt werden und mit denen eine Ver-sammlung der Streikenden vom 9. März sich einver-standen erklärte.

Agentur des Norddeutschen Lloyd Bremerhaven. Herr D. Dellrich und W. Brandes

Wir bestätigen unsere heutige Besprechung, nach welcher für die durchgearbeitete Mittagsstunde, so wie für Arbeitszeit, welche nach einer Tag- und Nachtschicht zu leisten ist, eine Lohnzulage von 50 pCt. seitens der Firma S. S. Hirsch gewährt wird, wie die dieses bereits durch Bekanntmachung der Firma Hirsch vom heutigen Tage veröffent-licht ist.

Die Wünsche der Kohlenarbeiter sind unserm Stadtländer durch diese Vorzutragen und Herr Stadtländer ist bereit, die betr. Fragen zu prüfen und soweit dieselben berechtigt erscheinen, für Ab-hilfe Sorge zu tragen.

Im übrigen gehen wir mit Ihnen darin über-ein, daß während der Arbeitszeit jede Agitation seitens Ihrer Verbandsmitglieder strengstens unter-sagt ist, während das außerordentliche Verhältnis der Arbeiter für uns ohne Interesse ist.

Wir werden diese Punkte mit Herrn Hirsch umgeben besprechen und eruchen Sie, uns sofort nach Schluß der heute Nachmittag stattfindenden Versammlung über das Resultat derselben Mit-teilung zu machen.

Wir erwarten, daß die Arbeit spätestens mor-gen früh wieder aufgenommen wird.

Agentur des Norddeutschen Lloyd. gez. Stadtländer.

Der Kampf ist beendet, wir möchten aber unsern Bremerhavener Kollegen zu bedenken geben, daß es der Norddeutsche Lloyd ist, mit dem sie es zu tun haben. Und da hängt alles ab von der Frage: Ist der Geist des Dr. Wiegand tot?

Wenn irgendwo, dann ist gerade beim Nord-deutschen Lloyd das Wort Schillers beherzigenswert: Nicht auf das Maul, auf die Fäuste müßt ihr ihnen sehen. Niemals ist Mißtrauen eine größere Tugend als bei Verhandlungen mit dem Lloyd. Nicht umsonst haben wir die Vorgänge aus dem Jahre 1903 so eingehend rekapituliert. Wie damals der Generaldirektor Wiegand abwesend war, so fehlte diesmal der Generaldirektor Heinemann. Und wer garantiert dafür, daß nicht in 14 Tagen der Direktor Stadtländer eine Reise nach Australien oder Ostasien untrifft, wie 1903 Leitz plötzlich nach Ame-rika? Welche Garantien haben die Bremerhavener Kollegen, daß ihre Wünsche und Beschwerden wirklich geprüft werden, daß noch vorhandene Mißstände abgestellt werden? — Die Verspre-chung des Lloyd weiter nichts. Die Versprechung, die der Lloyd 1903, vierzehn Tage nach dem Abkommen als nicht gegeben, als Lüge be-zeichnete. Wer bürgt dafür, daß es die-mal anders kommt? Es ist fast alles wie im Jahre 1903! Fast — eins ist anders geworden, die Organisation der Hafnarbeiter. Sie hat die Erfahrung vom Jahre 1903 hinter sich und Erfahrung ist der beste Lehrmei-ster. Unsere Kollegen in Bremerhaven stehen Ge-wehr bei Fuß, die Erfahrung hat sie gelehrt: Man muß ihm auf die Fäuste sehen, nicht auf das Maul.

Bremen. Hafnarbeiterleben. Wohl in keinem Beruf, in keinem Gewerbe herrscht eine so grenzenlose Anarchie in der Regelung der Arbeitszeit, wie in den Hafnetrieben. Arbeitsschichten von 36 bis 41 Stunden sind an der Tagesordnung und gelten als selbstverständlich. Ja oft kommt es vor, daß 48 bis 60 Stunden in einer Tour gearbeitet wird. Dazu kommt noch, daß die Arbeiter, oft in Schweiß gebadet, gezwungen sind, ihre Mahlzeiten an Deck einzunehmen, weil ihnen der Aufenthalt in den Lade-räumen während der Pausen verboten ist, ungeachtet der Bitterung, ob es regnet oder schneit, selbst bei der bittersten Kälte. Daß durch diesen Raubbau, welcher mit der Arbeitskraft des Hafnarbeiters ge-trieben wird, die Gesundheit des Arbeiters zu leiden hat, beweisen die hohen Krankheitsziffern, welche unsere Organisation aus der Gruppe der Hafnarbeiter alljährlich zu verzeichnen hat. Hier ist der Arbeiter der doppelt betrogene, der für die Auswüchse des Kapitalismus die Beche bezahlen muß; einmal mit seiner Gesundheit und dann sind es die von ihm selbst gegründeten Organisationen und Kassen, welche die Mittel zu seiner Gesundung aufbringen müssen. Mit welcher Gleichgültigkeit das Unternehmertum die-sen Mißständen gegenübersteht, wird durch folgenden Fall auf das schärfste beleuchtet.

Es war am Sonnabend, den 24. Februar. Der englische Dampfer „Mirthby“ hatte für die Bremer Del-fabrikanten eine Ladung Baumwollsaat angebracht und gelangte im Holzhafen zur Entladung. Es war der letzte Löschtag. Um den Dampfer rechtzeitig leer zu bekommen, war angefangen worden, während der Mit-tagspause durchzuarbeiten, also so lange zu arbeiten, bis der Dampfer entlöst sei. Ein Gang war um 3 Uhr nachmittags, der letzte jedoch erst um 5½ Uhr fertig. Also von 8½ Uhr morgens bis 5½ Uhr abends, zirka 10 Stunden waren die Stauerarbeiter gezwungen, ohne Pause, ja ohne einen Bissen zu essen, eine Arbeit zu verrichten, welche infolge der enormen und schädlichen Staubeentwicklung zu den un-gesündesten Hafnarbeiten zu rechnen ist. Alles, was den Arbeitern angeboten wurde, war, für je zwei Mann eine Flasche Bier. (Bei solcher No-bleise wird Bremen es nicht lange mehr machen. Red.) Den Wägern und Kontrolleuren wurde jedoch unentgeltlich Essen verabfolgt. Also für diese Leute war es möglich, Essen zu be-schaffen, aber die Stauerarbeiter, denen doch in erster Linie, vor allen Dingen bei dieser ungesunden und aufreibenden Arbeit Essen zugekommen wäre, er-hielten nichts.

Man redet immer von berufsmäßigen Sehern, wenn jedoch etwas aufreizend wirkt, den Klaffenhaß schürt, dann ist es die Nicht-achtung der Arbeiter, wie sie hauptsächlich bei solchen Anlässen zutage tritt. Wenn dann der Arbeiter seinem Herzen einmal Luft macht, wenn er sich bewußt wird, daß er auch ein Mensch ist und von seinem Recht der Arbeitsverweigerung Gebrauch macht, dann schreit das Unternehmertum über die Be-gleichheit und Unbotmäßigkeit der Arbeiter.

Man wird vielleicht die Lustrede gebrauchen: „Für uns (die Arbeitgeber) ist der Tarifvertrag maßgebend.“ — Wo bleiben aber angesichts solcher Zustände die Versprechungen der Arbeitgeber, die bei Ab-schluß des Tarifvertrages gemacht werden? Die-ses ginge dahin, daß sie gern bereit wären, bei vor-kommenden schlechteren Arbeiten uns entgegenzumen-nen. Jedenfalls ist es kein Beweis von sozialem Empfinden, wenn den Arbeitern zugemutet wird, ca. 10 Stunden ohne Pause und ohne Essen zu arbeiten. Für die Hafnarbeiter muß auch dieser Vorfall ein Ansporn sein, die Organisation immer mehr auszu-bauen und ein Beweis dafür, daß es nur möglich und endlich ein Beweis dafür, daß es nur möglich und zielbewußte Organisation auch in den Hafnetrieben menschenwürdige Zustände für die Arbeiter zu schaffen.

Hamburg I. Branche Gewerkschafter und Deckschiffer. Versammlung am Donnerstag, 29. Februar. Nach Erledigung interner Ange-

gelegentlich fanden die Beratungen über die Anträge zum Verbandstage statt. Nach einer lebhaften Diskussion, an der sich G., Schl., L., D. usw. beteiligten, wurden die Anträge der Verwaltung angenommen. Zum Hauptpunkte der Tagesordnung: Delegiertenwahlen zum Verbandstage, bemerkt Schl., daß die Wahlen sich jetzt schwieriger gestalten als in dem früheren Hafnarbeiterverband. Für Hamburg kämen 25 Delegierte in Frage, davon entfallen für unsere Branche Erwerbsführer und Deckschiff 4. Da hierzu besondere Anträge nicht vorliegen, wird zur Wahl der Vorschlagsliste geschritten, mit dem Ergebnis, daß die Kollegen G., L., D. und G. ausgewählt wurden. D. ersucht die Kollegen, ihr Augenmerk auf die Lohninbehaltungen zu richten und alle Fälle der Verwaltung zu unterbreiten, ebenso alle sich nötig machenden Gewerbegerichtsklagen, da es vorzuziehen wäre, daß Geld einbehalten wird, ohne daß ein Schaden nachzuweisen, noch einer existiert hat. Ein Kollege führt aus, daß ein besonders christlich gestimmter Arbeitgeber, der sich sonst nicht genug tun könne in der Betätigung der öffentlichen Wohltätigkeit, einem Kollegen Geld einbehalten habe für einen Schaden, den der Herr Arbeitgeber nicht nachzuweisen vermochte, und wie sich später herausgestellt, nicht existierte. Wenn der Herr sich öffentlich als Wohltäter der Menschheit geriert und mit seinen eigenen Arbeitern sich bei der Lohnzahlung um 50 Pf. streite, Geld einzubehalten für Schäden, die nicht existieren, so sei dies nicht zu verstehen. Wichtig wäre es, man würde das Geld, welches für Heiligenbilder usw. verausgabt wird, den Arbeitern als Lohnzulage gewähren. Bei der Vereinerung der Lebenshaltung sei es schon längst notwendig geworden, die Löhne zu erhöhen, damit man seine Familie auch ernähren kann. Würde sich ein Arbeiter erlauben, 50 Pf. anzurechnen, wozu er nicht berechtigt wäre, gleich würde er als Betrüger angesehen werden. Aber wenn zwei dasselbe tun — nach Bekanntgabe der nächsten Versammlung, Wichtigstellung einiger Differenzen und Erledigung von Anfragen, erfolgt Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung.

Hamburg I. Sektion Schauerleute. Mitglieder-Versammlung am 3. März. Karpinski gab bekannt, daß sich die engeren Sitzungen der Obsteute bereits mit verschiedenen Abänderungsvorschlägen zum Statut befaßt haben, um sie der Versammlung nach längerer Erwägung zu empfehlen. Ein Redner war der Ansicht, die Arbeitslosenunterstützung aufzuheben; es sei Sache des Staates, durch den Ausbau der sozialen Gesetzgebung helfen einzugreifen; vor allen Dingen müsse unser Kampffonds erhöht werden, dieses könne aber nicht geschehen, wenn die Unterstüßungsfälle keine Verringerung erfahren würden. K. weist darauf hin, daß an eine Herabsetzung der Unterstüßungsfälle wohl nicht zu denken sei. In Krankheitsfällen sind die Kollegen bereits versichert, in der Zeit der Arbeitslosigkeit wird aber nichts für die betreffenden Kollegen getan. Hier muß schon der Verband helfend eingreifen, um die Kollegen vor dem größten Elend zu bewahren. Es wurde noch eine Reihe Anträge diskutiert und teils angenommen, teils abgelehnt. Als Verbandstagsdelegierte wurden K., de M., Sch., B. und H. in Vorschlag gebracht. Nachdem de M. noch auf die Pflichten hinwies, die jeder Verbandstagsdelegierte zu erfüllen hat, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Unter den Folgen des englischen Vergarbeitskreises haben besonders die Hamburger Kohlenakkordschauerleute zu leiden. Eine ganze Reihe von Kraftbampfern hat bereits in englischen und deutschen Häfen aufgelegt werden müssen. Dabei tritt das soziale Gefühl der Hamburger Hafenbetriebsunternehmer klar zu Tage. Der Verein von Importeuren englischer Kohlen zwingt die bei seinen Mitgliedern arbeitenden Kohlenakkordschauerleute einen Teil des sauer verdienten Lohnes wieder zurückzahlen — angeblich für eine Unterstüßungskasse. Wie es mit dieser „Unterstüßungskasse“ bestellt ist, zeigt folgender Vorfall.

Von den Klassenmitgliedern haben sich einige an die von den Importeuren verwaltete Kasse um eine Unterstüßung gewendet, die ihnen auch geworden ist, und zwar hat man den Arbeitslosen pro Mann zehn Mark gegeben. Hiermit sind die Leute jedoch nicht zufrieden, und verlangen 40 Mk., da es doch ihr eigenes erspartes Geld ist. Das Ansinnen ist von der Klassenleitung rundweg abgelehnt worden, weil kein Geld vorhanden ist. Die Leute müssen also hungern, obgleich sie recht ansehnliche Summen „gespart“ haben — oder hatten?

Dem kapitalistischen Goldschreiber des „Hafenboten“ ins Stammbuch. In der Nr. 22 des „Hafenboten“ finden wir unter der lieblichen Überschrift: „Lumpen und Sozialdemokraten“ ein Elaborat, dessen Verfasser anscheinend die alte Wahrheit illustrieren wollte, daß der größte Spießhube am lautesten schreit: Haltet den Dieb! — um den Verdacht, einer zu sein, von sich abzuwenden. Auf die Gehirnverrenkung näher einzugehen, erübrigt sich. Es mag genügen, wenn wir den ersten Satz des kapitalistischen Geisteserkennendes: „Nicht jeder Sozialdemokrat ist ein Lump, aber jeder Lump will Sozialdemokrat sein“, mit folgendem Satz beantworten: Jeder kapitalistische Goldschreiber ist ein Lump, aber nicht jeder Lump ist so weit gesunken, kapitalistischer Goldschreiber zu werden. Und weiter: Jeder Lump, der als Sozialdemokrat nicht auf seine Kosten gekommen ist, wurde später von Unternehmern gedungen, künstlich „gelbe Arbeiterbewegungen“ zu züchten. Daß dies dem „Hafenboten“ und seinen Gönnern nicht gelingen will, ist ihr größter Schmerz — unser Stolz! Die Hafnarbeiter hatten die Arbeiterlehre hoch und sind Sozialdemokraten, d. h. in den Augen der hafnenbetriebsvereinslichen Fliegenläuse, genannt „Hafenbote“; M. o. h. Die Hafnarbeiter

ben auf diesen Schimpf die Antwort nicht schuldig bleiben.

Memel. Zu unerquidlichen Neibereien ist es in letzter Zeit wiederholt zwischen der Verbandsleitung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes und einigen hiesigen Schiffsmaklern resp. deren Ober- und Untertauern gekommen. Die ganze Schuld an diesen Neibereien dürfte bei den Unternehmern zu suchen und wohl auch zu finden sein. Laut bestehendem Vertrag sollen, soweit genügend organisierte Arbeiter vorhanden, und sie zu der in Frage kommenden Arbeit fähig sind, diese in erster Linie beschäftigt werden. Als aber in letzter Zeit Stäbendampfer zum Beladen kamen, wurden von einem Stauer ganz einfach Frauen eingestellt, trotzdem in Memel sonst kein weiteres Schiff zum Beladen war, also auch genügend Arbeiter vorhanden waren. Von uns auf das tarifwidrige Gebaren aufmerksam gemacht, erhielten wir vom Stauer Lenz, der mit unserem Schreiben so schnell wie möglich zu seinem Chef lief und sich von diesem nachstehendes Schreiben diktieren ließ, folgendes als Antwort:

„Deutscher Transportarbeiter-Verband, Mitgliedschaft Memel.“

Das Schreiben vom 8. März habe ich bekommen und würde ich sowie auch meine Berufscollegen es mit großer Freude begrüßen, wenn Sie, d. h. die Führer der hiesigen Arbeiterschaft, endlich einmal so weit wären, daß Sie die Leute in der Hand hätten, und wir werden selbstverständlich alles tun, um Ihnen dieses zu ermöglichen. Wir müssen es ihnen überlassen, die Kontrolle über die Aufstellung der Vertrauensleute und über die Aufstellung solcher Vertrauensleute, die ihrer Aufgabe gewachsen sind, selbst zu machen und sich von Fall zu Fall mit uns darüber zu beschreiben. Wir verlangen jedenfalls von den Leuten sowohl, als auch von den Vertrauensleuten bedingungslose Auslieferung unserer Ordrer und bemerken, daß wir diesen Anspruch in vollem Einverständnis mit den hiesigen Herren Schiffszedern stellen.

Was nun den Wunsch Ihrerseits anbetrifft, die Frauen genau so zu behandeln, wie die Männer, so lehne ich dieses mit aller Entschiedenheit ab und verbitte mir jeglichen Eingriff in Dispositionen meinerseits die Sie nichts angehen.

Nach Rücksprache mit den hiesigen Herren Schiffszedern möchte ich nicht unterlassen, Sie darauf hinzuweisen, daß es in Ihrem Interesse liegt, Ihre Ansprüche nicht zu hoch zu spannen; allzu scharf macht schartig, und auch wir werden schließlich einmal nein sagen müssen und es auf eine Kraftprobe ankommen lassen müssen. Man hat Ihnen bisher ein kolossales Entgegenkommen gezeigt und zwar nicht nur von Seiten der Herren Schiffsmakler, sondern auch von unserer Seite. Ich möchte Ihnen aber empfehlen, Maß zu halten, denn sonst zwingen Sie uns Arbeitgeber schließlich einmal den Spieß umzudrehen, und dann würde das für die Arbeiterführer so gute Geschäft vielleicht eine erhebliche Einbuße erleiden. Auch bitte ich mir einen etwas höflicheren Ton in Ihrer weiteren Korrespondenz aus, ich brauche von Ihnen keinen Mat und bin alt genug, um zu wissen, was ich zu tun und zu lassen habe; ich verbitte mir derartige Äußerungen ganz entschieden.

Hochachtungsvoll

G. Lenz, Oberstauer.“

Gewiß würden sich die Stauer freuen, wenn wir die Arbeiter den Stauern mit Leib und Seele zur Verfügung stellten, damit sie mit denselben anfangen könnten, was ihnen beliebt. Was nun die bedingungslose Auslieferung der Ordrer der Stauer anbetrifft, bemerken wir, daß der Arbeiter nur seine Arbeit zu verrichten hat, die ihm in dem Vertrag vorgezeichnet ist. Daß die Herren Stauer recht ungehalten darüber sind, daß wir berechnigte Forderungen der Arbeiter vertreten, kann uns gar nicht wundern; sind sie es doch und früher gewohnt, die Arbeiter so zu beschämen und zu entlohnen, wie es ihnen gerade gepaßt hat. Und nun können sich diese Herren gar nicht angeordnete Verhältnisse gewöhnen und machen der Verbandsleitung den Vorwurf, daß sie mit ihren Ansprüchen zu hoch hinaus wolle. Natürlich schreiben die Herren stets, wenn der Arbeiter seinen ihm zustehenden Lohn erhalten soll, wo das eigentlich hinaus soll. Was Herr Oberstauer Lenz da von kolossalem Entgegenkommen faselt, ist weiter nichts als eine leere Phrase. Waren es doch gerade die Stauer, die sich uns hindernd in den Weg gestellt haben, wo und wie sie es nur konnten. Ganz besonders glauben wir, werden die Hafnarbeiter diese Herren in gutem Andenken behalten, wenn sie sich der verflochtenen Zeiten erinnern. Nun will Herr Stauer Lenz uns sogar soweit „entgegenkommen“, daß er es auf eine Kraftprobe ankommen lassen will, wenn es nicht anders wird. Nur zu! Wir und die Memeler Arbeiterschaft sehen dieser Kraftprobe ruhigen Mutes entgegen. Mögen die Herren Oberstauer die Verträge einhalten, dann brauchen wir für Memel gar keine Kraftprobe, die nur beiderseits tiefe Wunden hinterlassen würde. Wie sich Herr Oberstauer Lenz aber das so gute Geschäft der Arbeiterführer ausmalt, das sind für uns böhmische Wälder; vielleicht ist Herr Lenz so freundlich und unterrichtet uns über das Geschäft etwas näher. Gewiß ist es ein gutes und edles Geschäft, seinen Arbeitsbrüdern hilfreich zur Seite zu stehen und diese mit Mat und Lat zu unterstützen. Ob es aber so einträglich ist wie das eines Oberstauers, das auszurechnen überlassen wir großmütigst Herrn Lenz.

Die Memeler Arbeiterschaft aber wird auch hieraus wieder ersehen, daß sie ohne Organisation reitungslos der Willkür und der Ausbeutung preisgegeben ist. Darum mögen die Memeler Arbeiter darauf bedacht sein, ihre Organisation so auszubauen, daß sie jedem

Ansturm der „Kraftprober“ erfolgreich widerstehen können. Soch die Organisation.



Hannover. Endlich sind auch die Kollegen aus der Kinobranche soweit gekommen und haben den Wert der gewerkschaftlichen Organisation kennen und schätzen gelernt. Schon vor etwa 2 Jahren, als hier ein Verein der Kinoangestellten gegründet wurde (derselbe hat sich allerdings keines langen Lebens zu erfreuen gehabt) wurden die Kollegen aus dieser Branche darauf hingewiesen, daß ihre Berufsinteressen nur durch eine große leistungsfähige gewerkschaftliche Organisation nachhaltig vertreten werden könnten, alle Sonderblindelei der Kollegenschaft aber nur zum Schaden sei. Die Zeit hat diesen Kollegen gelehrt, daß wir damals Recht hatten und heute können wir mit Freude und Genugtuung feststellen, daß sich bereits eine große Zahl der hiesigen Angestellten der Kinobranche freigewerkschaftlich organisiert hat und zwar, gemäß einer örtlichen Verständigung, die Operateure im Metallarbeiterverband, die übrigen Angestellten im Transportarbeiterverband. Um nun aber die unbedingt notwendige gegenseitige Fühlung dieser beiden Kategorien auch sicher zu stellen, sind alle Veranstaltungen der organisierten Kinoangestellten gemeinschaftlich statt und zwar unter dem Gesamtnamen für beide Gruppen: Freie Vereinigung der Kinoangestellten. 37 Mann unter diesem Namen vereint zu sehen, ist der Erfolg der Agitationsarbeit der ersten 3 Wochen, ein Erfolg, der bei den hiesigen Verhältnissen zu weiterer nachhaltiger Agitation anspornt.

Daß eine Vereinigung, ein Zusammenschluß der Kinoangestellten sehr nötig war, bewies uns der Zusammenschluß der Chefs zu einem Schutzverband, des weiteren das rigorose Vorgehen einzelner Besitzer hier am Orte, die sich nicht entblödeten, den Operateuren, als unentbehrlichen Personen das Koalitionsrecht zuzugestehen, was man dem übrigen Personal aber, weil leicht zu ersetzen, nicht zugestehen wollte. Sie haben sich aber verrechnet, die Operateure erklärten sich mit den übrigen Angestellten solidarisch und das Resultat war die Gründung unserer freien Vereinigung. Allerdings dürfen nicht alle Besitzer über einen Stamm geschoren werden, haben doch einzelne, die etwas weiter in die Zukunft blicken können, ihren Angestellten einiges freiwillig zugestanden, was diese sich späterhin doch mit sanfter Gewalt erzwingen würden. Ausgehend von diesem Standpunkte, daß die Mehrzahl der Kinobesitzer doch nur Arbeiter sind und so dem Besitzer die Taschen füllen, haben sie es eingeschaut, daß im Falle von Differenzen der organisierte Arbeiter sich mit den organisierten Kinoangestellten solidarisch erklären wird und das gesperrte Theater meldet, ergo liegt es doch nur im Interesse der Besitzer, ihre Angestellten nicht als Arbeitsflaven, sondern als Menschen zu betrachten.

In den Reihen der Angestellten gibt es noch Unterschiede, die eine Organisation als unnützlich ansehen, aber auch sie werden später noch zu uns kommen, wenn es heißt bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzwingen; für so dumm wollen sie sich doch hoffentlich nicht halten lassen, daß sie denken, die Herren Besitzer werden ihnen Zugeständnisse freiwillig machen. Das Gegenteil ist eher der Fall und der Beweis ist leicht anzutreten. Beim Entfesseln der Kinobranche wurden die Angestellten ganz anständige Löhne gezahlt, weil gut geschultes Personal, ohne das ein Kino doch einmal schlecht bestehen kann, noch schwer zu haben war. Als aber die Kinos wie Pilze aus der Erde schossen, eröffnet und wieder geschlossen wurden, stieg auch die Arbeitslosigkeit und die Entlohnung der Angestellten hielt mit den Klassenströmen nicht gleichen Schritt. Daß der Besuch der Kinos immer mehr steigt anstatt zu fallen, beweist doch eine Statistik, nach der an einem Sonntag in Hannover an der Kasse eines Theaters nur 1000 Billets, an der Kasse eines Lichtbildtheaters aber ca. 12 000 Billets ausgegeben wurden. Trotzdem wird es den Besitzern nicht einfallen, den Angestellten Lohn erhöhungen zu bewilligen, vielmehr sind Abgüsse an der Tagesordnung und manch Angestellter kann hiervon ein Lied singen.

Aus diesen Mißständen heraus datiert auch wohl die augenblickliche Begeisterung für einen freigewerkschaftlichen Zusammenschluß und diese Begeisterung zu benutzen, soll unsere Arbeit und wird unsere Pflicht sein, sie wird uns auch dazu verhelfen, unsere junge Vereinigung zu einer gut fundamentierten Organisation auszubauen. Um dieses Ziel aber zu erreichen und zwar schnell erreichen, ist es nötig, daß ein jedes unserer Mitglieder es als seine heiligste Pflicht erachtet, durch eifrige Agitation und Aufklärung unter den noch nicht organisierten Kinoangestellten Propaganda für unsere Vereinigung zu machen, denn nur dann, wenn jeder Kinoangestellte organisiert ist, können wir das erreichen, was ähnliche, wenn auch ältere Berufsorganisationen schon errungen haben, dann auch wird es nicht mehr möglich sein, daß die Herren Besitzer einem ihnen nicht mehr angenehmen Angestellten einfach den Stuhl vor die Tür stellen und den Posten durch den nächsten besten zu besetzen. Ist es doch schon vorgekommen, daß an einem hiesigen Lichtbildtheater ein Portierposten zu besetzen war, und daß von den Bewerbern der Höchstfordernde 120 Mk. und der Mindestfordernde 40 Mk. als genügende Entlohnung für seine Arbeitskraft forderte. Wer in diesem Falle den Posten erhielt, ist wohl kein Preisräffel, jedenfalls zeugt es aber von Demoralisierung in unserem Stande, wenn solche Lohnrückereien vorkommen. Hierin Abhilfe zu schaffen soll unsere erste

Aufgabe sein, und daß es möglich ist, beweist ja der Tarif, den unsere Organisation in Leipzig mit den Chefs abgeschlossen hat, aber wie schon oben gesagt, ist so etwas nur durch eine straffe Organisation möglich. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, die noch nicht organisierten Kollegen unserer Organisation zuzuführen.

Über auch die organisierten Kinobesucher können dazu beitragen, daß die Kinoangestellten sich organisieren. Besuchen sie ein Kinotheater, wie leicht ist es getan, einen Portier, Plakatur zu fragen, ob er organisiert ist. Ist dieses nicht der Fall, mögen sie ihn darauf aufmerksam machen, daß am Orte eine Organisation existiert, die für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kinoangestellten kämpft, und daß es für sie von Nutzen sei, dieser Organisation beizutreten. Wir sind gewiß, daß auch durch diese Agitation mancher bis dahin noch Wandlungsmüde uns zugeführt wird, wenn er sieht, daß auch die anderen Organisationen, jeder freigezwergschaftlich organisierte Arbeiter für unsere Berufsorganisation eintritt, ist es ihm doch eine Garantie, daß er eine Macht hinter sich hat, auf die er rechnen kann, falls es mit den Chefs Differenzen geben sollte. Hoffentlich verhält dieser Appell an die organisierten Arbeiter nicht ungehört; auch für sie ist es Pflicht, unsere Organisation durch Abfordern der Legitimationskarten zu unterstützen, getreu der Devise: Alle für einen und einer für alle.

Und nun, Kollegen, frisch auf, an die Agitation, werdt Mitglieder für unsere Gewerkschaft, agitiert fleißig unter den uns jetzt noch fernstehenden Berufskollegen, damit wir am Jahreschluss nicht nur über die doppelte, sondern über die fünffache Zahl der organisierten Kinoangestellten Hannover-Ländens berichten können.



**Achtung! Möbeltransport- und Expeditionsarbeiter.** Gelegentlich des Umzugstermins kommen viele unorganisierte Möbelpader nach anderen Städten. Jeder zureisende Möbelpader ist deshalb scharf auf seine Verbandszugehörigkeit zu prüfen. Verlangt die Vorzeigung der Legitimationskarte und des Mitgliedsbuches! Nur faule Stunden machen Ausreden.

**Achtung! Ueber die Firma Paul Wolf u. Co., Möbeltransportgeschäft in Darmstadt ist die Sp. r. e. verhängt.** Wir ersuchen die Verbandsmitglieder, überall da, wo sie mit Berufskollegen zusammentreffen, diese davon in Kenntnis zu setzen. Wer Arbeit für diese Firma verrichtet, ist als Streikbrecher zu betrachten.

Dresden. Am Dienstag, den 5. März, tagte eine außerordentlich stark besuchte Branchenversammlung der in den gewerblichen Fuhrbetrieben beschäftigten Kutscher und Arbeiter. Gegen 1000 Personen füllten Saal und Gallerie und ein großer Teil konnte keinen Platz finden. Den Bericht erstattete der Bevollmächtigte; wir entnehmen demselben folgendes: Es kamen bei der Lohnbewegung eigentlich nur die rund 90 Fuhrbetriebe mit circa 1200 Beschäftigten in Frage. In der Praxis zeigt sich aber immer, und wird sich auch diesmal zeigen, daß ein Tarifabschluss mit der Fuhrherren-Zinnung auch die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den anderen Betrieben nach sich zieht. Die Verhandlungen gestalteten sich überaus schwierig, da außer einer 20prozentigen Lohnerhöhung auch eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert wurde. Außerdem wurde die Ausdehnung des Tarifvertrags auf die Lager- und Expeditionsarbeiter, die Arbeiter der Dünger-Exportgesellschaft, die Leicht- und Omnibuskutscher und auf die Müllkutscher gefordert. Die Verhandlungskommission, die aus 7 Arbeitnehmern und 2 Verbandsvertretern bestand, verhandelte in 4 Sitzungen mit den Arbeitgebern. Die Forderungen der Arbeiter der Deutschen Dünger-Export-Gesellschaft, der Leicht- und Omnibuskutscher und der Müllkutscher wurden zunächst abgetrennt und darüber mit den einzelnen Firmen gesondert verhandelt. Die Arbeitgeber machten zunächst das Angebot, einen 4jährigen Tarif abzuschließen mit einem Lohnsatz von 25 bzw. 26 Mk. pro Woche. Die Arbeitszeit sollte bestehen bleiben und auch alle sonstigen Bestimmungen wenig oder garnicht verändert werden. Darüber kam es zu langen oft erregten Auseinandersetzungen. Am 22. Februar wurde dann in den wesentlichsten Punkten eine Einigung erzielt.

Der Grundlohn für Last- und Expeditionskutscher sowie für Expeditions- und Lagerarbeiter wird für die Zeit vom 16. März 1912 bis 15. März 1914 auf 26 Mk. und für die Zeit vom 16. März 1914 bis 15. März 1916 auf 27 Mk. pro Woche festgesetzt.

Der Lohn erhöht sich für ununterbrochene Dienstzeit in ein und demselben Betriebe nach einem Vierteljahre um 1 Mk., also für die Zeit vom 16. März 1912 bis 15. März 1914 auf 27 Mk. und für die Zeit vom 16. März 1914 bis 15. März 1916 auf 28 Mk. pro Woche.

Diese Vereinbarung erhält rückwirkende Kraft. Für Müllkutscher (Stadttransport) beträgt der Lohn für die Zeit vom 16. März 1912 bis 15. März 1914 29,50 Mk. und für die Zeit vom 16. März 1914 bis 15. März 1916 30,50 Mk.

Für Mitarbeiter beträgt der Lohn für die Zeit vom 16. März 1912 bis 15. März 1914 27,50 Mk. und für die Zeit vom 16. März 1914 bis 15. März 1916 28,50 Mk. pro Woche.

Die für die dritte Fuhr gewährte Prämie von 2 Mk. pro Mann erhöht sich vom 16. März 1912 für die Vertragsdauer auf 2,50 Mk.

Für Kutscher und Arbeiter, die zur Ausführung von Möbeltransporten herangezogen werden, gelten die diesbezüglichen Bestimmungen des Lohnregelungsvertrages für die Möbelpader und Träger in Dresden und Umgegend vom 23. August 1911.

Diese Bestimmungen gelten auch für die Kutscher der Lohngehirre in Möbeltransportgeschäften. Die allgemeine Lohnzulage kommt auch diesen zugute.

Ueberstunden nach 1/8 Uhr resp. 8 Uhr abends werden mit 50 Pf. vergütet.

Die Kutscher erhalten insgesamt im Jahre 18 vollständig freie Sonntage, an welchen sie also auch von den Sonntagsarbeiten befreit sein sollen.

Für Sonntags-Fahrdienst mit schweren Geschirren oder Expeditionsfuhrten wird für den ganzen Tag 5 Mk., für den halben Tag 2,50 Mk., für den viertel Tag 1,25 Mk., für eine Stunde 0,50 Mk. bezahlt.

Für Gesellschafts-Omnibusfahrten während des ganzen Tages werden 6 Mk. Lohn bezahlt. Giltfahrten am Sonntag wird mit 1,50 Mk. vergütet.

Die Woche wird zu 6 Arbeitstagen gerechnet. Arbeit an Wochenfeiertagen gilt als Sonntagsarbeit und wird als solche bezahlt.

Der Referent vergleicht die früheren Tarifabschlüsse mit dem jetzigen und erklärte, daß diesmal eine Lohnerhöhung von 3-4 Mk. und eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunden pro Woche erreicht worden sei. Diese Vorteile seien ohne Kampf errungen, in einer Zeit, wo fast alle Gewerkschaften erbitterte Kämpfe um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse führen müssen. Er empfiehlt die Annahme.

Die Debatte gestaltete sich stürmisch. Die Redner wandten sich mit wenig Ausnahmen gegen die Festsetzung einer vierjährigen Tarifdauer und verlangten, daß der Lohn sofort auf 28 Mk. pro Woche festgesetzt werde. Die Erhöhung des Lohnes sei eine viel zu geringe. In anderen gleichgroßen Städten wäre der Lohn bereits heute ein höherer als er in Dresden erst werden solle. Wenn die Unternehmer nicht nachgeben wollten, müsse einmal Ernst gemacht werden. Die Mitglieder der Kommission hatten einen harten Stand und verteidigten energisch die Vorlage und wiesen wiederholt darauf hin, daß unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr zu erreichen sei. Die Abstimmung ergab schließlich die Annahme der Tarifvorlage gegen eine starke Minderheit.

In die Schiedsgerichtskommission wurden die Kollegen Gerold, Nagel und Lauer, als Ersatzmänner Schubert, Fischel und Klarmann gewählt. Zum Schluss wies der Vorsitzende nochmals darauf hin, daß wohl der Tarif nicht all die Wünsche befriedigt hat. Er hoffe aber, daß die Kollegen trotzdem treu zur Organisation halten und auch darauf achten, daß die Bestimmungen überall voll und ganz eingehalten würden.

Die Dresdener Kollegen werden treu Wacht halten müssen, damit der Tarif bis in seine letzten Konsequenzen durchgeführt wird. Jedes Nachgeben wäre hier von Uebel und würde nur die so notwendige Verbesserung der Tarifbestimmungen in der Zukunft erschweren. Auf die Treue zum Verbands folgt sicher der Lohn.

**Eisenach.** Was Disziplin und Einigkeit vermag, das haben unsere Kollegen im Expeditions-gewerbe wieder einmal schlagend bewiesen. Schon immer haben die Herren Unternehmer an der Vernichtung der Organisation gearbeitet und was den Herren in der Kohlenbranche nicht gelungen war, das wollten nun gewisse Chefs der Expeditions-geschäfte fertig bringen. Jeder Kutscher, Pader oder Arbeiter, welcher eingestellt wurde, mußte unterschreiben, daß er kein Koalitionsrecht hat. Mit anderen Worten, die Herren ließen von jedem Kollegen einen Nevers unterschreiben, daß sie keinem Verbands angehören und auch keinem beitreten werden. Leider war es nicht von Anfang an möglich, dagegen Front zu machen, denn eine ganze Anzahl Kollegen standen der Organisation nach fern und so wurde den anderen denn geraten, ruhig den Heuchler zu spielen und abzuwarten, bis die Zeit der Bergeltung gekommen ist. Im Laufe des Sommers hatten aber auch die übrigen Kollegen in der Mehrzahl erkannt, daß die Organisation heute eine Naturnotwendigkeit für die Arbeiter-schaft ist und so konnten wir am Jahres-schluss erfreulicherweise konstatieren, daß die Mehrheit den Verbands als Mitglieder angehören. Die Kollegen waren sich jedoch einig darin, daß auch die letzten noch fernstehenden Mitarbeiter geholt werden müssen und versuchten, nach Kräften für Aufklärung zu sorgen. Da kam das neue Jahr heran und kurz nach dem Feste wurden schon Gerichte kolportiert, nach welchen die Unternehmer einen vernichtenden Schlag gegen die Organisation planten. Die sofort gemachten Feststellungen ergaben jedoch nichts positives und so wurde den Kollegen der dringende Rat gegeben, straff zusammenzuhalten und alle Vorgänge sofort an den Vorstand zu melden. Alles ging ruhig, bis am 1. Februar die Firmen: W. Schiede, W. Boppel den Kollegen folgendes Schriftstück zur Unterschrift vorlegten:

„Zwischen den Inhabern der Firmen Bernhard Schiede und Otto Boppel und deren Paden, Kutschern und Arbeitern ist heute folgendes vereinbart worden:

Von jetzt ab erhalten fest angestellte Pader, Kutscher und Arbeiter auf den bisherigen Wochenlohn eine Zulage von 1,50 Mk. Außerdem behalten sich die Arbeitgeber vor, wenn billigere Feuer- und Gaspreise eintreten, den Leuten, welche sich besonders verdient machen, eine Extrazulage zu zahlen. Da die Eisenbahndirektion vorschreibt, daß

in bahnamtlichen Expeditions-geschäften keine Leute beschäftigt werden dürfen, welche sie an ordnungsfeindlichen Bestrebungen beteiligen oder derartigen Vereinigungen angehören, so erklären die Pader, Kutscher und Arbeiter durch Namensunterschrift, daß sie derartigen Vereinigungen nicht angehören oder sich an ordnungsfeindlichen Bestrebungen, Streiks, Arbeitseinstellungen usw. nicht beteiligen werden.

Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und den Leuten finden nur direkt statt. Mit einem Verbands oder Verbandsvertreter wird nicht verhandelt und ist nur diese Vereinbarung gültig.

Eisenach, den 1. Februar 1912.

Durch Unterschrift erklären ihr Einverständnis:

Diese Provokation schlug denn dem Jaf, der Geduld doch den Boden aus und selbst die noch nicht dem Verbands angehörenden Kollegen hatten mit einem Schlage eine andere Meinung erhalten. In einer am 2. Februar stattgehabten Betriebs-versammlung wurde nach längerer Aussprache dann auch einstimmig beschlossen, die Unterschrift zu verweigern und es auf die Folgen ankommen zu lassen. Es wurde eine Kommission gewählt, welche am andern Tage den Beschluß zur Kenntnis der Unternehmer bringen sollte. Die Unternehmer, erkannte, eine solche Antwort zu erhalten, versuchten es nun anders. Sämtlichen organisierten Kollegen wurde gekündigt. Die Herren hatten geglaubt, es sind ihrer nur ein halbes Dutzend, sahen sich aber arg enttäuscht, als es feststand, daß mit einigen unruhigsten Ausnahmen alles organisiert war. Am Mittwoch, den 7. Februar, fand eine weitere Versammlung statt, in welcher alsdann beschlossen wurde, daß Vorgehen der Unternehmer mit allgemeinen Forderungen zu beantworten. Am Donnerstag schon wurden diese Forderungen den Unternehmern überreicht und am Freitag sollte eine neue Versammlung die Antwort entgegennehmen und eventuell die erforderlichen Maßnahmen ergreifen. Da erschien mittags an den Stalltüren eine Belamtmachung, wonach alle Angestellten zum Abend zwecks einer Versammlung nach dem „Thüringer Wald“ geladen wurden. Unser Vertrauensmännerapparat funktionierte großartig und abends erschienen alle Kollegen einmütig in der von der Firma nach unserem Lokal einberufenen Versammlung. Der Gauleiter wurde von den Kollegen aufgefordert, an der Versammlung teilzunehmen und als dann die Herren mit Buchhalter und Inspektor erschienen waren, begab er sich in das Zimmer. Aber kaum, daß er den Anwesenden einen „Guten Abend“ gewünscht hatte, erhielt er schon den — Verweis. Unser Kollege ließ sich jedoch nicht so schnell abweisen: In aller Ruhe stellte er sich den anwesenden Herren erst vor und machte dann darauf aufmerksam, daß er von den Kollegen eingeladen sei. Aber die Herren ließen sich nicht darauf ein, erklärten jedoch, daß sie den Kollegen Knörner rufen würden, wenn er gebraucht würde. Um jeden unnötigen Zusammenstoß zu vermeiden und den Herren keine Gelegenheit zu geben, von ihrem, dem Birt besonders erbittertem Hausrecht, Gebrauch zu machen, entfernte sich der Gauleiter und begab sich in die Gaststube. Knörner versuchten die Unternehmer in etwa 1/4 stündiger Unterhaltung durch allerlei Schreden-schilder die Kollegen wankelmütig zu machen und die Einigkeit zu sprengen. Als nach dieser Zeit die Herren noch keinen Erfolg sahen, erklärte man rund heraus, daß man mit dem Verbandsvertreter auf keinen Fall verhandeln werde. Nunmehr betrat unser Gauleiter erneut das Lokal und bat um die Erlaubnis, seine hier befindliche Garderobe zu holen. Dies wurde ihm gestattet und als er dann die Frage stellte, ob er denn heute noch gebraucht werde, wurde dies verneint. Darauf richtete Kollege Knörner an alle anwesenden Kollegen das Ersuchen, mit ihm nach dem „Lammhauer“ zu gehen, um dort weiter zu tagen. Was die Unternehmer jedenfalls nicht erwartet hatten, das Unglaubliche geschah, die Kollegen bewiesen straffe Disziplin und — verließen geschloffen das Lokal. Nun plakte die Bombe und als unser Gauleiter nochmals das Lokal betrat, um einigen Kollegen zu sagen, daß sie sich beeilen sollten, da sah es zunächst aus, als ob es zu Tauschkeiten kommen sollte. Unser Kollege beherrschte jedoch die Situation ausgezeichnet. Auf einen Schelm setzte er stets anderthalbe und nach kurzem Streit saßen die Unternehmer mit dem Kollegen friedlich beisammen und verhandelten Punkt für Punkt der von uns eingereichten Forderungen durch. Erst nach 12 Uhr konnte der Gauleiter sich zu den in Ungeduld versammelten Kollegen begeben. Schnell war die Situation geklärt und in aller Ruhe wurde dann das Verhandelte einer eingehenden Besprechung unterzogen. Sachlich und überlegt handelten auch hier wieder die Kollegen und schließlich wurde der Gauleiter beauftragt, am andern Tage noch wegen einigen Punkten erneut mit den Herren Rücksprache zu nehmen. Dies geschah und da die Unterhaltung auch hier wieder Entgegenkommen zeitigte, so riet dann am Mittag der Gauleiter zur Annahme der Bedingungen. Auf Ersuchen der Unternehmer wurden schnell mittags in den Ställen respektive Kutscherstuben Besprechungen arrangiert und als die Mittagszeit vorüber war, da war der Friede hergestellt. Die Kollegen hatten einen schönen Sieg errungen. Nicht nur, daß allen Beteiligten eine Lohnzulage von 1,50 Mk. bewilligt wurde, auch die Arbeitszeit wurde einer Regelung unterzogen und die Sonntagsarbeit auf bestimmte Stunden beschränkt. Für alle Ueberarbeit wird in Zukunft eine Entschädigung von 50 Pf. und für Sonntagsarbeit eine solche von 60 Pf. bezahlt. Außerdem ist bez. des § 616 B. G. B. eine Regelung erfolgt, die Lohnzahlung auf den Freitag festgelegt und die Bezahlung des Giltfahrens erzielt worden. Der Effekt des Erfolges liegt aber darin, daß der Versuch der

Unternehmer, die Organisation zu zertrümmern, nicht nur kläglich gescheitert, sondern daß durch die gute Disziplin der Kollegen sogar noch die Anerkennung der Organisation erzielt worden ist. Da ist auch der Beweis, daß die Organisation und die in ihr wirkende Disziplin und Einigkeit selbst die schwersten Geschicke der Unternehmer nicht fürchten braucht. Was hat es denn nun genützt, daß man drohte und bat, daß man Annoncen los ließ und neue Arbeitskräfte suchte. Früher, als alle Aufklärungsarbeit es vermochte, lernten die Kollegen erkennen, was für sie die Organisation bedeutet und steht zu erwarten, daß in diesen Betrieben keine Macht der Welt imstande ist, die Geschlossenheit der Verbandskollegen zu zerbrechen.

Nach diesem Vorgehen verlangten nun auch die Kollegen der Firma L o c h t e u. S i h n eine gleiche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Zunächst schien es, als ob sich auch hier Schwierigkeiten zeigen sollten, aber nachdem auch in diesem Betriebe die Kollegen wie ein Mann zu einander standen, erkannte die Firma durch Unterschrift die von den Kollegen gestellten Forderungen an. Hier wurden die gleichen Erfolge erzielt, wie in den beiden ersten Betrieben, nur daß die Lohnzulage 2 Mt. betrug. Damit ist auch der Lohnsatz in allen Betrieben der gleiche und liegt es nun an den Kollegen, das Erreichte festzuhalten und weiter auszubauen. Jetzt gilt es, mit allen Kräften an die Agitationsarbeit, damit wir zu jederzeit und in allen Branchen schlussfertig dastehen.

Frankenthal. Vor dem Schöffengericht hatte sich der Fuhrunternehmer Heinrich Reihel aus Frankenthal wegen Tierquälerei zu verantworten. Der Fuhrknecht Rüttger aus Frankenthal war bei dem Angeklagten bedienstet. Am 12. Dezember 1911 fuhr Rüttger mit einer Frachtladung nach Freinsheim. Bei dieser Gelegenheit soll er dem Pferde ein Auge ausge schlagen haben. Seine Zärtlichkeit konnte jedoch nicht festgestellt werden. Anstatt daß der Angeklagte das Pferd nun gepflegt und gesondert hätte, wurde es ungeachtet der furchtbaren Schmerzen, die es auszustehen hatte, weiter eingesetzt. Reihel wird deshalb zu 25 Mt. Geldstrafe oder 10 Tagen Haft verurteilt. — Diese Notiz spricht Wände und beleuchtet mit Blicklicht die Zustände im Frankenthaler Transportgewerbe. Schlechte Bezahlung und Arbeitszeiten Tag und Nacht hindurch, degenerieren unsere Berufskollegen völlig. Der von selten eines unbewohnten Unternehmens betriebene Raubbau erstreckt sich über Menschen und Tiere. — Immerhin wird das Tier noch durch Gericht geschützt. Wer schließt den Menschen? — Die Berufskollegen werden sich durch Organisation selbst schützen müssen! Und Aufgabe jedes Fuhrmannes muß es sein, für sich und sein Tier die Peiniger abzuschütteln.

Halle a. S. Verschiedene Auffassungen. Ein Konflikt zwischen einem Kriminalkommissar und einem Geschirrführer beschäftigte die Strafkammer. Der Geschirrführer Franz Stahl der Wäscherei Galgenberg fuhr am Morgen des 3. Dezember v. J. mit einem beladenen Wagen von der Post kommend den Berg nach dem Stadttheater hinauf. Als ein Wagen der Straßenbahn vor ihm herfuhr und Stahl an der Haltestelle des Stadttheaters in unmittelbare Nähe des Straßenbahnwagens geriet, wurde Stahl von dem Wagenführer und dem Kriminalkommissar Weniger, der auf dem Straßenbahnwagen stand, erschrickt, zu halten, um eine Gefährdung des Publikums zu vermeiden. Da Stahl nicht anhielt, sprang der Kommissar von dem Wagen herunter und ersuchte den Kutscher zu halten, damit die Personalien festgestellt werden könnten. Der Kutscher ließ sich darauf nicht ein, zeigte auf das an seinem Wagen befindliche Schild mit der Aufschrift: „Wäscherei Galgenberg“, sagte zu dem Kommissar: „Wer sind Sie denn?“ und fuhr weiter. Nunmehr fiel der Kommissar dem Pferde in die Hügel und rief: „Halten Sie still.“ — Der Kutscher hingegen hieb auf sein Pferd ein und soll dabei auch dem Kommissar einen Hieb über den Arm versetzt haben. Darauf zog der Kommissar seinen Revolver, richtete ihn auf den Kutscher und rief: „Wenn Sie nun Ihren Namen nicht sagen, dann schleife ich Sie von dem Boche herunter.“ Dann erfolgte die Namensfeststellung und eine Anzeige gegen Stahl wegen Uebertretung einiger Polizeiverordnungen und wegen Widerstandes. Das Schöffengericht, das sich zuerst mit dem Fall befaßte, kam jedoch zur Freisprechung, da keine Gefährdung von Personen und somit auch keine Uebertretung vorlag. Der Beamte habe somit keinen Anlaß zum Einschreiten gehabt und nicht in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes gehandelt; der Angeklagte habe sich mit Gewalt gegen den rechtswidrigen Angriff wenden können. Gegen dieses Urteil hatte der Amtsanwalt Berufung eingelegt. Der Geschirrführer stellte in Abrede, daß nicht genügend Raum zum Aussteigen für die Passagiere des Bahnwagens gewesen wäre. Der Beamte sei ihm bei seinem Vorgehen wie geistesgestört erschienen. Es sei unbillig gewesen, von ihm zu verlangen, bei der Steigung nach dem Theater hinaus mit dem beladenen Geschirr zu halten. Der Beamte hatte ihn in bedenklicher Weise mit dem Revolver bedroht. Der Straßenbahnkutscher und der Kommissar waren allerdings der Ansicht, es habe eine Gefahr vorgelegen. Der Kommissar will auch mit dem Revolver nicht gedroht, sondern ihn nur zur Abwehr gezeigt haben. Zwei Zeugen sagten aber aus, daß der Kommissar die Worte gebraucht habe: „Wenn Sie Ihren Namen nicht sagen, schleife ich Sie von dem Boche herunter.“ Der Kommissar will sich mit einer gelben Markte legitimiert, der Angeklagte davon aber nichts bemerkt haben. Einige als Zeugen geladene Passagiere der Bahn haben von einer drohenden Gefahr nichts gemerkt. Die Berufungskammer kam jedoch zu der Ansicht, der Kommissar habe in rechtmäßiger Aus-

übung seines Amtes gehandelt, da eine Uebertretung vorlag. Wenn auch keine tatsächliche Gefährdung vorlag, so habe doch die Möglichkeit einer Gefährdung bestanden. Und da sei der Beamte zur Feststellung der Personalien des Geschirrführers berechtigt gewesen, denn das Schild mit der Aufschrift: „Wäscherei Galgenberg“ hätte zur Feststellung der Personalien nicht genügt. Wegen der Uebertretung wurde auf 10 Mt. und wegen des Widerstandes auf 30 Mt. Geldstrafe erkannt.

Achtung Rolkfischer, denen Güter verloren gegangen sind, die sie ersetzen müssen.

- U e b e r z ä h l i g e G ü t e r .  
Bei der Firma H. Schopmann, Hamburg, gelangen am 25./26. März cr. zur Versteigerung:  
A C 25. 1 Ballen weiß Garn, 41 kg.  
A D K 534. 1 Kiste Damenhandtaschen, 25 kg.  
A G 795. 1 Kiste Wollgarn, 19 kg.  
A P 119. 1 Holzstange, 2 kg.  
A W K/P 519. 1 Kiste hölz. Räder, 24 kg.  
B S 18 384. 1 Verschlg. Abseilplatten, beschädigt.  
B 7254. 1 Kiste emall. Töpfe, 91 kg.  
B B 51 033. 1 Sack Weim, 25 kg.  
Durchfahr. 1 eß. Schild, 1 1/2 kg.  
Famos. 1 Kiste Famos, 31 kg.  
F B S 1181. 1 Bund 2 Stühle, 10 kg.  
G. 4 Sack Malzkeime, 200 kg.  
K 7522. 1 Rohr mit Hebel, 8 kg.  
K 7536/37. 2 Sack Kaffee, 398/10 kg.  
L P 1604. 1 Palet l. S. Stuhlrohr, 5 kg.  
L K. 1 Bund Stühle, 10 kg.  
L S 49. 1 Rohrstuhl, 3 kg.  
L R 1. 1 Sack neue Fässer, 82 kg.  
T 34. 1 Schiebebrett, 2 kg.  
W T. 1 Rindersportwagen, 5 kg.

Magdeburg. Der Streit der Möbeltransportarbeiter ist nach dreitägiger Dauer, nachdem die Unternehmer sich bereit erklärt haben vom 14. März ab eine durchgreifende Erhöhung der Akkordsätze einleiten zu lassen, erfolgreich für die Arbeiter beendet worden. Es sollen gezahlt werden: in der gewöhnlichen Zeit pro laufenden Wagenmeter 2,25 Mt. und während der Ziehzeit vom 25. März bis 5. April bezw. 25. September bis 5. Oktober 2,50 Mt. Ferner soll eine aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende „Schlichtungskommission“, woran ständig ein Verbandsvertreter teilnehmen soll, gewählt werden, welche in Zukunft alle Verstöße gegen die getroffenen Vereinbarungen sofort regeln soll. (Näherer Bericht über die Lohnbewegung erfolgt in der nächsten Nummer.)

Stuttgart. Blühige Zahlen enthält der soeben veröffentlichte Bericht über die Verkehrsunfälle in Stuttgart im Jahre 1911. Von den 570 zur Kenntnis der Polizei gekommenen Verkehrsunfälle erlitten 372 Personen Körperverletzungen und 17 Personen fanden den Tod auf der Straße. Die Statistik zeigt bei allen Arten des Fahrzeugverkehrs eine bedauerliche Aufwärtsbewegung sowohl der Körperverletzungen als auch der Todesopfer. Diese Tatsache sollte schließlich jedermann veranlassen, darüber nachzudenken, daß bei der Stuttgarter Verkehrsentwicklung etwas nicht in Ordnung ist. Vornehmste Aufgabe aller beteiligten Kreise sollte es sein, kein Mittel unversucht zu lassen, das geeignet ist die Verkehrssicherheit zu heben und das gesamte Publikum vor Schaden an Gut und Blut zu bewahren. Nach einer aber durchaus verkehrten Richtung wird allerdings das menschenmögliche getan. Die Lenker von Fuhrwerken und aller Art Motorfahrzeugen werden nicht nur von der Polizei häufig und empfindlich bestraft, sondern es hat sich neuerdings die Sitte eingebürgert, daß bald jedes zweite Vergehen gegen die Verkehrsordnung zu einer Anklage durch den Staatsanwalt führt. Daß dadurch nichts gebessert wird, zeigen die eingangs erwähnten Zahlen zur Genüge. Der Hauptgrund dieser Verkehrssicherheit liegt zum großen Teil darin, daß ein recht beträchtlicher Prozentsatz unserer älteren und tüchtigen Fuhrwerklenker bei passender Gelegenheit die Peitsche an den Nagel hängt und auf die zweifelhaften Freuden eines Fuhrwerklenkers verzichtet. Dadurch und den sich fortwährend steigerten Verkehr wird die Zahl der jungen, völlig ungeübten Anfänger eine immer größere. Da für ihre Ausbildung weder von den Unternehmern noch sonst von jemand auch nur das geringste getan wird — es sei denn, daß man die vielen Bestrafungen bei den Fuhrleuten als Ausbildung betrachtet — so braucht man sich über die stetig wachsende Zahl der blutigen Opfer, die der Straßenverkehr alljährlich fordert, nicht zu wundern. Für uns als Organisation ergibt sich aus vorstehendem, daß wir unsere Forderung auf Errichtung einer Fahr- und Fachschule schon in der nächsten Zeit viel lauter und deutlicher erheben müssen als bisher. Man macht uns für alle Unfälle verantwortlich, frakt uns barbarisch, rührt aber keinen Finger, um den von uns schon so oft vorgezeichneten Weg der Verkehrsverbesserung zu begeben. Ja, wenn die Errichtung einer Fahr- und Fachschule kein Geld kosten würde, dann würde man uns eher entgegenkommen, aber für die Erfüllung wichtiger Kulturaufgaben, hat weder der Stuttgarter Gemeinderat noch der Württembergische Staat einen Pfennig Geld übrig. Ahnen wir deshalb das Beispiel der preussischen Junter nach und schreien wir solange und so laut, bis man uns hört.

**Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.**

Breslau. Am 19. Februar d. J. fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab einen kurzen Bericht über die Entwicklung der Verwaltungs-

stelle im 4. Quartal 1911 und im Anschluß dessen einen Gesamtbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Aus letzterem war unter anderem folgendes zu entnehmen. Die wirtschaftliche Konjunktur zeigte sich im vergangenen Jahre etwas günstiger, welches speziell in der Industrie zu beobachten war. Auch unsern Beruf übte diese ihre Einwirkung aus, so daß der Arbeitsmarkt sich wieder etwas lebhafter gestaltete. Unsere Kollegen haben diese Gelegenheit wahrgenommen, um ihre zurückgebliebenen Löhne etwas aufzubessern, zumal ja eine Preissteigerung den hauptsächlichsten Nahrungsmittel eingetreten war, wie nie zuvor. In der Fluktuation unseres Mitgliederstandes ist erfreulicher Weise eine kleine Besserung eingetreten. Auch die Zahl der neu gewonnenen Mitglieder ist eine erheblich größere als im Vorjahre, so daß wir mit einer Mitgliederzahl von 3000 dieses Jahr abschließen konnten. Redner streifte auch den Innenausbau der Zahlstelle und betonte hierbei, daß hier trotz der großen Sorgfalt noch manches zu verbessern übrig bleibt. Das Distriktswesen muß eine Weiterbildung erfahren, ebenso müssen einzelne Branchenleitungen mehr als bisher ihre Pflicht erfüllen. Von Lohnbewegungen und Differenzen in den einzelnen Betrieben sind wir nicht verschont geblieben, letztere haben aber in den meisten Fällen durch schnelles Eingreifen der Ortsverwaltung ihre Erledigung zugunsten der Kollegen gefunden. In direkten Lohnbewegungen waren im vergangenen Jahre 29 zu verzeichnen und zwar 24 Angriffs- und 5 Abwehrbewegungen. Die 24 Angriffsbewegungen wurden mit vollem resp. teilweisem Erfolg durchgeführt. Von den 5 Abwehrbewegungen wurden 3 mit vollem und 2 ohne Erfolg beendet. Die Angriffsbewegungen erstreckten sich auf 26 Betriebe mit 318 Beteiligten. Erzielt wurde ein Mehrlohn von 463,21 Mt. oder 1,45 Mt. für den Einzelnen. Insgesamt ist ein Mehrlohn von 24 086,92 Mt. jährlich erzielt worden. Sollen für die Kollegen weitere Vorteile herausgeholt werden, dann heißt es tüchtig mitarbeiten, unser Hauptaugenmerk muß vor allen Dingen auf die Branchengitation gerichtet sein, da uns diese bisher am besten vorwärts gebracht hat. Jeder muß an dieser Arbeit mithelfen. Zum Schluß erwähnte Redner nochmals zu eifriger Mitarbeit zum weiteren Ausbau unserer Organisation. Aus dem gedruckt vorliegenden Kassenbericht war folgendes zu entnehmen: Im Einnahmen inklusive Kassenbestand vom dritten Quartal 1911 31 597,14 Mt., an Ausgaben 7 279,15 Mt. Die Hauptkasse erhielt 12 982 Mt. am 27. Pf. Für das erste Quartal 1912 ist demnach ein Ortskassenbestand von 11 334,72 Mt. zu verzeichnen. An Unterstützungen wurden gezahlt 5 879,05 Mt. Der Kassierer erinnert an pünktliche Beitragszahlung. Hierauf gab ein Kollege der Revisoren bekannt, daß Kasse, Bücher und Belege geprüft, dieselben in bester Ordnung befunden habe und stellte den Antrag, dem Kassierer sowie der gesamten Ortsverwaltung Entlastung zu erteilen. Der Bericht über den Arbeitsnachweis zeigte folgendes Resultat: arbeitslos meldeten sich im 4. Quartal 205 Mitglieder. Stellen wurden gemeldet: für fest 168, zur Aushilfe 119. Davon wurden besetzt für fest 102, zur Aushilfe 110. Bei den besetzten Stellen betrug der Durchschnittslohn pro Woche 19,94 Mt., die Durchschnittsarbeitszeit pro Tag 11,2 Stunden. Kollege Sent berichtete hierauf von der Tätigkeit des Gewerkschaftskartells. Die nun folgende Diskussion war eine recht lebhaft, sie zeigte im speziellen, daß einzelne Kollegen mit der Tätigkeit der Ortsverwaltung nicht einverstanden waren. Nachdem die Diskussion durch Schlussantrag beendet war, wurde der Antrag der Revisoren angenommen. Bei der hierauf erfolgten Wahl des Gewerkschaftsstandes wurden die alten Kollegen wieder gewählt. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Nebel als Bevollmächtigter, Sent als Kassierer. Ferner Biewald, Aderhold, Gottwald, Scholz, Kob, Reichelt, Fr. Seelig, Salomon, Blafschle, Hellmann und ein Kollege aus den Reihen der Eisenbahner. Als Revisoren wurden gewählt: Hahn, Dose, Glert, Erber und Kuschate. Als Bibliothekare Biewald und Scholz. Als Kartelldelegierte Rentwig, Wittner, Gottwald, Gogich und Winkler. Die Versammlung wurde dann auf Antrag vertagt.

Elbing. In der letzten Versammlung sprach der Gauleiter über die wirtschaftliche Lage der Berufskollegen und wurden seine trefflichen Ausführungen mit großem Beifall belohnt. Der Redner besprach auch die Arbeitsverhältnisse der Kollegen bei einigen hiesigen Firmen unter der lebhaften Zustimmung der Versammlung. Der Erfolg der Versammlung waren 21 Neuaufnahmen.

Forst i. L. Am Dienstag, den 5. März, fand eine Mitgliederversammlung statt. Der Gauleiter behandelte die Frage der Lohnbewegung. Nach eingehender Diskussion wurde beschlossen, die Lohnbewegung der Speditionsarbeiter und der Kollegen Bierkutscher zurückzustellen. Eine recht scharfe Debatte nahm die Frage der Anträge zur Generalversammlung in Anspruch. Ein Antrag auf Verkürzung der Karenzzeit bei Unterstützungen wurde abgelehnt, ebenso der Antrag, daß die Mitgliedsbücher Eigentum des Verbandes bleiben sollen. Betreffend Geschäftsordnung für den Arbeiterausschuß der Bahendorfer Wieriederlage soll eine beratige Ordnung herausgegeben werden. Als Kandidat zur Verbandsgeneralversammlung wurde der Kollege Wonneberg aufgestellt. Nachdem der Gauleiter die Mitglieder ermahnte, in allen Fragen dem neuen Vorstand zu unterstützen, erfolgte in späterer Stunde Schluß der Versammlung.

Goldberg. In der Versammlung am 25. Februar wurde über die Vornahme einer Hausagitation gesprochen. Hierzu wurde eine Kommission gewählt; ebenso wird sich die Verwaltung bei der Arbeit beteiligen. Dann wurden noch einige Internas bespr.

handelt und die Kollegen aufgefördert, auch ihre Frauen über den Zweck und Nutzen der Organisation aufzuklären.

Hamburg III. Mitgliederversammlung am 6. März. Der Bevollmächtigte referierte zunächst über den bevorstehenden Verbandstag und dessen Aufgaben. Es ist nicht zu hoffen, daß eine abermalige Erhöhung der Beiträge beschlossen wird, vielmehr erscheint es nötig, durch geeignete Statutenänderung die Erwerbslosenunterstützung insofern einzuschränken, als man die Zugangsberechtigung bereits Ausgesteuerter hinauschiebt. So werden ohne besondere Härten gegen die Mitglieder erhebliche Summen gespart werden. Einem bestimmten Antrages in dieser Richtung bedarf es wohl kaum, da ohnehin der Verbandstag sich mit der Frage befassen muß. Als Delegierte werden vorgeschlagen und nehmen an Michaelissen, Dahrendorf, Lorenzen, Loch, Pieper, La Bong. Der Wahltag und -Ort wird in nächster Versammlung bekannt gegeben. Zum Antrag des Vorstandes betr. Anstellung eines zweiten Beamten nimmt der 2. Bevollmächtigte Pieper das Wort. Der Antrag ist eine Konsequenz der steten Entwicklung unserer Mitgliedschaft und der damit verbundenen außerordentlichen Steigerung der an die Ortsverwaltung gestellten Ansprüche. Man muß aber einen 1. Bevollmächtigten auf den Posten setzen, das ist eine wohl begründete Forderung des Hauptvorstandes, welcher man ohne weiteres zustimmen kann. Ueber die Person des Anzustellenden wollte man sich heute nicht streiten, diese Frage scheidet heute gänzlich aus. In der Debatte kommen Buchholz, Dahrendorf, Fischer, Stollau zu Wort. Ersterer ist im Prinzip mit der Anstellung einverstanden, befürchtet aber, daß diese eine Beitragserhöhung zur Folge haben müßte. Die übrigen Redner sprachen dann für Annahme des Antrages. Es kommt seitens des Vorstandes noch zum Ausdruck, daß bezüglich der Deckungsfrage an eine Beitragserhöhung nicht gedacht werden kann. Uebrigens muß auch mit Vergrößerung unserer Büroräume gerechnet werden und daß man sich jetzt schon darüber klar sein, daß somit die Gesamt-Mehrkosten sich auf etwa 3000 Mk. p. a. belaufen werden. Der Antrag wird einstimmig angenommen, ebenso ein neu eingebrachter Antrag für die Wahl des Beamten eine fünfgliedrige Kommission zur Unterstützung des Vorstandes einzusetzen. In diese Kommission werden gewählt E. Fischer, Niebuhr, Lorenze, Hartung, Stenzel.

Hannover. Die Fortsetzung unserer Generalversammlung fand am 20. Februar statt. Ein Antrag der Vertrauensleute, den Beitrag ab 1. April 1912 auf die Dauer von 40 Wochen zu erhöhen, zwecks Aufbringung der Mittel zum Verbandsbau, wurde nach lebhafter Debatte angenommen. Die bisherigen Marken sollen beibehalten werden, der neue Wert der Marken soll extra aufgestempelt werden. Sodann wurden noch einige Anträge zum Verbandstag angenommen. Nach Erleuchtung einiger weiteren internen Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Landsherg a. W. Am Sonntag, den 10. März, fand eine öffentliche Speditionsarbeiterversammlung statt. Der Gauleiter legte den Anwesenden den Zweck und Nutzen des Verbandes dar. Redner betonte, daß noch vor circa 10 Jahren dem Verbands Schwierigkeiten der verschiedensten Art in den Weg gelegt wurden, selbst die damals bestehenden modernen Gewerkschaften gingen achselzuckend an der Bewegung unseres Berufes vorüber. Jedoch bald mußte man doch anerkennen, daß die Schaffung unseres Verbandes für die Berufskollegen von Bedeutung war. Nachdem Redner an Hand von reichem Zahlenmaterial nachgewiesen, wie gegenwärtig der Verband gewirkt, forderte er die Anwesenden auf, in der Arbeit für den Verband nicht zu erlahmen. Der Vorstehende erwähnte die Kollegen, in der Agitation nicht zu erlahmen und alles dran zu setzen, die noch fernstehenden Berufskollegen der Organisation zuzuführen. Dann schloß die Versammlung.

München. Am Sonntag, den 3. März tagte die ordentliche Generalversammlung der Mitgliedschaft 1. Kollege Eichner gab den Geschäftsbericht über die Tätigkeit im verfloßenen Jahre. Aus demselben ging hervor, daß nichts versäumt wurde, den Ausbau der Organisation zu fördern. Die Lohnbewegungen hätten stärker eingeleitet, als im Anfang des verfloßenen Jahres zu vermuten war und das Resultat derselben gebe den vorangegangenen Jahren in dieser Hinsicht sehr wenig nach. 14 neue Tarife, hierunter mit ganzen Korporationen, 13 größeren Koffenfirmen und 112 Autodroschkenbesitzer und 2 Tarifveränderungen wurden durchgeführt. Insgesamt umfaßten dieselben 145 Betriebe mit 1340 Beschäftigten. 735 Kollegen erzielten eine Arbeitszeitverlängerung von insgesamt wöchentlich 2238 Stunden oder jährlich 116 376 Stunden. 1340 Kollegen errangen eine Lohnerhöhung von insgesamt 3243 Mk. wöchentlich oder jährlich 168 675 Mk. Auch im vergangenen Jahr sei wieder ein Andenken christlichen Berrates zu verzeichnen. Die in Druck vorliegende Broschüre kennzeichnete die schwarze Tat im Lagerhaus bei Dank. Die Christen seien für uns als Kampfstreuppen für ein und allemal abgetan. Trotz allen Hindernissen, welche diese Ludwigsgewerkschaften uns in den Weg legen, schreite die Organisation rüstig vorwärts, was auch aus der Mitgliederzunahme von rund 1000 (am Schluß 1910: 4237, 1911: 5200) deutlich zu erkennen sei. Erfreulich sei auch, daß die Klassenverhältnisse mit der Zunahme der Mitglieder gleichen Schritt gehalten habe. Bei einer Gesamteinnahme von 147 432,29 Mk. (1910: 102 241,06 Mk.) und einer Gesamtausgabe von 126 391,32 Mk. (1910: 92 982,99 Mk.) sei am Schluß des verfloßenen Jahres ein Kassenbestand von 21 040,97 Mk. (1910: 9258,37 Mk.) zu verzeichnen. Redner hofft, daß auch fernerhin die rege Agitationsstätigkeit der Funktionäre, Vertrauensleute und Mitglieder anhalte, dann könnten wir dem kommenden Jahr und dem Jahre 1913 getrost entgegensehen. Kollege Eisenberger gab sodann den Kassenbericht für das letzte Quartal 1911. Derselbe weist bei einem

Kassenbestand am Schluß des vorletzten Quartals von 18 214,62 Mk. eine Einnahme von 55 074,97 Mk. und eine Ausgabe von 34 033,95 Mk. auf; somit verbleibt am Schluß des vergangenen Quartals ein Kassenbestand von 21 040,97 Mk. In den Hauptvorstand wurden 24 185,80 Mk. abgeliefert. Erfreulich sei die stete Steigerung der Mitgliederzahl und der mit diesem in Einklang stehende Markenverkauf. Die Revisionskommission erklärt, Kasse und Bücher in bester Ordnung befunden zu haben und wird dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt.

Kollege Werthmann gibt sodann einen eingehenden Gauvorstandsbericht. Er schildert die schwierige, gar oft vom Zufall abhängende und von christlicher Liebe getaupte Agitation im Gau. Durch rastlose Arbeit, welche 213 Versammlungen und 111 Sitzungen in sich schloßen, sei es jedoch dem Gauvorstand gelungen, die bestehenden Verwaltungsstellen einer Ge-

### Demokratische Grundsätze.

Andere Zeiten, andere Männer. Auf dem Berliner Dönhofsplatz stehen die Denkmäler Steins und Hardenbergs. Am 12. September 1807 schickte der eine an den andern eine Denkschrift für den König, worin es von den Grundsätzen der französischen Revolution heißt:

„Der Wahn, daß man die Revolution am sichersten durch Festhalten am Alten und durch strenge Verfolgung der durch solche geltend gemachten Grundsätze entgegengetreten könne, hat besonders dazu beigetragen, die Revolution zu befördern und derselben eine stets wachsende Ausdehnung zu geben. Die Gewalt dieser Grundsätze ist so groß, sie sind so allgemein anerkannt und verbreitet, daß der Staat, der sie nicht annimmt, entweder seinem Untergang oder der erzwungenen Annahme derselben entgegenzusehen muß.“

So schrieb Hardenberg, und Stein billigte es, und als Altstein eine von gleichem Geist durchwehte Denkschrift, ebenfalls für den König, einschickte, bemerkte Hardenberg auf der Eingabe:

„Man schreie ja nicht zurück vor dem, was er als Hauptgrundatz fordert: möglichste Freiheit und Gleichheit!“

Es ist klar und handgreiflich, diese Staatsmänner huldigten demokratischen Grundsätzen. Was aber erlebt heute das deutsche Volk, wenn der Reichskanzler seine Weltanschauung vorträgt? Man hört eine Sprache, wie sie einst die Marx's, Pajlow, Hindenburg gegen und über die großen Urheber der bestreudten Gesetzgebung führten, jene starren Reaktionäre, die Stein, Hardenberg, Schoen, Altstein, Sparnhorst, Gneisenau als Verräter, Jakobiner, Revolutionäre brandmarkten, indem sie den Umsturz des Thrones voraussagten. Und Herr von Bethmann Hollweg ruft:

„In allen Schichten unseres Volkes stedi die tiefe Sehnsucht danach, unser Staatsleben mit großen Aufgaben zu erfüllen; . . . diese Aufgaben aber liegen nicht in der Richtung einer weiteren Demokratisierung.“

fundung und Befestigung zuzuführen und fünf neue Verwaltungsstellen zu gründen, so daß die Gesamtzahl derselben nun 18 betrage. Die Mitgliederzahl sei von 6439 am Schluß des Jahres 1910 auf 7992 am Schluß des verfloßenen Jahres gestiegen, — also eine Steigerung von 1564 Mitgliedern. Bedauerlich sei die noch immer große Fluktuation unter den Mitgliedern und dürfte hier die bessere Durchführung der Kontrolle und der Kleinagitation durch die Kollegen sehr von Nutzen sein. Mit einem kräftigen Appell rief er weiter zu arbeiten, bis der letzte Kollege unserer Organisation angehört, damit jede Willkürherrschaft des Kapitals gebrochen werden könne, schloß Redner unter großem Beifall seine Ausführungen.

Hierauf folgte die Wahl der Ortsverwaltung. Gewählt wurden: Eichner Bevollmächtigter, Angerer 2. Bevollmächtigter, Eisenberger 1. Kassierer, Biller 2. Kassierer, Reihner 1. Schriftführer, Schwabiger 2. Schriftführer. Als Beisitzer wurden gewählt: Fritz Schmidt, Nepom. Kleeberger, Lorenz Steiger, Franz Luz, Lud. Zuber, Jos. Meier, Josef Bözl, Jos. Soller und Simon Mittermeier. In die Revisionskommission wurden gewählt: Remingus Reichhart, Max Widmann, Ant. Heigl, Franz Wagenhuber und Jos. Dreiter. Nachdem auch noch die Wahl der Bezirksführer erledigt war, wurde auf Antrag des Kollegen Schmidt beschlossen, die Wahl des Gauvorstandes der Ortsverwaltung zu überlassen. — Ein Antrag der Ortsverwaltung, die Gewerkschaftskarteibeiträge von 20 Pf. auf 25 Pf. pro Kopf und Quartal zu erhöhen, wurde nach Begründung durch Koll. Angerer und längerer Diskussion einstimmig angenommen. — Die anderen noch vorliegenden Anträge wurden auf Antrag aus der Mitgliedschaft auf eine innerhalb vierzehn Tagen stattzufindenden außerordentlichen Generalversammlung vertagt. Hierauf erfolgte Schluß der sehr gut besuchten und schön verlaufenen Generalversammlung.

Münchberg-Fürth. Am 25. Februar fand unsere Jahresgeneralversammlung statt. Der Geschäftsbericht zeigte sehr gute Fortschritte unserer Zahlstelle im verfloßenen Jahr. So beträgt der Mitgliederbestand 2963 gegen 2352 am Schluß des Jahres 1910, das ist eine Zunahme von 611 Mitgliedern. In bezug auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wurden durch 14 Lohnbewegungen, die geführt wurden, ebenfalls große Erfolge erzielt. Es sind hiervon hervorzuhellen: die Tarifabschlüsse mit den Speditions-

arbeitern, den Eisenschern, Schlechwächtern, den Aufschern in Fürth, sowie einer Anzahl kleinerer Bewegungen im Handelsgetriebe. Es wurde erreicht für 603 Beteiligte eine Lohnerhöhung von 2083,95 Mk. pro Woche, ferner für 100 Beteiligte eine Arbeitszeitverlängerung von 416 Stunden pro Woche, außerdem Urlaub, Ueberstundenbezahlung u. dergl. m. Auch aus dem Kassenbericht ist eine sehr günstige Entwicklung unserer Zahlstelle zu ersehen. Die Bilanz zeigt eine Gesamteinnahme von 89 604,45 Mk., der eine Gesamtausgabe von 73 632,63 Mk. gegenübersteht, daraus ergibt sich ein Kassenbestand von 15 971,82 Mk., eine Mehrung gegen das Vorjahr (9345,95 Mk.) um 6625,87 Mk. Desgleichen weist auch die Beitragsentrichtung eine geordnete Führung der Geschäfte bei uns auf; bei einem Durchschnittsmittelgliederbestand von 2741 beträgt die Beitragsleistung 48,7 pro Mitglied. Nicht minder hat die Organisation auch als Helferin in der Not ihren Mann gestellt. Die Gesamtunterstützungssumme betrug im verfloßenen Jahr 31 227,21 Mark, die an 1745 Mitglieder der Zahlstelle ausbezahlt wurde. Es ist hieraus zu ersehen, daß weit über die Hälfte der Mitgliedschaft die Unterstützungs-einrichtungen in Anspruch nehmen mußte. Diese Tatsache im Zusammenhang mit den Lohnerhöhungen dürfte jedem einzelnen klar erweisen, daß die Verbandsbeiträge Zinsszinsen tragen; es ist daher Pflicht jedes Kollegen mit diesem Material für unsere hehre Sache zu wirken. Tut nur jeder einzelne einigermaßen seine Pflicht, so wird am Schluß des nächsten Jahres über noch weit bessere Resultate berichtet werden können. Drum frisch auf zu neuer Agitationsarbeit, zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen.

Sagan. Am 25. Februar fand eine Versammlung statt, in der besonders die Arbeitsverhältnisse in den Speditionsbetrieben ausführlich besprochen wurden. Auch der Mangel von Frühstücksräumen auf dem Bahnhof wurde ernstlich kritisiert. Die Verwaltung wurde beauftragt, diesen Mängeln ihr Augenmerk zu widmen und für möglichst baldige Beseitigung zu sorgen. Eingehend wurde dann noch die Notwendigkeit verstärkter Agitation für den Verband besprochen.

Stuttgart. Am Sonntag, den 25. Februar sprach der Genosse Kummer über das Thema: „Kapitalismus und Arbeiter in Amerika“ bei unseren Kollegen Franzportarbeitern. In stark einstudiertem Vortrag schilderte er die Entwicklung des Kapitalismus jenseits des Ozeans. Neben einer fast ungläublichen Steigerung des Nationalvermögens, haben es einzelne Kapitalisten verstanden, nur zu oft unter Anwendung der verwerflichsten Mittel, fabelhafte Reichtümer anzufammeln und die ganze politische Macht, Richter und Gesetzgeber ihren geldgierigen Zwecken dienstbar zu machen. Die Lage der Arbeiter sei im allgemeinen bei einer guten wirtschaftlichen Konjunktur besser wie bei uns; aber schon die Anzeichen einer wirtschaftlichen Krise genügen, Tausende von Arbeitern brotlos zu machen. Bei anhaltend schlechtem Geschäftsgang aber breche eine Not über die amerikanischen Arbeiter herein, die die Not des deutschen Arbeiters, die wahrlich auch nicht klein sei, noch übertreffe. In politischer und gewerkschaftlicher Beziehung sei der deutsche Arbeiter dem amerikanischen himmelhoch überlegen. In den letzten Jahren haben sich zwar erfreuliche Ansätze zum Besseren gezeigt, doch halte die amerikanische Arbeiterbewegung noch lange keinen Vergleich aus mit der Klassenbewußten deutschen. Nach dem gesprochenen Vortrag ergänzte der Redner seine Ausführungen durch eine Reihe schöner und wirkungsvoller Lichtbilder. Die Wirkung des Bildes auf das gesprochene Wort machte auf die zahlreich Versammelten einen sichtlich tiefen Eindruck von bleibender Wirkung. Dem Vortragenden wurde für seine lehrreichen Darbietungen warmer aus dem Herzen kommender Beifall spendet. — Nach einem kurzen Schluswort des Vorstehenden, der seiner Freude über den starken Besuch und die tätigen Unterstützung der Ortsverwaltung durch die Mitglieder Ausdruck gab und zu unablässiger Agitationsarbeit aufforderte, fand die imposante Versammlung ihr Ende.

Weimar. In der Versammlung am 18. Februar wurde der Kartellbericht gegeben. Dann folgte der Bericht vom 4. Quartal und der Jahresbericht. Laut letzterem wurde eine Einnahme von 2212,75 Mk. erzielt, dem steht eine Ausgabe von 2053,48 Mk. gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 193,28 Mk. verbleibt. Im Laufe des Jahres wurden 71 neue Mitglieder aufgenommen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Zum Unterassessor wurde Kollege Altek gewählt. Nach Erledigung einiger Interna trat Schluß der Versammlung ein.

### Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Verloren gegangen sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder:

- In Berlin: Otto Bräse, Spt.-Nr. 27 488, eingetr. 4. 1. 07; Fritz Grenlich, Spt.-Nr. 82 339, eingetr. 1. 2. 12; Reihner, Rieischewski, Spt.-Nr. 39 277, eingetr. 8. 6. 10; Friedr. Schürz, Spt.-Nr. 44 183, eingetr. 1. 7. 10.
- In Hamburg I: Alfred Eichler, Spt.-Nr. 102 575, eingetr. 18. 3. 09.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 3 Abs. 7a in Brandenburg das Mitglied Friedrich Rohde, Spt.-Nr. 229 517.

Mit kollegialem Gruß  
Der Verbandsvorstand.  
S. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Allee 21, Hof 1 Tr.

### Unsere „Fakulta“

wie unsere Fakultätbe Unterstützungs-Einrichtung abkürzend von den Kollegen genannt wird, gibt in vorliegender Nummer ihren Klassenbericht vom 4. Quart. 1911.

Wir ersehen daraus, daß die Zahl der Mitglieder der 2049 beträgt. Davon gehören 642 der M. u. S., 532 der F. u. B., 90 der Witwen- und Waisen, und 785 der F. u. B. u. W. an. Manche Kollegen wird die Mitgliederzahl zu gering erscheinen, er wird die Hoffnungen, die er sich bei der Gründung der „Fakulta“ gemacht hat, nicht erfüllt sehen. Und in der Tat hätten die Verbandskollegen dieser so wohlthätigen Einrichtung ein regeres Interesse entgegenbringen können. Nichtsdestoweniger wäre es verfehlt, aus der bisherigen geringen Teilnahme die Lebensfähigkeit der „Fakulta“ zu bezweifeln. Wissen wir doch aus Erfahrung, daß alle Neueinrichtungen, neue Tätigkeitsgebiete in der Arbeiterbewegung, anfangs einem fast unbegrenzten Mißtrauen begegnen, Schwierigkeiten zu überwinden haben. Es liegt nun mal in der Natur des Deutschen, lange zu erwägen, ob ihm dieses oder jenes auch die in Aussicht gestellten Vorteile wirklich bietet. Hat er sich erst davon überzeugt, hat er erst Vertrauen zu einer Sache gefaßt, dann schließt er sich dieser auch an und hält daran fest. Die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung an sich — Partei, Gewerkschaften und neuerdings Genossenschaften — bieten glänzende Beispiele hierfür.

Untersuchen wir kurz, ob unsere „Fakulta“ sich bisher bei in sie gesetztem Vertrauenswürdig gezeigt hat und ob sie auch für die Zukunft die nötigen Garantien bietet. Beides kann mit gutem Gewissen bejaht werden. Es dürfte klar sein, daß für die Invaliden-, Pensionen-, Witwen- und Waisen-Unterstützung bisher noch keine Leistungen zu verzeichnen sind, weil diese laut Statut erst nach 3jähriger Mitgliedschaft gezahlt werden. In Todesfällen wird zwar schon nach 2jähriger Mitgliedschaft Unterstützung gezahlt, das kann aber frühestens erst ab 1. April d. J. in Frage kommen.

Wir haben es also vorerst nur mit der Rechtschuld- und Haftpflicht-Unterstützung zu tun. Es ist bekannt, daß hierfür die Bezugsberechtigung schon nach einjähriger Mitgliedschaft eintritt und daß ferner der Verbandsvorstand seinerzeit auf Anregung Hamburger Kollegen hin beschlossen hat, daß bei Zahlung einer hollen rückwirkenden Jahresbeiträge die Unterstützungsrechte sofort erworben werden kann. Von dieser Vergünstigung haben bisher 491 Kollegen Gebrauch gemacht. Es muß sich also jetzt schon beurteilen lassen, ob unsere „Fakulta“ den gestellten Anforderungen entspricht. Sehen wir die Klassenberichte daraufhin durch, finden wir, daß seit Bestehen dieser Einrichtung bereits über 4000 Mt. an Rechtschuld- und Haftpflichtunterstützung bezahlt worden ist. Wieviel Not und Glend ist hierdurch wohl von den in Frage kommenden Kollegen abgewendet worden. So mancher stand vor dem völligen Ruin seiner Existenz. Die ganze Größe des abgewendeten Glends drückt sich über in diesen 4000 Mt. gar nicht aus. Diese Summe stellt nur einen sehr geringen Teil der an die Kollegen gestellten Erfordernisse dar. Die geforderten Entschädigungen belaufen sich häufig auf das zehnfache und nur dem sach- und rechtskundigen Beistand, welchen wir unseren Kollegen zu bieten vermögen, ist es zu danken, daß die Ansprüche so herabgemindert werden konnten; ohne diesen wären die Kollegen schutzlos den oft recht unbescheiden auftretenden „Geschädigten“ ausgesetzt gewesen.

Hieraus allein dürfte schon zur Genüge hervorgehen, wie vorteilhaft unsere Unterstützungseinrichtung für die Kollegen ist.

Aber ein anderes Moment, und wahrlich kein unwichtiges, kommt hierbei noch in Frage. Bisher wurde das Versicherungsbedürfnis der Bevölkerung von privatalphabetischen Gesellschaften gedeckt. Diese Gesellschaften tun das aber nicht aus sozialen Rücksichten, nicht in der Absicht, die dem Einzelnen von der kapitalistischen Wirtschaftform geschlagenen Wunden zu heilen oder zu lindern. Das geben sie zwar an, in Wirklichkeit wollen sie aus dem vorhandenen Versicherungsbedürfnis kapitalistischen Nutzen ziehen. Und das verstehen sie ausgezeichnet; sie kommen wahrhaftig nicht zu kurz.

Wir haben in früheren Artikeln und in unserer Agitationskarte das nähere auseinandergesetzt, wie einzelne Versicherungsgesellschaften wirtschaften, deshalb wollen wir uns hier mit einem allgemeinen Ueberblick begnügen.

Im Jahre 1909 existierten in Deutschland 44 Versicherungs-Aktien-Gesellschaften, bei welchen rund 7½ Millionen Personen mit annähernd 1½ Milliarden Mark versichert waren. Das Gesamtvermögen dieser Gesellschaften beläuft sich auf über 4¼ Milliarden Mark, welches sich fortgesetzt vermehrt. Allein das Jahr 1909 brachte einen Vermögenszuwachs von über 281 Millionen Mark. Woher dieser kolossale Vermögenszuwachs? Nun, nicht etwa nur aus den reichlich bemessenen Prämien, sondern in der Hauptsache aus den abgegebenen oder versfallenen Policen; also aus der Not aller derjenigen, welche infolge wirtschaftlichen Niederganges ihren Verpflichtungen nicht nachkommen konnten. Versielen doch im Jahre 1909 nicht weniger als 446 941 Policen mit über 105 Millionen Versicherungssumme.

Was geschieht nun mit den auf diese Weise erzielten kolossalen Gewinnen? Zunächst wird ein reichlicher Teil als Ueberschuß an die Aktionäre, Aufsichtsräte und Direktoren verteilt. Dieser Ueberschuß erreichte im Jahre 1909 die gewaltige Höhe von 129,32 Millionen Mark, das sind 23 pCt. der eingezahlten Prämien.

Bei keiner der Gesellschaften ist das Nominalkapital voll eingezahlt. Bei der Viktoria z. B. sind statt der 6 Millionen Nominalkapital nur 1,2 Millionen, also nur der fünfte Teil eingezahlt. Bei der „Friedrich Wilhelm“ ist nur der vierte, bei der „Lübeck“ gar nur der zehnte Teil eingezahlt.

Da die Dividende nach dem Nominalkapital berechnet wird, machen die Aktionäre ein gutes Geschäft. Auf diese Weise erzielen die Aktionäre der „Friedrich Wilhelm“ eine Verzinsung ihres eingezahlten Kapitals von 144 pCt., die der „Viktoria“ eine solche von 309 pCt. und die der „Lübeck“ gar 625 pCt. Bei solchen Meilen-Dividenden läßt es sich leben! Aber auch die Direktoren kommen nicht zu kurz. Einer dieser Herren erhielt im Jahre 1908, wo es den Arbeitern infolge der wirtschaftlichen Krise besonders schlecht ging, 80 000 Mt. Gehalt und 3 bis 400 000 Mt. Lantien. Die sieben Aufsichtsräte der gleichen Gesellschaft erhielten für ihre anstrengende, wenige Stunden dauernde „Tätigkeit“ 150 000 Mt. Lantien. Also für eine Stunde mehr als 2 bis 3 ehrsche, fleißige Arbeiter das ganze Jahr über als Lohn zu verdienen auch nur die Möglichkeit haben.

Aber das ist nur eine Seite der Tätigkeit der Gesellschaften. Was geschieht mit den angesammelten Kapitalien? Von dem Gesamtkapital sind 1/6, also über 4 Milliarden, in Hypotheken, Grundbesitz und Effekten angelegt. Damit läßt sich schon eine Großstadt von einigen Hunderttausend Einwohnern ernähren, die als Mietzähler der Versicherungs-Gesellschaften tributpflichtig sind. Gerade in dieser fast unbegrenzten Kapitalmacht liegt die Bedeutung des gesamten Versicherungsgeschäftes. Nicht im Interesse der Versicherten werden die ungeheuren angesammelten Kapitalien verwendet, sondern entgegengekehrt im Interesse des Kapitalismus, und das sollte den Arbeitern zu denken geben, sie auf Mittel und Wege sinnen lassen, wie diese riesigen Summen der Arbeiterschaft als Ganzes wieder zugeführt und in ihrem Interesse benutzt werden können.

Einen kleinen Anfang, einen ersten Schritt auf diesem Wege hat unser Verband mit seiner „Fakulta“ gewagt. Allein ist noch die Zahl derjenigen, welche sich bereit gefunden haben, den Weg mitzugehen, aber der Mut, die Ausdauer, frohe Zuversicht, dieser wenigen wird anfeuernd, ermunternd auf die übrigen wirken, so bald die Schaar sich vergrößern wird.

Es steht fest, die 52 000 Mt. bei uns angesammelten Vermögens sind ein für alle Mal der Profitmacher des Privalkapitals entzogen. Aufgabe unserer Kollegen und darüber hinaus, der gesamten Arbeiterschaft muß es sein, dafür zu sorgen, daß aus diesen Tausenden bald Millionen werden.

Die Milliarden ergeben sich dann von selbst, womit dem Kapitalismus ein sehr wichtiger Teil seiner Lebenskräfte entzogen werden kann.

### Fakultative Unterstützungseinrichtungen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes. Klassenbericht pro 4. Quartal 1911. Einnahme.

	M	ℳ	M	ℳ
In Kassenbestand am 1. Oktbr. 1911.			41354	34
In Eintrittsgebühren:				
Zur Rechtschuld- u. Haftpflichtunterstützung à 1,- Mt.	95			
Invaliden- und Pensionenzuschuß (männl.) à 1,- Mt.	46			
Invaliden- und Pensionenzuschuß (weibl.) à 0,50 Mt.				
Witwen- u. Waisenunterstützung (männl.) à 1,- Mt.	8			
Witwen- u. Waisenunterstützung (weibl.) à 0,50 Mt.				
Inval., Pens., Witw. u. Waisenunterstützung (männl.) à 2,- Mt.	124			
Inval., Pens., Witw. u. Waisenunterstützung (weibl.) à 1,- Mt.			273	
In Wochenbeiträgen:				
Zur Rechtschuld- u. Haftpflichtunterstützung à 0,50 Mt.	3551	50		
Invaliden- und Pensionenzuschuß (männl.) à 0,25 Mt.	1530			
Invaliden- und Pensionenzuschuß (weibl.) Doppelm. à 0,25 Mt.	5	25		
Witwen- u. Waisenunterstützung (männl.) à 0,25 Mt.	254			
Witwen- u. Waisenunterstützung (weibl.) Doppelm. à 0,25 Mt.				
Inval., Pens., Witw. u. Waisenunterstützung (männl.) à 0,50 Mt.	4850	50		
Inval., Pens., Witw. u. Waisenunterstützung (weibl.) Doppelm. à 0,50 Mt.	2		10252	25
Nachzahlung v. Jahresbeiträgen N. u. S.	1742		1742	
Rückzahlungen	136	25	138	25
<b>Summa</b>			<b>53759</b>	<b>84</b>

### Ausgabe.

	M	ℳ	M	ℳ
Per Unterstützungen:				
Rechtschuld	12	40		
Haftpflichtunterstützung	837	95		
Erfolg von Geldräufen	7	10	857	45
Direktive Verwaltungskosten				798
Ausgaben der Kassenverwaltung:				
Sitzungsgelder	37			
Sächliche Verwaltungskosten	17	35		
Utenstien	42			
Drucksachen	30			
Porto		3	30	
Verluste	61	49	191	14
Bestand am 31. 12. 1911			51973	20
<b>Summa</b>			<b>53759</b>	<b>84</b>

### Bilanz.

In Einnahme	12405,50	Mt.
Per Ausgabe	1786,64	Mt.
Mehreinnahme	10618,86	Mt.
An Bestand am 1. Oktbr. 1911	41354,34	Mt.
Bestand am 31. Dezember 1911	51973,20	Mt.

Berlin, den 7. März 1912.

Der Kassenverwalter: Richard Nürnberg.

Die Revisionskommission:

Berthold Streiner. Hugo Suhr.

Adolf Wied. Karl Mühlhahn. Justus Schramm.

## Abrechnung der Verwaltungsstellen der fakultativen Unterstützungseinrichtungen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes 4. Quartal 1911.

Gau resp. Bezirk	Anzahl der Mitglieder	Einnahme																		Summa	Ausgabe								Summa
		Eintritts-Gebühren						Wochenbeiträge						Summa	Ausgabe				Summa										
		Rechtschuld- und Haftpflicht		Invaliden u. Pension		Witwen u. Waisen		Rechtschuld- und Haftpflicht		Invaliden und Pension		Witwen und Waisen			Mittelm. Jahresbeitr. für Rechtschuld- und Haftpflicht		Mittelschuldung				Summa		Summa						
Gr. Berl.	607	4	13	2	58	428	22	66	2498	52	3547	75	255	52	3292	23	3547	75											
1	83	3	8	2	6	6	6	20	291	2	871	27	27	344	—	871	—												
2	186	6	1	12	22	50	178	50	425	—	659	75	47	2	612	47	659	75											
3	9	1	—	2	—	—	—	—	40	—	47	25	12	—	46	05	47	25											
4	10	—	—	2	6	—	—	—	39	—	50	—	360	—	46	40	50	—											
5	228	17	4	6	860	50	205	63	295	50	1058	25	67	17	989	08	1056	25											
6	121	6	—	8	259	50	120	75	180	50	582	75	41	8	533	82	582	75											
7	46	2	—	—	128	—	—	—	65	—	243	—	1792	—	225	08	243	—											
8	17	—	—	2	20	50	28	25	34	50	83	25	59	—	77	32	83	25											
9	104	1	6	2	7	50	204	3	200	—	456	25	30	74	425	51	456	25											
10	16	2	—	—	16	—	13	75	62	50	94	25	689	—	87	36	94	25											
11	541	63	3	12	2279	—	132	50	438	—	4659	50	209	83	3599	27	4659	50											
12	27	—	—	—	—	—	—	—	69	50	111	25	39	—	107	27	111	25											
13	26	—	—	4	—	—	—	—	114	—	185	—	541	—	129	59	185	—											
14	18	—	—	—	13	—	32	75	26	50	72	25	145	38	32	50	72	25											
15	58	—	6	—	—	—	—	—	64	—	221	50	12	25	209	25	221	50											
16	2	—	—	—	7	—	109	75	7	50	14	50	—	—	14	50	14	50											
<b>2049</b>	<b>95</b>	<b>46</b>	<b>8</b>	<b>124</b>	<b>3551</b>	<b>50</b>	<b>1589</b>	<b>5</b>	<b>4850</b>	<b>50</b>	<b>1382</b>	<b>50</b>	<b>12</b>	<b>1742</b>	<b>1382</b>	<b>50</b>	<b>53759</b>	<b>84</b>											